D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 45
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

12. November 1982
Preis 1,80 DM

35-Stunden-Woche im Zentrum

Wesentlicher Bestandteil eines Gesamtprogramms

geh. 35-Stunden-Woche oder Tarifrente, Schlagworte aus der gewerkschaftlichen Strategiedebatte. Im nächsten Monat wird die Grenze von 2 Millionen Arbeitslosen überschritten, da scheint entscheidend zu sein, welche der verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung den größten „Arbeitsmarkteffekt" hat. Da sind die Unterschiede nur noch quantitativ: z.B. daß die 35-Stunden-Woche 1500000 Arbeitsplätze, die Tarifrente aber nur 200000 Arbeitsplätze neu schafft – wobei keine der bisher genannten Zahlen als abgesichert gelten kann. Die Frage der Arbeitsmarktwirkung kann für die Beurteilung auch gar nicht entscheidend sein.

Die Vorverlegung des Rentenalters – angesichts steigendem Verschleiß der Arbeitskraft und damit zunehmenden Frührentnerzahlen – ist eine notwendige Forderung, jedoch unterscheidet sich die 35-Stunden-Woche davon prinzipiell. Sie setzt dem Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion selbst Grenzen, während die Vorverlegung des Rentenalters ihre Berechtigung aus der schon erfolgten Zerstörung der Arbeitskraft zieht, daran selber jedoch nichts ändert.

Allerdings ist die 35-Stunden-Woche allein nicht ausreichend. Vielmehr muß gleichzeitig verhindert werden, daß in der nun kürzeren Arbeitszeit die gleiche Leistung oder noch mehr als vorher erbracht werden muß. Dadurch wird maßgeblich auch der „Arbeitsmarktentlastungseffekt" beeinflußt.

Es sind also weitere Regelungen notwendig, die der Intensivierung Schranken setzen: Pausenregelungen, Leistungsbegrenzungen, Besetzungsregeln, der menschlichen Arbeitskraft angemessene Arbeitsplätze und -bedingungen, längere Taktzeiten, Zusammenfassung bisher zerlegter, monotoner Arbeitsvorgänge zu komplexen Arbeitsinhalten für die einzelne Arbeitskraft usw.

Einzelne dieser Maßnahmen wurden in den Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt der „Humanisierung der Arbeit" und „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" schon diskutiert. Nun bekommen sie als flankierende, die Arbeitszeitverkürzung absichernde Maßnahmen neue Bedeutung.

Gegenwärtig haben die Lohnabhängigen und ihre gewählten Vertreter, die Betriebs- und Personalräte, keine Handhabe, solche Regelungen zu erzwingen. Dazu sind entsprechende gesetzliche Bestimmungen notwendig.

An einzelnen Punkten streben die Gewerkschaften tarifvertragliche Vereinbarungen darüber an. Versuche auf dieser Ebene sind als Vorstöße wichtig und nützlich, helfen sie so auch ein Gesamtinteresse aller Lohnabhängigen zu entwickeln. Das gilt selbst dort, wo wie bei der „Tarifrente" die Gewerkschaftsführungen der IG Chemie und NGG damit erhebliche Zugeständnisse, z.B. in der Finanzierungsfrage, an die Kapitalisten verbinden.

Jedoch müssen diese einzelnen Punkte letztendlich gesetzlich geregelt werden, denn viele tarifvertragliche Bestimmungen können ohne entsprechende gesetzliche Festlegung unterlaufen oder gar zur Farce werden.

Beispielsweise hat die 35-Stunden-Woche keinen Wert, wenn durch die bestehende alte Arbeitszeitordnung eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden erzwungen werden kann. Und auch der „volle Lohnausgleich", den ein Teil der gewerkschaftlichen Linken zur alles entscheidenden Frage hinaufstilisiert hat, ist nur von relativem Wert, solange die Regierung mit Kindergeld, Wohngeld, Renten, Arbeitslosengeld und BAföG viel größere Teile der Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung kürzen kann.

Bei der 35-Stunden-Woche geht es nicht, wie die alte Losung nahelegt, um „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände", sondern sicher um eine Einbeziehung bisher brachliegender Arbeitskraft für die notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben, aber auch um eine Veränderung der bestehenden Arbeit, der Arbeitsprozesse und der Bedingungen, unter denen die Arbeit stattfindet.

Es geht darum, die notwendige Zeit und Kraft für die Arbeiter zu erlangen, um die Fähigkeiten zu entwickeln, sich den ganzen Umfang menschlicher Tätigkeiten wieder erschließen zu können, und die dazu notwendigen Formen zu erkämpfen. Das wäre mit einem solchen 35-Stunden-Paket möglich.

„Beschäftigungsprogramm", Arbeitszeitverkürzung und Regelungen, die auf die Umgestaltung der konkreten Arbeit zielen, können zentrale Teile eines Programms sein, das die wesentlichen Interessen der Lohnabhängigen erfaßt. Dies müßte von einer linken Regierung erfüllt werden, wie sie heute zum ersten Mal nach dem Krieg greifbar scheint. Nachdem das Bündnis der „Wirtschaftsliberalen" – der Vertreter der Kapitalisten – mit den „Linksliberalen" – den Vertretern der neuen Mittelklassen – in der FDP zerbrochen ist und letztere als einheitliche politische Kraft paralysiert sind, zeigen sich auf der anderen Seite der SPD die Grünen gestärkt. Sie sind parlamentarischer Ausdruck einer Bewegung, die wesentlich durch die Erfahrung der Abhängigkeit vom Lohn geprägt wird.

Gerade gegenüber parteitaktischen Überlegungen innerhalb der SPD, wie im neuesten Löwenthal-Papier entwickelt, den Grünen ihre „Identität auszusaugen" und sie in erpresserischen Verhandlungen à la Hamburg mattzusetzen, und dem irrealen Pendant dieser Taktik bei den Grünen wäre es an der Zeit, daß von den Gewerkschaften die Aufforderung käme, für ein solches, in Umrissen vorhandenes Programm eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen.

War das nicht die Erwartung der halben Million auf den Manifestationen des DGB? Aber da sorgt in den Gewerkschaftsführungen eine Allianz von stillen Befürwortern einer Großen Koalition und denen, die aus dem Schneckenhaus Gewerkschaften das politische Feld der SPD überlassen wollen, dafür, daß diese Initiative nicht kommt.



Warschau. Protestaktionen in Polen anläßlich des Jahrestages der Zulassung der Solidarność 1980. *Bild:* Miliz bei früheren Einsätzen. Der Boykottaufruf der Internationalen Transportarbeiter-Förderation wurde in der BRD teilweise befolgt. In Bremerhaven lag ein Schiff fest. In Wedel konnte jedoch ein anderes entladen werden. In der zentralen Paket-Umschlag-Stelle der Post in Hannover für den Verkehr nach Polen wurde mit einer Personalversammlung dieser Boykott gegen das Verbot der Solidarność unterstützt. Auf dem Frankfurter Flughafen konnte die Maschine nach Warschau nur mit unorganisierten Hilfskräften abgefertigt werden.

Hereinspaziert! Abhängige Wirtschaft, günstige Anlagemöglichkeiten und viel Ruhe

Neue türkische Verfassung in Kraft getreten

thm. Mit ihrer neuen Verfassung hat die türkische Militärregierung ihren bisherigen Kurs abgesichert: Herstellung einer Militärdiktatur, die durch ein machtloses Parlament einen demokratischen Anstrich bekommen soll, Beschränkung sämtlicher Grundrechte, tiefe Eingriffe in die gewerkschaftlichen Rechte, auf dieser Grundlage Ankurbelung der Wirtschaft. Der wirtschaftliche Kurs, den die Junta dabei beschreitet, entspricht im wesentlichen dem der sogenannten Schwellenländer, und man kann davon ausgehen, daß die Türkei damit soweit kommen wird wie diese Länder, aber auch in die gleichen internationalen Abhängigkeiten und die gleichen finanziellen und strukturellen Krisen.

Die Steigerungsraten sind zunächst auch nicht ausgeblieben. Das Bruttosozialprodukt stieg 1981 um 4,4% und mit ca. 4% 1982 wird die Türkei die höchste Wachstumsrate in ganz Europa erreichen. Die Exporte haben sich alleine von 1979 bis 1981 verdoppelt. Die Militärregierung hat dies mit der gezielten Förderung von Exportindustrien vorangetrieben. Eine zeitweilige Senkung der Inflation im letzten Jahr und eine Abwertung der türkischen Lira haben ihr übriges getan. Der Schwerpunkt der Exportsteigerungen liegt im Nahen Osten, der die EG vor kurzem anteilsmäßig überholte. Diese Entwicklung hatte auch schon politische Auswirkungen, indem die Türkei quasi offizielle diplomatische Kontakte zur PLO aufnahm und sich jetzt aus Rücksicht auf die arabischen Ländern etwas ziert, Stützpunkte für die schnelle Eingreiftruppe der USA bereitzustellen.

Auf der anderen Seite wurde durch vielfältige Aufhebung von Hindernissen und Beschränkungen dem ausländischen Kapital ein Scheunentor geöffnet. Das internationale Kapital hat auch prompt reagiert. So betrug der Kapitalimport in die Türkei in den 25 Jahren vor 1979 etwa 228 Mio. Dollar. Alleine in den Jahren 1980 und 1981 wurden 433 Mio. Dollar aus dem Ausland in der Türkei investiert. Großen Anteil haben dabei deutsche Firmen. So plant Daimler Benz mit seiner 36% Beteiligung am LKW-Hersteller Otomarsan große Erweiterungsinvestitionen, um den LKW-Markt im Nahen und Mittleren Osten zu beliefern. MAN beteiligt sich mit 40% an einem 50 Mio. Dollar Projekt.

Die Grundlage für diesen Kurs bildet die politische „Stabilisierung" und der Angriff auf die Arbeiterbewegung. U.a. heißt es in der neuen Verfassung: „... dürfen die Gewerkschaften bzw. Vereine keine politischen Ziele verfolgen keine politischen Aktivitäten entfalten, keine Unterstützung von politischen Parteien erhalten oder ihnen solche gewähren, sie dürfen mit Vereinen bzw. Gewerkschaften, Berufsorganisationen von der Art öffentlicher Einrichtungen und Stiftungen zu diesem Zweck nicht gemeinsam handeln." Durch Artikel 58 werden nicht nur Streiks mit politischen Zielen, Solidaritätsstreiks, Generalstreiks, Produktivitätssenkung und Widerstand verboten, sondern auch die Aussperrung als verfassungsrechtliche Sanktion anerkannt. Die Streikdauer, wenn überhaupt, wird auf 60 Tage begrenzt.

Mit diesen Angriffen versucht die Regierung die Lohnsenkungen voranzutreiben, die sowieso bei einer Arbeitslosenrate von 15%, das sind 3 Mio. Türken, kaum noch effektiv zu verhindern sind. Einen Eindruck hiervon vermitteln Zahlen der Gewerkschaft Turk Is aus der Zeit noch vor dem Putsch. Turk Is ist die einzige noch zugelassene Gewerkschaft und für ihre enge Zusammenarbeit mit dem Regime bekannt, so daß die Internationale Arbeitsorganisation ILO ihr vorläufig die Mitgliedschaft aberkannt hat. Schon von 1977–79 fiel der Anteil der Löhne und Gehälter im nichtlandwirtschaftlichen Bereich von 47,8 auf 33,8%. Von 1977–1980 fielen die realen Löhne der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um 22%. Neuere Zahlen sind nicht zu erhalten, erst recht nicht ist das Ausmaß der Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen zu fassen.

Der nächste Staatspräsident heißt wieder Kenan Evren. Durch die neue Verfassung erhält er praktisch unbeschränkte Rechte. U.a. kann er „... das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben, Wahlen verschieben, den Ministerpräsidenten einsetzen, zusammen mit dem Kabinett den Ausnahmezustand verhängen und per Dekret regieren, mit seinem Veto vom Parlament verabschiedete Gesetze eine Zeitlang blockieren, die Mitglieder des Verfassungsgerichts und des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte, den Oberstaatsanwalt der Republik und seinen Stellvertreter, die Universitätsrektoren, den Präsidenten der Zentralbank und der staatlichen Radio- und Fernsehanstalt ..." und viele andere einsetzen. Weitgehende Beschränkungen erfahren die Rede-, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Den EG-Ländern wäre es natürlich lieber, die Zustände in der Türkei ließen sich auf Dauer nach westeuropäischen Maßstäben und Regeln stabilisieren. Daher auch die Aufrechterhaltung einer gewissen Kritik selbst in Reihen der CDU. Wirklich Effektives ist aber auch nicht erfolgt. Die Regierungen finden sich halt damit ab, mit mehr oder weniger Bauchschmerzen. Denn das internationale Kapital jauchzt über neue Anlagemöglichkeiten und stabil soll es ja auch bleiben an der östlichen Mittelmeerflanke der Nato.



nen Arbeitslosen überschritten, da scheint entscheidend zu sein, welche der verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung den größten „Arbeitsmarkteffekt" hat. Da sind die Unterschiede nur noch quantitativ: z.B. daß die 35-Stunden-Woche 1500000 Arbeitsplätze, die Tarifrente aber nur 200000 Arbeitsplätze neu schafft – wobei keine der bisher genannten Zahlen als abgesichert gelten kann. Die Frage der Arbeitsmarktwirkung kann für die Beurteilung auch gar nicht entscheidend sein.

Die Vorverlegung des Rentenalters – angesichts steigendem Verschleiß der Arbeitskraft und damit zunehmenden Frührentnerzahlen – ist eine notwendige Forderung, jedoch unterscheidet sich die 35-Stunden-Woche davon prinzipiell. Sie setzt dem Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion selbst Grenzen, während die Vorverlegung des Rentenalters ihre Berechtigung aus der schon erfolgten Zerstörung der Arbeitskraft zieht, daran selber jedoch nichts ändert.

Allerdings ist die 35-Stunden-Woche allein nicht ausreichend. Vielmehr muß gleichzeitig verhindert werden, daß in der nun kürzeren Arbeitszeit die gleiche Leistung oder noch mehr als vorher erbracht werden muß. Dadurch wird maßgeblich auch der Arbeits-

bestehende alte Arbeitszeitordnung eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden erzwungen werden kann. Und auch der „volle Lohnausgleich", den ein Teil der gewerkschaftlichen Linken zur alles entscheidenden Frage hinaufstilisiert hat, ist nur von relativem Wert, solange die Regierung mit Kindergeld, Wohngeld, Renten, Arbeitslosengeld und BAföG viel größere Teile der Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung kürzen kann.

Bei der 35-Stunden-Woche geht es nicht, wie die alte Losung nahelegt, um „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände", sondern sicher um eine Einbeziehung bisher brachliegender Arbeitskraft für die notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben, aber auch um eine Veränderung der bestehenden Arbeit, der Arbeitsprozesse und der Bedingungen, unter denen die Arbeit stattfindet.

Es geht darum, die notwendige Zeit und Kraft für die Arbeiter zu erlangen, um die Fähigkeiten zu entwickeln, sich den ganzen Umfang menschlicher Tätigkeiten wieder erschließen zu können, und die dazu notwendigen Formen zu erkämpfen. Das wäre mit einem solchen 35-Stunden-Paket möglich.

„Beschäftigungsprogramm", Ar-

Warschau. Protestaktionen in Polen anläßlich des Jahrestages der Zulassung der Solidarność 1980. *Bild:* Miliz bei früheren Einsätzen. Der Boykottaufruf der Internationalen Transportarbeiter-Förderation wurde in der BRD teilweise befolgt. In Bremerhaven lag ein Schiff fest. In Wedel konnte jedoch ein anderes entladen werden. In der zentralen Paket-Umschlag-Stelle der Post in Hannover für den Verkehr nach Polen wurde mit einer Personalversammlung dieser Boykott gegen das Verbot der Solidarność unterstützt. Auf dem Frankfurter Flughafen konnte die Maschine nach Warschau nur mit unorganisierten Hilfskräften abgefertigt werden.

Hereinspaziert! Abhängige Wirtschaft, günstige Anlagemöglichkeiten und viel Ruhe

Neue türkische Verfassung in Kraft getreten

thm. Mit ihrer neuen Verfassung hat die türkische Militärregierung ihren bisherigen Kurs abgesichert: Herstellung einer Militärdiktatur, die durch ein machtloses Parlament einen demokratischen Anstrich bekommen soll,

auch prompt reagiert. So betrug der Kapitalimport in die Türkei in den 25 Jahren vor 1979 etwa 228 Mio. Dollar. Alleine in den Jahren 1980 und 1981 wurden 433 Mio. Dollar aus dem Ausland in der Türkei investiert. Großen

nale Arbeitsorganisation ILO ihr vorläufig die Mitgliedschaft aberkannt hat. Schon von 1977–79 fiel der Anteil der Löhne und Gehälter im nichtlandwirtschaftlichen Bereich von 47,8 auf 33,8%. Von 1977–1980 fielen die

Ein einziges Raketensilo?

Widerstand gegen Stationierung der Cruise missiles in der Eifel / Mahnwache in Bonn

jüh.Trier. Vom 1. bis zum 7. November führten Mitglieder der Trierer „Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V." und der Bitburger „Friedensgruppe e.V." eine Mahnwache vor dem Bundesverteidigungsministerium auf der Hardthöhe durch. Die Aktion wurde am Sonntag mit einem Gottesdienst abgeschlossen, da politische Aktionen für diesen Tag rundweg abgelehnt worden waren. Ziel der Mahnwache war es, der Forderung nach Offenlegung der Stationierungsorte für die Cruise Missiles und die Pershing II in der BRD Nachdruck zu verleihen. Es ging beiden Gruppen auch vor allem darum zu erfahren, ob tatsächlich alle 96 Marschflugkörper im Bitburger Raum (Eifel) stationiert werden sollen.

In der Eifel sind bereits jetzt mehrere wichtige Flugplätze und Atomwaffenlager der USA/NATO. In Bitburg selbst ist das 36. Taktische Jagdgeschwader mit F-15 Eagles, in Spangdahlem (in unmittelbarer Nähe) das 52. Taktische Jagdgeschwader mit Phantoms F-4 und in Büchel das 33. Jagdbombergeschwader stationiert, die wahrscheinlich alle mit Atomwaffenlagern ausgerüstet sind. Darüber hinaus sind noch in Hontheim, Euskirchen-Billig und Blankenheim (Reetz) Nike-Hercules-Flugabwehrraketen, die zumindest z.T. auch mit Atomwaffen ausgerüstet sind.

Am 10.9. dieses Jahres hatte jetzt der „stern" gemeldet, daß im US-Verteidigungsministerium in Washington der countdown für die Stationierung der 96 Cruise Missiles in der Nähe des US-Stützpunktes in Bitburg laufe. Im Oktober solle mit den Bauarbeiten begonnen werden. Der Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden sind inzwischen Informationen zugegangen, nach denen Ingenieure des Staatsbauamtes Trier-Süd seit einiger Zeit bereits mit der Ausarbeitung konkreter Pläne für den geplanten Raketenstützpunkt bei Bitburg bzw. dessen Infrastruktur (Wohngebäude, Straßen u.a.) beschäftigt sind. Die benötigten Gelände sind in Staatsbesitz und insofern also auch keine Landkäufe oder -enteignungen notwendig.

Diese konkreten Meldungen intensivierten und verbreiterten den Widerstand im Trierer-Bitburger-Raum. In Bitburg selbst hat sich die bereits erwähnte Friedensgruppe aus früheren kleineren Zusammenschlüssen gegen Fluglärm und Nachrüstungsbeschluß herausgebildet. Sie wendet sich gegen die Stationierung und hat inzwischen ca. 70 Mitglieder. Unterstützt wird sie von den GRÜNEN, Teilen der SPD und den Jusos. Auf der Gründungsveranstaltung der Friedensgruppe in Bitburg waren weit über 100 Leute anwesend. Im Vorstand arbeiten beispielsweise auch zwei Ärzte aus der Eifel mit. Informationsveranstaltungen in der letzten Oktoberwoche wurden aus den Dörfern jeweils von 10 bis 20 Leuten besucht. Zum Ausdruck kam auf den Veranstaltungen eine große Unsicherheit bei den Leuten, aber keineswegs eine einhellige Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO.

Ganz offensichtlich gibt es eine breite Einheit über die Forderung, daß die Stationierungsplätze ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, wie z.B. Großbritannien oder Italien, der Bevölkerung mitgeteilt werden sollen. Die Mahnwache in Bonn sollte dieser Forderung die nötige Publizität und den nötigen Nachdruck verleihen. Verteidigungsminister Wörner hat aus den USA erklärt, eine Bekanntgabe sei nicht notwendig.

Um eine breitere Ablehnung der Stationierungen zustande zu bringen, sind offensichtlich noch wesentlich größere *politische* Anstrengungen nötig als bisher. Sie werden auch nur durch bundesweites Vorgehen politisch verhindert werden können. Als nächsten Höhepunkt nach der Mahnwache wollen die Trierer und die Bitburger Gruppen am 17. November eine Demonstration und Kundgebung in Bitburg durchführen. Hauptredner ist Alfred Mechtersheimer. Die Demonstration beginnt um 17.00 Uhr auf dem „Beda-Platz". Über das weitere Vorgehen wollen sich die Gruppen dann bis Jahresende Klarheit verschaffen.

Antiatom-Bundeskonferenz in Kassel

wiv.Kiel. Rund 400 Teilnehmer hatte die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen vom 5. – 7.11.82 in Kassel. Diese 400 Teilnehmer repräsentierten rund 100 Bürgerinitiativen. Es war die bisher am schlechtesten besuchte Bundeskonferenz in der BI-Geschichte.

drastischen Abbau noch vorhandener Grundrechte einmündet.

Die brisanteste politische Debatte fand (wie sollt's auch anders ein) um das Verhältnis der Bürgerinitiativen zu den Grünen und zu Dachorganisationen wie dem BBU statt. Scharfe Kritik

Raketenunfall in Waldprechtsweier:

„Wir sind noch einmal davongekommen – doch wo soll das alles enden?"

r.z.Karlsruhe. Unter diesem Thema fand am letzten Freitag im Jugendzentrum „Spechtennest" in Ettlingen, einer Kleinstadt 10 km nördlich von Waldprechtsweier, eine Veranstaltung mit 300 – 400 Teilnehmern statt. Augenzeugen berichteten vom Verlauf der Evakuierungsmaßnahmen nach dem schweren Unfall eines US-Raketenkonvois. Keiner der Betroffenen hatte während der Evakuierung Auskunft über die tatsächlich drohende Gefahr erhalten. Die US-Sicherheitskräfte, die mit Hilfe von 320 deutschen Polizisten während der Bergung Waldprechtsweier hermetisch abriegelten, gaben keinerlei Auskunft. Die Stellungnahmen der offiziellen US-Behörden waren spärlich und widersprüchlich. Niemand hatte den Eindruck, daß die US-Soldaten als Freunde hier seien. Im Gegenteil, recht arrogant seien sie den Waldprechtsweierer Bewohnern gegenüber aufgetreten, berichtete ein betroffener Jugendlicher.

Die strikte Geheimhaltung der US-Behörden löste Dienstag abend nach dem Unfall Verwirrung und Angst aus, als die Bewohner um 19 Uhr im Radio hörten, daß eine Pershing-Rakete verunglückt sei, die möglicherweise mit einem atomaren oder konventionellen Sprengkopf bestückt sei. Die erste Evakuierung im Umkreis von 200, dann 300 m in eine 300 m entfernte Schule verstärkte diesen Verdacht. Am späten Abend wurde dann mitgeteilt, die Rakete sei nicht bestückt. Trotzdem wurde auf Anraten eines US-Fachmannes gegen Mitternacht die Evakuierung des ganzen Ortes mit 1200 Einwohnern und 200 Campinggästen beschlossen, aber wegen der Furcht vor Panik erst am frühen Mittwoch Morgen durchgeführt, mit Hilfe der Polizei, die jedes Haus durchkämmte. Die Verwirrung hielt an, als die Lokalpresse in ihrer Mittwoch-Ausgabe berichtete, es handele sich um eine Pershing-II-Rakete mit hochexplosivem Flüssigtreibstoff. Die US-Behörden ließen dann nachmittags mitteilen, es handele sich um eine Pershing Ia mit weniger gefährlichem Festtreibstoff. Die Verwirrung war noch größer. So konnte man in der Donnerstagsausgabe der Lokalpresse lesen: „Waldprechtweiers Bevölkerung war nicht in Gefahr." Der Festtreibstoff hätte „brennen oder verpuffen, nicht aber detonieren" können. Das Geschoß hätte sich zwar bei einer Entzündung in Bewegung setzen können. Dies war aber nach der Entschärfung des Antriebzünders noch vor der totalen Evakuierung ausgeschlossen. Warum aber dann die Evakuierung des ganzen Dorfes? Ein Teilnehmer der Veranstaltung erzählte von einem Gespräch mit einem Feuerwehrmann, der am Einsatz beteiligt war. Diesem war aufgefallen, daß ein US-LKW, der ebenfalls am Unfall beteiligt war, von Beginn an von US-Sicherheitskräften hermetisch abgeschirmt wurde und dann als erster abtransportiert wurde. Hatte der Konvoi doch Sprengköpfe dabei? ...

Wie kam dieser Raketen-Konvoi überhaupt nach Waldprechtsweier? Was suchten US-Streitkräfte in dieser Gegend? Das bekamen die Bewohner vom Rimmespacher Hof, einer kleinen Ansiedlung nur wenige Kilometer von Waldprechtsweier entfernt, am Mittwoch abend zu spüren. Sie konnten nicht mehr nach Hause fahren, weil die Zufahrt von schweren US-Fahrzeugen blockiert war. US-Soldaten hatten eine Pershing-Rakete an einer genau festgelegten Abschußstelle, von denen es mehrere im Kreis Karlsruhe geben soll, aufgebaut. Ein Bürgermeisterstellvertreter aus Malsch und ein Ortsvorsteher wollten vor Ort von den US-Soldaten wissen, warum sie einen öffentlichen Zufahrtsweg blockierten. Sie bekamen keine Auskunft. Ein Offizier nahm die Ausweise mit zur Kontrolle über Funk. In der Nacht bekam der Bürgermeisterstellvertreter Besuch von mehreren Polizisten, die überprüften, ob er zu Hause sei. Mitglieder der „Ettlinger Friedensinitiative" zogen am späten Donnerstag abend mit Fackeln zu dem dort stationierten Pershing-Bataillon, wo sie von US-Soldaten mit entsicherten Maschinenpistolen im Anschlag empfangen wurden. Die herbeigerufene Polizei wagte nicht einzugreifen.

Dieser Unfall in Waldprechtsweier und seine Folgen zeigte erneut vielen deutlich, daß sich die US-Streitkräfte in der BRD nicht wie erwünschte Freunde verhalten, sondern ihre Rechte als Besatzer wahrnehmen ohne Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung. So erklärte letzte Woche der oberste Polizeichef von Baden-Württemberg, daß die deutschen Behörden kein Recht hätten, amerikanische Militärtransporte deutschen Bestimmungen unterzuordnen. 7 Stunden vor dem Waldprechtsweierer Unfall war ein US-Transporter mit einer Pershing-Rakete am Ortseingang von Schwäbisch-Gmünd in einem Obstgarten gelandet – weil die Bremsen versagt hatten. Die gleiche Unfallursache wird in Waldprechtsweier vermutet. Das läßt selbst bürgerliche Politiker wie CDU-MdB-Friedmann aufschrecken, der bei der Bundesregierung u.a. anfragte: „... Welches Konzept verbirgt sich hinter dem Transport von Raketen und werden die dazu notwendigen Sicherheitsmaßnahmen mit den in Frage kommenden deutschen Dienststellen abgesprochen?"

Der Widerstand gegen die Anwesenheit der US-Armee, insbesondere gegen die Atomwaffen in unserem Land, wird immer stärker. Die Friedensinitiativen aus dem Stadt- und Landkreis riefen unter der Forderung „Stadt- und Landkreis Karlsruhe müssen eine atomwaffenfreie Zone werden!" zu Demonstrationen in Karlsruhe und Ettlingen auf, an denen sich insgesamt ca. 2500 Menschen beteiligten.

Nachdem bekannt wurde, daß die verunglückte Rakete nach Neureut, einem Vorort von Karlsruhe, transportiert wurde, stellte die Grüne Liste Karlsruhe eine Anfrage an die Stadt, ob der Stadtverwaltung Raketentransporte bekannt seien und was dazu unternommen werde.

Die GRÜNEN Ettlingen fordern in einer Erklärung zum Unfall in Waldprechtsweier: „... vom Gemeinderat der Stadt Ettlingen die Beschlußfassung über das Verbot von Lagerung, Transport, Herstellung und Stationie-



Hercules-Flugabwehrraketen, die zumindest z.T. auch mit Atomwaffen ausgerüstet sind.

Am 10.9. dieses Jahres hatte jetzt der „stern" gemeldet, daß im US-Verteidigungsministerium in Washington der countdown für die Stationierung der 96 Cruise Missiles in der Nähe des US-Stützpunktes in Bitburg laufe. Im Oktober solle mit den Bauarbeiten begonnen werden. Der Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden sind inzwischen Informationen zugegangen, nach denen Ingenieure des Staatsbauamtes Trier-Süd seit einiger Zeit bereits mit der Ausarbeitung konkreter Pläne für den geplanten Raketenstützpunkt bei Bitburg bzw. dessen Infrastruktur (Wohngebäude, Straßen u.a.) beschäftigt sind. Die benötigten Gelände sind in Staatsbesitz und insofern also auch keine Landkäufe oder -enteignungen notwendig.

derung die nötige Publizität und den nötigen Nachdruck verleihen. Verteidigungsminister Wörner hat aus den USA erklärt, eine Bekanntgabe sei nicht notwendig.

Um eine breitere Ablehnung der Stationierungen zustande zu bringen, sind offensichtlich noch wesentlich größere *politische* Anstrengungen nötig als bisher. Sie werden auch nur durch bundesweites Vorgehen politisch verhindert werden können. Als nächsten Höhepunkt nach der Mahnwache wollen die Trierer und die Bitburger Gruppen am 17. November eine Demonstration und Kundgebung in Bitburg durchführen. Hauptredner ist Alfred Mechtersheimer. Die Demonstration beginnt um 17.00 Uhr auf dem „Beda-Platz". Über das weitere Vorgehen wollen sich die Gruppen dann bis Jahresende Klarheit verschaffen.

Antiatom-Bundeskonferenz in Kassel

wiv.Kiel. Rund 400 Teilnehmer hatte die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen vom 5. – 7.11.82 in Kassel. Diese 400 Teilnehmer repräsentierten rund 100 Bürgerinitiativen. Es war die bisher am schlechtesten besuchte Bundeskonferenz in der BI-Geschichte.
Gleichwohl: das gesamte politische Spektrum von radikalen autonomen BIs bis hin zu den Grünen war vertreten, sodaß eine insgesamt fruchtbare politische Auseinandersetzung mit einigen Ergebnissen stattfand.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vom Samstag wurden am Sonntag im Plenum vorgestellt, soweit Ergebnisse überhaupt zu verzeichnen waren. Zwei wichtige Beschlüsse wurden gefaßt: Erstens wurde mit überwältigender Mehrheit die Herausgabe der schon lange geplanten bundesweiten Energiebroschüre beschlossen. Sie soll Ende Dezember 1982 endgültig fertiggestellt sein und dann in 500000 Startauflage in den konkreten Auseinandersetzungen vor Ort eingesetzt werden. Dazu ist ein Büro in Kassel im Umweltzentrum eingerichtet worden. Zweitens wurde eine Resolution gegen die geplanten Wiederaufarbeitungsanlagen einstimmig verabschiedet und auf dieser Grundlage die Organisierung des Widerstands um den neuen Standort Dragahn/Gorleben diskutiert. Er soll möglichst eingebunden werden in die bereits bestehende bundesweiten Strukturen.

Als ganz wichtig wurde auch der Kampf gegen die Kriminalisierung eingeschätzt. Er sollte Bestandteil der Arbeit jeder Bürgerinitiative sein. Im Bericht aus der AG wurde am Beispiel der Urteile gegen Michael Duffke und Markus Mohr und am jetzt laufenden Verfahren gegen Alexander Schubart die neue Qualität der „Rechtsprechung" herausgearbeitet, die in einen

drastischen Abbau noch vorhandener Grundrechte einmündet.

Die brisanteste politische Debatte fand (wie sollt's auch anders ein) um das Verhältnis der Bürgerinitiativen zu den Grünen und zu Dachorganisationen wie dem BBU statt. Scharfe Kritik
gab es am Auftreten der Grünen während der Demonstration am Schacht Konrad, ebenso scharfe Kritik am Auftreten des BBU während der Vorbereitung der Kalkar-Demonstration. Die Berechtigung der Kritik (Spaltungsvorwurf) stand überhaupt nicht in Zweifel, wohl aber gab es heftigen Streit über die daraus folgenden Konsequenzen.

Die extremste Position aus dem autonomen Lager gipfelte darin, speziell dem BBU abzusprechen, überhaupt Bestandteil der Gesamtbewegung zu sein und zukünftige Zusammenarbeit prinzipiell abzulehnen. Demgegenüber gab es auf der Konferenz eine knappe Mehrheit, die die Kritik wohl teilte, aber davon ausging (und mit Beispielen belegte), daß man gegenwärtig von *dem* BBU und *den* Grünen nicht sprechen könne. In zwei verabschiedeten Resolutionen drückte sich diese Position dann mit Formulierungen aus, die die Kritik benannte, aber andererseits Vorschläge machte, wie die Zusammenarbeit verbessert werden könnte. Es liegt jetzt bei den Grünen und vor allem beim BBU, ob die Positionen der Bundeskonferenz von denjenigen Kräften genutzt werden, die die Kritik teilten.

Alles in allem eine Konferenz, in der deutlich wurde, daß die in den letzten Jahren starren Fronten in der Bewegung ins Wanken geraten, eine Konferenz, die zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß Formen der Zusammenarbeit gefunden werden im Interesse des gemeinsamen Ziels: Weg mit dem Atomprogramm!

nem atomaren oder konventionellen Sprengkopf bestückt sei. Die erste Evakuierung im Umkreis von 200, dann 300 m in eine 300 m entfernte Schule verstärkte diesen Verdacht. Am späten Abend wurde dann mitgeteilt, die Rakete sei nicht bestückt. Trotzdem wurde auf Anraten eines US-Fachmannes gegen Mitternacht die Evakuierung des ganzen Ortes mit 1200 Einwohnern und 200 Campinggästen beschlossen, aber wegen der Furcht vor Panik erst am frühen Mittwoch Morgen durchgeführt, mit Hilfe der Polizei, die jedes Haus durchkämmte. Die Verwirrung hielt an, als die Lokalpresse in ihrer Mittwoch-Ausgabe berichtete, es handele sich um

Gegend? Das bekamen die Bewohner vom Rimmespacher Hof, einer kleinen Ansiedlung nur wenige Kilometer von Waldprechtsweier entfernt, am Mittwoch abend zu spüren. Sie konnten nicht mehr nach Hause fahren, weil die Zufahrt von schweren US-Fahrzeugen blockiert war. US-Soldaten hatten eine Pershing-Rakete an einer genau festgelegten Abschußstelle, von denen es mehrere im Kreis Karlsruhe geben soll, aufgebaut. Ein Bürgermeisterstellvertreter aus Malsch und ein Ortsvorsteher wollten vor Ort von den US-Soldaten wissen, warum sie einen öffentlichen Zufahrtsweg blockierten. Sie bekamen keine Auskunft. Ein Offizier nahm die Ausweise mit zur Kontrolle

wird in Waldprechtsweier vermutet. Das läßt selbst bürgerliche Politiker wie CDU-MdB-Friedmann aufschrecken, der bei der Bundesregierung u.a. anfragte: „... Welches Konzept verbirgt sich hinter dem Transport von Raketen und werden die dazu notwendigen Sicherheitsmaßnahmen mit den in Frage kommenden deutschen Dienststellen abgesprochen?"

Der Widerstand gegen die Anwesenheit der US-Armee, insbesondere gegen die Atomwaffen in unserem Land, wird immer stärker. Die Friedensinitiativen aus dem Stadt- und Landkreis riefen unter der Forderung „Stadt- und Landkreis Karlsruhe müssen eine atomwaffenfreie Zone werden!" zu Demonstrationen in Karlsruhe und Ettlingen auf, an denen sich insgesamt ca. 2500 Menschen beteiligten.

Nachdem bekannt wurde, daß die verunglückte Rakete nach Neureut, einem Vorort von Karlsruhe, transportiert wurde, stellte die Grüne Liste Karlsruhe eine Anfrage an die Stadt, ob der Stadtverwaltung Raketentransporte bekannt seien und was dazu unternommen werde.

Die GRÜNEN Ettlingen fordern in einer Erklärung zum Unfall in Waldprechtsweier: „... vom Gemeinderat der Stadt Ettlingen die Beschlußfassung über das Verbot von Lagerung, Transport, Herstellung und Stationie-
rung atomarer, biologischer und chemischer Waffensysteme auf dem Gebiet der Stadt Ettlingen und des Landkreises Karlsruhe..."



Demonstration in Ettlingen

Wohnungspolitischer Kongreß verschoben

kvz. Der ursprünglich für den Termin 3. – 5. Dezember 1982 geplante Kongreß „Alternativen in der Wohnungspolitik durchsetzen – aber wie?" wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Wir die Initiatoren um die Bielefelder Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik" mitteilen, sind die Gründe für diese Verschiebung die noch unzureichende inhaltliche Konkretisierung des Kongreß-Programms sowie das enttäuschend geringe Engagement aus den kommunalen Listen und Fraktionen vor Ort. So waren z.B. auf dem letzten Vorbereitungstreffen lediglich Teilnehmer aus Berlin, Bielefeld und Dortmund anwesend. Der mehrfach angekündigte Kongreß-Reader soll trotz der inhaltlichen Schwierigkeiten erscheinen. Die Redaktion der „Alternativen Kommunalpolitik" will einen erneuten Anlauf unternehmen, den Kongreß doch noch stattfinden zu lassen. Noch im Artikel eines Mitglieds der AL Berlin, der im Novemberheft der MOZ erscheinen soll, hatte es etwas polemisch geheißen, in der Vorbereitungsgruppe bestehe die Erwartung, daß auf dem Kongreß wohnungspolitische Alternativen präzisiert werden können und nicht nur theoretische Vorratswirtschaft für unbestimmte Zeiten betrieben oder die Zahl linker Expertenrunden erweitert wird. Vielleicht sollte man bei den Initiatoren jetzt doch mal überdenken, ob es nicht so ist, daß die Erleuchtung auch nicht einfach von den Leuten „vor Ort" kommt, denen nun das Scheitern des Kongresses in die Schuhe geschoben wird. Uns scheint es viel notwendiger, neben einem Informationsaustausch überhaupt mal auch zum Thema Wohnungspolitik eine theoretische Debatte zu organisieren, die dann auch „vor Ort" was nützt. Dazu wäre eher ein Arbeitstreffen als ein „Kongreß" angemessen. Übrigens herrscht nach unseren Informationen unter den Bielefeldern Hausbesetzern durchaus die Ansicht, daß es der dortigen „Bunten Liste" auch an Praxis gebricht.

Auslieferung trotz Anerkennung als politisch Verfolgter?

kvz. „Die Haft erscheint erforderlich, um der Gefahr einer Flucht wirksam zu begegnen. Einmal soll der Verfolgte in der Türkei bereits aus der Haft entwichen sein, und zum anderen ist angesichts der erheblichen Strafe, die dem Verfolgten in der Türkei droht, zu befürchten, daß er im Falle einer Haftentlassung den Versuch unternehmen wird, sich dem Auslieferungsverfahren durch Flucht nach Frankreich zu entziehen." Es handelt sich um den Türken Hüseyin Balkir, gegen den das Oberlandesgericht Köln dies festgestellt hat. Ein Schwerverbrecher? Über Interpol gesucht, ja. Und die türkische Junta wirft ihm vor, er habe Bankraub mit Waffen verübt, einen Polizeibeamten und einen Soldaten getötet und vier Polizeibeamte durch Schüsse verletzt.

Nun ist die Konstruktion einer Anklage leicht möglich und wie willig westdeutsche Gerichte auf die Behauptungen der Militärjunta in der Türkei eingehen, hat ja erst der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof mit seiner Auffassung, Folter gehöre in der Türkei eben dazu, bewiesen. Das Übernehmen der Anschuldigungen durch westdeutsche Gerichte wäre also schon schlimm genug. *Offensichtlich* handelt es sich aber bei Hüseyin Balkir um politische Verfolgung, weshalb eigentlich eine Auslieferung nicht möglich sein dürfte. Denn Balkir hat in Frankreich schon Asyl erhalten. Er war überhaupt nach Westdeutschland nur gekommen, um Bekannte zu besuchen, mit gültigem Ausweis und allem anderen. Bei der Rückfahrt nach Frankreich wurde er an der Grenze bei Aachen aus dem Zug geholt und ins Gefängnis gebracht. Als das Oberlandesgericht in Köln am 22. Oktober eine Haftprüfung durchführen mußte, schrieb es in die Begründung für die Haftfortdauer praktisch eine Vorverurteilung schon mit hinein: „Hinderungsgründe, die einer Auslieferung nach Art. 3 bis 10 EuAlÜbk entgegenstehen könnten, sind auch inzwischen nicht festgestellt worden."

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (GG, Artikel 16)

Was ist daraus geworden? Wie leben Asylbewerber, welche Probleme stellen sich? Ein Bericht aus dem Main-Taunus-Kreis

In der Öffentlichkeit ist es wieder stiller geworden um die Asylbewerber. Nach Frankfurt kommt keiner mehr rein. Mit dem dritten Asylverfahrensgesetz, in Kraft seit dem 1. August 1982, ist dem Bundesgrenzschutz eine Zurückweisungspflicht auferlegt, wenn der Flüchtling anderwärts offensichtlich Verfolgungsschutz gefunden hat. Daß man sich darüber sehr streiten kann, ist klar. Z.B. werden Flüchtlinge aus Afghanistan seither kaum noch als Asylanten anerkannt, da sie teils über Pakistan und Indien kommen und damit nach bundesdeutscher Behördenlogik nicht mehr „politisch Verfolgte“ sind. Ohne Visum, d.h. ohne eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die von einer Auslandsvertretung vor der Einreise erteilt werden muß, oder ohne wenigstens ein ordnungsgemäßes Transitvisum einer deutschen Auslandsvertretung, kommt ein Flüchtling nicht mehr ins Land. Die Grenzen sind dicht. Nur in wenigen Fällen kann die Abschiebung an der Grenze verhindert werden. Die Öffentlichkeit erfährt nichts.

Die Zahl der Asylbewerber ist im gesamten Bundesgebiet von 49391 im vergangenen Jahr auf vermutlich etwa 40000 im Jahr 1982 gesunken. Bis Ende Sepember 1982 waren es erst 30100. In Bayern wurde das neue Asylverfahrensgesetz besonders eifrig angewandt. Während dort 1981 6355 Personen aufgenommen wurden, waren es bis Ende September in diesem Jahr erst 3004. – Prost Herr Strauß, sie konnten damit die Zahl der Asylbewerber in Bayern um mehr als 50% senken! Aber auch die Stadt Frankfurt kann ganz zufrieden sein, konnte sie doch in diesem Jahr 17,7 Millionen Mark aus dem Haushaltsetat für die Belange der Asylbewerber einsparen.

Beispiel Sammellager Eschborn, am Rande von Frankfurt im Main-Taunuskreis, zentrale Lage zum Frankfurter Flughafen neben US-Camp Eschborn

Die erste Station für diejenigen, die die Grenzkontrollen überwinden konnten, ist seit November letzten Jahres das Sammellager für Asylbewerber in Eschborn. Vom 2. November 1981 bis zum 8. Oktober dieses Jahres kamen insgesamt 4130 Asylbewerber in die

3004. – Prost Herr Strauß, sie konnten damit die Zahl der Asylbewerber in Bayern um mehr als 50% senken! Aber auch die Stadt Frankfurt kann ganz zufrieden sein, konnte sie doch in diesem Jahr 17,7 Millionen Mark aus dem Haushaltsetat für die Belange der Asylbewerber einsparen.

Beispiel Sammellager Eschborn, am Rande von Frankfurt im Main-Taunuskreis, zentrale Lage zum Frankfurter Flughafen neben US-Camp Eschborn

Die erste Station für diejenigen, die die Grenzkontrollen überwinden konnten, ist seit November letzten Jahres das Sammellager für Asylbewerber in Eschborn. Vom 2. November 1981 bis zum 8. Oktober dieses Jahres kamen insgesamt 4130 Asylbewerber in die



„Gemeinschaftsunterkunft“ nach Eschborn. Dies berichtete Landrat Löwenberg den Kreistagsabgeordneten. 3680 hätten das Lager inzwischen wieder verlassen. In den Baracken dort leben zwischen 400 und 600 Asylbewerber aus zeitweise 30 verschiedenen Ländern. Es gibt 2- bis 6-Bettzimmer. Die Dauer der Lagerunterbringung sollte eigentlich 6 bis 8 Wochen nicht überschreiten. Im Einzelfall hängt das jedoch davon ab, wann für die Asylbewerber eine Unterkunft anderswo gefunden werden kann. Es gibt Fälle, das betrifft besonders Farbige, die bis zu 6 Monaten dort leben müssen. Die Gemeinden versuchen, solange und so gut es geht, die Aufnahme von Asylbewerbern hinauszuzögern und versuchen, sich die passenden auszusuchen, die vielleicht im Straßenbild nicht so sehr auffallen.

Die Sammelunterkünfte sind in jedem Bundesland unterschiedlich ausgestattet. Im Sammellager in Eschborn gibt es Gemeinschaftsverpflegung, d.h. Tiefkühlkost zum Mittagessen, Brot, Wurst, Käse und Getränke umsonst. In bar bekommen Einzelpersonen 70,00 DM Taschengeld gezahlt. Nach Frankfurt dürfen die Asylsuchenden nur zu Anwaltsbesuchen o.ä. „Freien Ausgang“ haben sie in die umliegenden Gemeinden Schwalbach, Eschborn und Sulzbach. Es gibt noch keine Eingangskontrollen. Sie sollen jedoch eingerichtet werden, „Zum eigenen Schutz der Asylbewerber.“ Sport- und Spielplätze sollen jetzt gebaut werden. Es gibt Waschmaschine und Wäschetrockner. Die Betreuung der 450 Asylbewerber, die z.Zt. dort leben, beschränkt sich auf eine Krankenschwester, die halbtags seit kurzem auch die Kinderbetreuung macht. Ein Arzt kommt zweimal wöchentlich. Dazu kommen zwei Sozialarbeiter und einmal wöchentlich eine Rechtsanwältin zur kostenlosen Beratung. In der Ausländerbehörde arbeiten fünf Mitarbeiter, zwei davon halbtags. Und natürlich gibt es einen Lagerleiter. Soweit zur offiziellen, d.h. bezahlten Betreuung.

Seit Bestehen des Lagers gibt es in Schwalbach einen Arbeitskreis „Hilfe und Beratung für Asylbewerber“. Darin arbeiten Mitglieder aus den Kirchengemeinden Eschborn, Niederhöchstadt und Schwalbach, amnesty international, die Arbeiterwohlfahrt, das Frankfurter Rechtshilfekomitee und der Initiativausschuß fur ausländische Bürger in Hessen. Sie veranstalten zweiwöchentlich eine Teestube und für Kinder haben sie einen Spielkreis eingerichtet, der alle 14 Tage stattfindet. Außerdem erteilt der Arbeitskreis viermal wöchentlich deutschen Sprachunterricht. Nach Aussage des Arbeitskreises klappt die Zusammenarbeit mit der

kommt zweimal wöchentlich. Dazu kommen zwei Sozialarbeiter und einmal wöchentlich eine Rechtsanwältin zur kostenlosen Beratung. In der Ausländerbehörde arbeiten fünf Mitarbeiter, zwei davon halbtags. Und natürlich gibt es einen Lagerleiter. Soweit zur offiziellen, d.h. bezahlten Betreuung.

Seit Bestehen des Lagers gibt es in Schwalbach einen Arbeitskreis „Hilfe und Beratung für Asylbewerber“. Darin arbeiten Mitglieder aus den Kirchengemeinden Eschborn, Niederhöchstadt und Schwalbach, amnesty international, die Arbeiterwohlfahrt, das Frankfurter Rechtshilfekomitee und der Initiativausschuß für ausländische Bürger in Hessen. Sie veranstalten zweiwöchentlich eine Teestube und für Kinder haben sie einen Spielkreis eingerichtet, der alle 14 Tage stattfindet. Außerdem erteilt der Arbeitskreis viermal wöchentlich deutschen Sprachunterricht. Nach Aussage des Arbeitskreises klappt die Zusammenarbeit mit der

Lagerleitung und den anderen Mitarbeitern gut. Jedoch Forderungen an das Land wie z.B. die Aufhebung der Gemeinschaftsverpflegung und die Einrichtung einer zusätzlichen Baracke als ständige Spielstube mit zwei vom Land besoldeten Mitarbeitern, wurden abgelehnt – aus formalen Gründen. Der Grundsatz der Abschreckung diktiert die Politik von dieser Seite aus. Bei der Errichtung des Lagers wurde die Nähe zum Rhein-Main-Flughafen gepriesen. – Es kommt wohl auch öfters vor, daß Asylbewerber während des Aufenthalts im Lager ihren Antrag auf Asyl zurückziehen. Man wird sich im Einzelfall streiten können, ob aus besserer Einsicht oder aufgrund der ungewissen und trostlosen Aussichten und damit der Abschreckungswirkung.

Wenn man das Asylrecht, so wie es nach dem Grundgesetz als Rechtsanspruch für politisch Verfolgte besteht, großzügig anwenden will, dann wird man wohl um Sammellager nicht herumkommen, sei es auch nur als erste Unterbringungsmöglichkeit. Dafür zwei Gründe: in Anbetracht der Wohnungsnot werden kurzfristig nicht genügend Wohnungen gebaut werden können und zum anderen meine ich, daß die Betreuung der Asylbewerber in den Lagern besser organisiert werden kann, als wenn sie ganz vereinzelt in den verschiedenen Orten eines Kreises wohnen. Das Entscheidende sind jedoch die Bedingungen in den Sammellagern. Diese dürfen sich nicht an dem Grundsatz der Abschreckung orientieren, sondern müssen den Bedürfnissen derjenigen, die dort leben sollen, entgegenkommen. Viele caritativ orientierte Gruppen bemühen sich darum, was sicherlich nicht der Abschreckungsabsicht entspricht. Fast jeden Tag bringen Besucher Kleidung und Spielzeug in das Sammellager in Eschborn.

Was kommt nach dem Aufenthalt im Sammellager? Beispiel Hofheim, ca. 30000 Einwohner, Kreisstadt des Main-Taunus-Kreises

Hier wohnen zur Zeit 50 Asylbewerber. Insgesamt 90 müßte die Stadt Hofheim aufnehmen. Sie kommen aus Indien, Polen, Pakistan, Iran, Türkei, Afghanistan und Eritrea. Die Stadt Hofheim zahlt die Miete, alles weitere überläßt sie einer Sozialarbeiterin, die von Höchst aus u.a. für die 50 zuständig ist.

Im Hofheimer Stadtteil Marxheim leben 20 von ihnen in Vier-Bettzimmern, die von der Stadt Hofheim in einem Arbeiterwohnheim eines Gartenbaubetriebes angemietet worden sind. Die Zimmer sind relativ groß, ohne

Besucher Kleidung und Spielzeug in das Sammellager in Eschborn.

Was kommt nach dem Aufenthalt im Sammellager? Beispiel Hofheim, ca. 30000 Einwohner, Kreisstadt des Main-Taunus-Kreises

Hier wohnen zur Zeit 50 Asylbewerber. Insgesamt 90 müßte die Stadt Hofheim aufnehmen. Sie kommen aus Indien, Polen, Pakistan, Iran, Türkei, Afghanistan und Eritrea. Die Stadt Hofheim zahlt die Miete, alles weitere überläßt sie einer Sozialarbeiterin, die von Höchst aus u.a. für die 50 zuständig ist.

Im Hofheimer Stadtteil Marxheim leben 20 von ihnen in Vier-Bettzimmern, die von der Stadt Hofheim in einem Arbeiterwohnheim eines Gartenbaubetriebes angemietet worden sind. Die Zimmer sind relativ groß, ohne

Doppelstockbetten, hell und mit kleiner Küche und Dusche. Dennoch gibt es Probleme. In einem der Zimmer leben z.B. zwei Polen und zwei Inder zusammen. Der eine Inder sagt von sich selbst, daß er der Sohn reicher Eltern ist und geflohen sei, da er sich einer radikalen Gruppe angeschlossen hatte. Der andere Inder hat gute Verbindungen nach Frankfurt und geht dort irgendwelchen „dunklen“ Geschäften nach. Man kommt da nicht so ganz dahinter. Der eine Pole ist schon älter, Kfz-Mechaniker und durch seine hoffnungslose Lage schon ganz stumpfsinnig geworden. R.M. ist 25 Jahre alt und 14 Tage vor Ausrufung des Kriegsrechts in Polen in die Bundesrepublik gekommen. Er hat hier schon viel deutsch gelernt und läuft tagtäglich von Amt zu Amt, von Behörde zu Behörde, um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Er ist *ein* Beispiel für die unberechenbare Lage, der die Asylbewerber ausgeliefert sind. Wie die anderen in seinem Zimmer, darf er offiziell nicht arbeiten und muß von den 237,00 in Gutscheinen für Lebensmittel und 70,00 DM Taschengeld, in bar monatlich vom Sozialamt gezahlt, leben.

Asylbewerber können höchstens zu „gemeinnütziger und zusätzlicher“ Arbeit für ein bis zwei DM pro Stunde herangezogen werden. Diese Arbeit darf von Gesetzes wegen aber keine Planstelle ersetzen und muß etwas betreffen, was sonst liegenbleiben würde, etwa das Laub dieses Herbstes. Das ist jedoch in Hofheim noch nicht angeordnet worden.

Beispiel R.M. aus Polen

Er hatte sein Studium zum Zahnarzt in Polen gerade beendet und müßte jetzt 5 Jahre als Assistenzarzt arbeiten. Im Rathaus und auf der Ausländerbehörde erzählt man ihm, daß er auf jeden Fall nach einem Jahr Aufenthalt in der Bundesrepublik eine Arbeitserlaubnis erhält. Daran hat er bis vor kurzem auch geglaubt, bis ihm auf dem Arbeitsamt das Gegenteil erzählt wurde. Einen Anspruch darauf gibt es nicht. Er solle erst eine Arbeitsstelle finden. Jedoch muß dazu erst sein Diplom



Asylantenunterkunft in Hofheim/Taunus

vom hessischen Sozialminister anerkannt werden. Und dieser erkennt es nur an, wenn er nachweisen kann, daß ihn ein Zahnarzt als Assistent einstellen würde. Doch welcher Zahnarzt sollte sein Diplom vorab anerkennen? Die Zahnärztekammer nennt das vornehm „Koppelbestimmung“ und gibt gleich dazu die Auskunft, daß in Hessen sowieso zu viel Zahnärzte seien. Die Anerkennung des Diploms wird R. wohl einklagen müssen, obwohl er einen Arzt hat (einen polnischen Freund), der ihn einstellen würde. Wann und ob er überhaupt die Berufserlaubnis bekommt, hängt von der



Asylantenunterkunft in Hofheim/Taunus

vom hessischen Sozialminister anerkannt werden. Und dieser erkennt es nur an, wenn er nachweisen kann, daß ihn ein Zahnarzt als Assistent einstellen würde. Doch welcher Zahnarzt sollte sein Diplom vorab anerkennen? Die Zahnärztekammer nennt das vornehm „Koppelbestimmung“ und gibt gleich dazu die Auskunft, daß in Hessen sowieso zu viel Zahnärzte seien. Die Anerkennung des Diploms wird R. wohl einklagen müssen, obwohl er einen Arzt hat (einen polnischen Freund), der ihn einstellen würde. Wann und ob er überhaupt die Berufserlaubnis bekommt, hängt von der

Willkür, d.h. den jeweiligen Richtlinien des hessischen Sozialministeriums ab.

Beispiel Familie H.F. aus Keren/Eritrea

Seit 1961 kämpft das eritreische Volk für seine Freiheit, für seine Selbstbestimmung, gegen die Vorherrschaft durch Äthiopien. – Die äthiopischen Besatzer ermorden Frauen und Kinder. Sechs Jahre hat H.F., geb. 1958, in der eritreischen Befreiungsfront EPLF gekämpft. Seine Frau ist vor 11 Monaten, schwanger und mit einem einjährigen Kind, über den Sudan mit dem Schiff nach Spanien und von dort aus in die Bundesrepublik geflohen. H.F. ist vor 7 Monaten als Flüchtling in die Bundesrepublik gekommen. Er kam

---

Neue Filme zur Lage in Eritrea
Samstag, 20.11.1982, um 17.00 Uhr
Katholische Studenten Gemeinde
Koselstraße 15, F-Nordend

---

ins Sammellager nach Rastatt, sie ins Lager nach Eschborn, wo sie ihr zweites Kind bekam. Zufällig haben sie sich wiedergefunden. Freunde in Deutschland haben ihnen weitergeholfen. Frau Z. lebt nach 6 Monaten Aufenthalt im Sammellager Eschborn in einem Zimmer für Asylbewerber in Hofheim, mit den Kindern und dem Bruder ihres Mannes. Alle drei Erwachsenen sind mittlerweile als Asylbewerber anerkannt. D.h., daß sie unbedingt aus der Unterkunft ausziehen müssen in eine eigene Wohnung, die das Sozialamt bezahlt. Die Kinder sind nicht anerkannt, da Kinder unter 9 Jahren nicht als Asylbewerber anerkannt werden. Dagegen ist jetzt geklagt worden, denn sonst wären sie bis zu ihrem 18. Lebensjahr nur als Familienangehörige in der Bundesrepublik geduldet. Obwohl das Sozialamt bis zu 1000,00 DM incl. für die Miete monatlich zahlen würde und die Kaution, ist es fast unmöglich, eine menschenwürdige Bleibe für sie zu finden.

Asylpraxis – Verfassungsbruch am laufenden Band

Obwohl von den bundesdeutschen Politikern gern von vornehmen Recht auf Asyl gesprochen wird, entpuppt es sich in der konkreten Anwendung der letzten Jahre mehr und mehr als menschenverachtend.

Nach dem Bundesverfassungsgericht bekommt asylrechtlichen Schutz jeder, der aus politischen Gründen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit ausgesetzt wäre oder – allgemein gesagt – politische Repressalien zu erwarten hätte. Das Gericht bestimmt die Voraussetzung und den Umfang des politischen Asyls wesentlich mit Hilfe der Unverletzlichkeit der Menschenwürde, dem obersten Verfassungsprinzip des Grundgesetzes. Politische Verfolgung im Sinne der Verfassung umfaßt auch rassistische oder religiöse Verfolgung. Der heutigen Interpretation nach lösen *Beeinträchtigung der freien Religionsausübung oder etwa der ungehinderten beruflichen oder wirtschaftlichen Betätigung das Asyl aus, sofern die Verletzungen der Menschenwürde nach Intensität und Schwere über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben*. Die Ablehnung des Asylbewer-

letzlichkeit der Menschenwürde, dem obersten Verfassungsprinzip des Grundgesetzes. Politische Verfolgung im Sinne der Verfassung umfaßt auch rassistische oder religiöse Verfolgung. Der heutigen Interpretation nach lösen *Beeinträchtigung der freien Religionsausübung oder etwa der ungehinderten beruflichen oder wirtschaftlichen Betätigung das Asyl aus, sofern die Verletzungen der Menschenwürde nach Intensität und Schwere über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben*. Die Ablehnung des Asylbewer-

bers muß mit einer Begründung versehen werden. In diesen Begründungen kommt dann die nackte Gesinnung unserer Bundes- und Verwaltungsrichter zum Ausdruck. Im Beschluß vom 27.5.1982 des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes zur Ablehnung eines türkischen Asylbewerbers wird versucht nachzuweisen, daß in der Türkei allgemein gefoltert wird und daß deshalb ein Gefolterter nur ein allgemeines Schicksal erleidet, und das sei asylrechtlich nicht relevant! (Näheres s. UMBRUCH Nr. 10 vom 1. Oktober 1982) Diese Praxis führt dazu, daß zwar bisher Flüchtlinge in der Bundesrepublik Aufnahme fanden, man sie jedoch dann zum Teil jahrelang im Ungewissen darüber läßt, ob sie hier leben und arbeiten können oder ob sie wieder in ihr Heimatland oder in irgend ein anderes Land abgeschoben werden.

Trotz grundgesetzlicher Großzügigkeit hat die Bundesrepublik im Vergleich mit anderen Ländern kaum Flüchtlingen Schutz und dauerhafte Aufnahme gegeben. *Seit im Jahre 1949 das Asylrecht ins Grundgesetz aufgenommen wurde, hat die Bundesrepublik von insgesamt ca. 250000 Aslysuchenden nur 82000 anerkannt (geschätzt bis Ende 1983).*

Wenn das Recht auf Asyl in der Bundesrepublik nicht nur auf dem Papier existieren soll, muß den Asylbewerbern die Möglichkeit gegeben werden, hier zu leben, d.h. solange hier zu wohnen und zu arbeiten, bis sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren können und das auch wollen. *maw.*

Dokument

DGB-Bundesjugendausschuß zu Frieden und Abrüstung

Im folgenden der Beschluß, der auf der BJA-Sitzung am 27.10. einstimmig verabschiedet wurde. Das einstimmige Ergebnis sagt aber nichts über die politische Übereinstimmung der Beteiligten aus. Denn ein Beispiel wie im Moment die politischen Widersprüche ausgetragen werden, bildet die Wahl des neuen Bundesjugendsekretärs Klaus Westermann, der Hanns Brauser ablöste. Westermann, seit 1980 Referatsleiter in der Abteilung Jugend des DGB, Vertreter solcher Positionen wie sie auch in der DGB-Bundesjugendschule Oberursel formuliert werden, wurde ohne Gegenkandidat mit 22 von 32 abgegebenen Stimmen gewählt. Gegen Westermann stimmten die Bundesjugendsekretäre der IGM, der HBV, die ehrenamtliche Vertreterin der HBV und die Vertreter der DGB-Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz. Stimmenthaltungen erfolgten durch die ehrenamtlichen Vertreter von NGG, GTB, DPG und ÖTV sowie durch den Bundesjugendsekretär der ÖTV. Gleich gar nicht an der Abstimmung beteiligten sich die Vertreter der Landesbezirke Niedersachsen, Nordmark, Nordrhein-Westfalen und der ehrenamtliche Vertreter der IGM.

Der DGB-Bundesjugendausschuß ruft die Gewerkschaftsjugend auf, sich an den vielen Initiativen, Demonstrationen und Aktionen zu Ostern 1983 zu beteiligen. Grundlage für uns sind die gewerkschaftlichen Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung.

Mit dieser Teilnahme wird einmal mehr auch öffentlich deutlich, daß die Gewerkschaftsjugend kontinuierlich und eigenständiger Teil der Friedensbewegung bleibt. Deren Vielfalt zu erhalten, ist uns ein wichtiges Anliegen. Das hat sich gerade bei den Antikriegstagen der Gewerkschaftsjugend gezeigt.

Plakative Forderungen können die notwendige Diskussion über verschiedene Wege zur Friedenserhaltung und -sicherung nicht ersetzen. Wir wollen diese Diskussion auch und gerade deshalb, weil die Probleme auf den Wegen zu sicherem Frieden in Freiheit für alle eher zunehmen.

Damals wie heute und zukünftig bedeutet unsere Teilnahme an den vielfältigen Initiativen, Demonstrationen und Aktionen für den Frieden und Abrüstung in unserem Land zugleich immer eine Unterstützung der weltweiten Friedensbewegung – auch und gerade der in den Staaten des Warschauer Paktes und besonders in der DDR. Wir wissen und anerkennen mit großem Respekt, daß dort das öffentliche Bekenntnis für Abrüstung in Ost und West ungleich mehr Mut und Standfestigkeit erfordert als in einer freiheitlichen Demokratie. Die Ostermärsche 1983 sind deshalb zugleich sowohl eine Solidaritätsaktion mit den Friedensinitiativen in der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes als auch mit den Friedensbewegungen in den USA und in Israel.

Die Gewerkschaftsjugend tritt für eine weltweite kontrollierte Abrüstung ein. Wir fordern die Bundesregierung und alle verantwortlichen politischen Kräfte in unserem Land zum wiederholten Male auf, sich mit aller Kraft für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben.

Wir fordern auch von einer konservativ geführten Regierung, daß sie die Mitgliedschaft der Bundesregierung Deutschland in der NATO nicht so versteht, daß sie sich der Weltpolitik der USA unterordnet und deren Sicherheitsideologie übernimmt.

Wir erwarten deshalb von der CDU/CSU-geführten Regierung, daß auch sie in der NATO die Interessen Europas und die besonderen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer geteilten Nation an der Nahtstelle zwischen den beiden großen Militärblöcken nachhaltig vertritt. Dazu gehört, daß diese Bundesregierung wie die bisherige auf die Regierungen von Sowjetunion und USA einzuwirken versucht, damit deren Genfer Verhandlungen erfolgreich verlaufen.

Die französische Politik, Europa zur autonomen Atommacht – einschließlich Neutronenbombe – und damit einen dritten – europäischen – Atomblock zwischen USA und UdSSR zu entwicklen, ist eine Gefährdung der europäischen Friedens und Abrüstungspolitik.

Die Gewerkschaftsjugend stellt erneut fest, daß die bisherige Politik des Rüstungswettlaufs sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West richtet. Sie führt zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel, beschleunigt Inflation und Arbeitslosigkeit, verhindert und erschwert dringend notwendige soziale und demokratische Reformen. Sie nimmt den Entwicklungsländern die Chance, in absehbarer Zeit eine stabile, soziale und politische Ordnung aufzubauen.

Jährlich werden hunderte von Milliarden Dollar auf der Welt für Rüstung ausgegeben. Gleichzeitig stehen keine Mittel zur Verfügung, um den Hungernden in der Welt unmittelbar zu helfen. Diese Entwicklung muß unbedingt gestoppt werden!

Die einzige realistische Chance für eine Politik des Friedens sieht die Gewerkschaftsjugend weiterhin in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Eine Politik des Friedens ist darüberhinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich.

Die Gewerkschaftsjugend fordert die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf, ihre Genfer Verhandlungen ernsthaft weiterzuführen und kurzfristig erste greifbare Ergebnisse vorzulegen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie alles daransetzt, die Genfer Verhandlungen nicht an dem im NATO-Doppelbeschluß auf den Herbst 1983 festgelegten Entscheidungstermin über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa scheitern zu lassen. Vielmehr müssen die Verhandlungen schnellstens von dem Termindruck befreit werden, um damit den Weg zu ersten Ergebnissen zu erleichtern. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, für die Aussetzung dieses Entscheidungstermins in der NATO einzutreten. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.

Darüber hinaus fordern wir:

- Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine von allen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) freie Zone zu schaffen.
- Beschleunigung und Intensivierung der Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa und Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz.
- Ächtung des Baus der Neutronenbombe und keine Stationierung in Europa.

Die Gewerkschaftsjugend wird sich auch in Zukunft auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt und weiterentwickelt wird und nicht zu einer Politik der kontrollierten Aufrüstung verkommt. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Logik der militärischen Blockbildung, die den Rüstungswettlauf verschärft und beansprucht, daß die Völker sich der Herrschaft der einen oder anderen Supermacht unterwerfen.

Wir fordern die Regierung der UdSSR auf, eine eigenständige Entwicklung in der Volksrepublik Polen zuzulassen. Unsere Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, nach Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und nach Aufhebung der unter dem Kriegsrecht und danach verhängten Urteile, nach Gewährleistung freier gewerkschaftlicher Betätigung für die „Solidarität" und nach Wiederaufnahme von Verhandlungen durch die polnische Regierung bleiben bestehen. Wir lehnen jede gesetzliche Maßnahme ab, die die Gewerkschaft „Solidarität" illegalisiert und kriminalisiert.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Unterstützung von Diktaturen und Militärregierungen besonders in Lateinamerika zurückzunehmen und sich einer eigenständigen demokratischen Entwicklung in den Staaten Mittel- und Lateinamerikas nicht entgegenzustellen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Forderungen insbesondere an die USA

- den ökonomischen und politischen Druck auf Nicaragua sowie die Unterstützung der von der honduranischen Grenze aus operierenden ehemaligen Nationalgardisten des Diktators Somoza unverzüglich zu beenden
- die ständige Einmischung in den innerpolitischen Prozeß in El Salvador künftig zu unterlassen.

Unsere Kritik richtet sich nicht nur an die Supermächte, sondern auch an NATO und Europäische Gemeinschaft. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Militärregierung in der Türkei von westeuropäischen Staaten nach wie vor politisch und materiell gestützt wird. Ebenso sprechen wir uns aus gegen

- den Einmarsch von sowjetischen Truppen in Afghanistan und die anhaltende Besetzung des Landes
- den anhaltenden Kriegszustand in Polen mit der Unterdrückung und dem Verbot der freien und unabhängigen Gewerkschaft Solidarność
- die israelischen Vergeltungsangriffe im Libanon und die Besetzung dieses Landes durch israelische, syrische und palästinensische Soldaten
- den Krieg zwischen Iran und Irak sowie gegen jede Unterstützung der kriegführenden Partei von außen.

Wir bekräftigen unsere mehrfach vorgetragenen Positionen

- keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe,
- keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme,
- konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbots,
- Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften,
- Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr,
- parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten,
- die Produktion und Stationierung von biologischen, chemischen und Neutronenwaffen ist einzustellen und die vorhandnen sind zu vernichten,
- Ausbau der Friedensforschung und Durchführung von „Friedenserziehung" in den Schulen.

Die Gewerkschaftsjugend erkennt das Wirken aller Friedensinitiativen an, die, ausgehend von verschiedenen weltanschaulichen und religiösen Auffassungen, sich für die Erhaltung des Friedens und gegen die Aufrüstung in Ost und West einsetzen.

Wir werden die Ostertage dieses Jahres nutzen, um für unsere Forderungen nach Frieden und Abrüstung in der Öffentlichkeit zu werben und unsere Solidarität mit allen unterdrückten Völkern praktisch unter Beweis zu stellen.

Ostern '83: Abrüstung ist das Gebot!

den Frieden und Abrüstung in unserem Land zugleich immer eine Unterstützung der weltweiten Friedensbewegung – auch und gerade der in den Staaten des Warschauer Paktes und besonders in der DDR. Wir wissen und anerkennen mit großem Respekt, daß dort das öffentliche Bekenntnis für Abrüstung in Ost und West ungleich mehr Mut und Standfestigkeit erfordert als in einer freiheitlichen Demokratie. Die Ostermärsche 1983 sind deshalb zugleich sowohl eine Solidaritätsaktion mit den Friedensinitiativen in der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes als auch mit den Friedensbewegungen in den USA und in Israel.

Die Gewerkschaftsjugend tritt für eine weltweite kontrollierte Abrüstung ein. Wir fordern die Bundesregierung und alle verantwortlichen politischen Kräfte in unserem Land zum wiederholten Male auf, sich mit aller Kraft für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben.

Wir fordern auch von einer konservativ geführten Regierung, daß sie die Mitgliedschaft der Bundesregierung Deutschland in der NATO nicht so versteht, daß sie sich der Weltpolitik der USA unterordnet und deren Sicherheitsideologie übernimmt.

Wir erwarten deshalb von der CDU/CSU-geführten Regierung, daß auch sie in der NATO die Interessen Europas und die besonderen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer geteilten Nation an der Nahtstelle zwischen den beiden großen Militärblöcken nachhaltig vertritt. Dazu gehört, daß diese Bundesregierung wie

Die einzige realistische Chance für eine Politik des Friedens sieht die Gewerkschaftsjugend weiterhin in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Eine Politik des Friedens ist darüberhinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich.

Die Gewerkschaftsjugend fordert die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf, ihre Genfer Verhandlungen ernsthaft weiterzuführen und kurzfristig erste greifbare Ergebnisse vorzulegen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie alles daransetzt, die Genfer Verhandlungen nicht an dem im NATO-Doppelbeschluß auf den Herbst 1983 festgelegten Entscheidungstermin über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa scheitern zu lassen. Vielmehr müssen die Verhandlungen schnellstens von dem Termindruck befreit werden, um damit den Weg zu ersten Ergebnissen zu erleichtern. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, für die Aussetzung dieses Entscheidungstermins in der NATO einzutreten. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.

Darüber hinaus fordern wir:

- Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine von allen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) freie Zone zu schaffen.
- Beschleunigung und Intensivierung der Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa und Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz.
- Ächtung des Baus der Neutronenbombe

In der KVZ von letzter Woche haben wir den Beschluß der Bundesleitung vom 30./31. Oktober dokumentiert, in dem sich diese mehrheitlich für die Herausgabe einer kommunistischen Monatszeitschrift ausgesprochen hat. Wir geben im folgenden den Wortlaut eines Antrages dreier Mitglieder der Bundesleitung wieder, der sich als Alternative zu Punkt 1 des Antrags der Bundesleitung versteht, d.h. die Antragsteller teilen die mit der Änderung des Namens und des Herausgeberkreises verbundenen Absichten.

Antrag an die a.o. DK am 13./14. November:

Herausgabe einer politischen Wochenzeitung

Diese Wochenzeitung soll beschreibende und analysierende Elemente mit der Dokumentation von aktuell nützlicher Hintergrundinformation vereinen. Angeknüpft werden kann dabei an die Entwicklung, die die KVZ in den letzten Monaten genommen hat. Hinzutreten soll die Veröffentlichung von Artikeln, in denen ausführlicher als das bislang in der KVZ der Fall war, strategisch-konzeptionell Position bezogen wird. Dies kann in einer herausnehmbaren Beilage (DIN A 4-Format) etwa einmal monatlich, wenn nötig auch öfter, geschehen. Hier haben auch Ergebnisse von örtlichen und zentralen Arbeitsgruppen ihren Platz.

Die Herausgabe einer Wochenzeitung erfordert nach der bisherigen Erfahrung:

- die Anstellung von mindestens 7 Redakteur/en/innen (gegenüber gegenwärtig 6 „Hauptamtlichen" in der KVZ-Redaktion). Geht man von den in KVZ 40 veröffentlichten Deckungsbeiträgen aus, bedeutet das bei einer angenommenen verkauften Auflage von 2500 Exemplaren einen Zuschußbedarf von monatlich ca. 11000 DM (bei einer Monatszeitschrift mit gleicher Auflage und einer fünfköpfigen Redaktion wäre ein Zuschuß von ca. 5500 DM erforderlich, bei einer Auflage von 2000 betrüge der Zuschußbedarf ca. 7000 DM).
- den Ausbau eines Mitarbeiternetzes. Die regelmäßige Mitarbeit einer Reihe von Genossinnen und Genossen außerhalb der zentralen Redaktion ist zur Sicherung und Verbesserung der Qualität und der Vielfalt von Bericht und Analyse notwendig; nicht zuletzt auch dazu, um der Redaktion genügend Raum für die politische Arbeit zu geben, sei es in Form der Teilnahme an politischen Bewegungen, sei es in Form der Unterstützung und Leitung zentraler und örtlicher Arbeitsgruppen.
- bewußte Vertriebsanstrengungen der Leser, denn die Verbreitung der neuen Zeitung wird auf die Gewinnung von Abonnenten und Lesern angewiesen sein, die im wesentlichen über politische und persönliche Kontakte erreichbar sind, und kaum über den Verkauf in Buchläden, schon gar nicht am Kiosk. (Für eine Monatszeitschrift stellt sich dies ähnlich, wenn auch vielleicht nicht so kraß.)

Begründung

Wir gehen davon aus, daß eine Wochenzeitung gegenüber der vorgeschlagenen Monatszeitschrift eine Reihe von Vorteilen hat und einem verhältnismäßig weit verbreiteten politischen Bedürfnis entspricht. Eine kommunistische Wochenzeitung kann und will nicht die Lektüre und Nachrichtenaufnahme durch Tageszeitung, Rundfunk und Fernsehen sowie andere Periodika ersetzen. Sie kann aber neben ansonsten unterdrückten Nachrichten Informationen und Hintergrundmaterial zu den verschiedensten Themenbereichen liefern bzw. aufarbeiten, die sich die Leser ansonsten nur durch mühsames und zeitaufwendiges Aufspüren verschaffen können.

Oft genug sind dazu die Lektüre der verschiedensten Gewerkschaftspublikationen, die Beschaffung von nicht ohne weiteres zugänglichem Material der Regierung, der Kapitalistenverbände, der Parteien usw., dazu Geld und manchmal auch Fremdsprachenkenntnisse erforderlich. Viele Publikationen und Materialien sind in kleineren Orten so gut wie gar nicht erhältlich.

Für die Herausgabe einer Monatszeitschrift scheint zu sprechen, daß sie eine Konzentration der Debatte und der Aufmerksamkeit auf die wichtigsten zu klärenden Fragen der Bewegung ermöglicht; unnötiger Ballast könnte vermieden werden. – Dagegen wenden wir uns nicht. Doch ist dabei das zur Verfügung stehende Satzvolumen zu berücksichtigen. Einer Monatszeitschrift in der vorgeschlagenen Form stünde etwa ein Drittel des Textvolumens einer Zeitung wie der KVZ in der jetzigen Form, ein Viertel dessen unserer beiden Publikationen zusammengenommen zur Verfügung. Eine entsprechend konzipierte Wochenzeitung böte jedoch gleichzeitig die Möglichkeit der Konzentration und der kontinuierlichen Verfolgung und Auseinandersetzung von und mit wichtigen Fragen; der Zwang zur Auswahl und damit Beschränkung und/oder Verkürzung hinsichtlich der Themen und der Vollständigkeit beispielsweise der Dokumentation wäre vergleichsweise geringer.

Und es braucht auch Platz, um die strategische Debatte immer wieder auf Erscheinungen, auf denen sie gründet, rückzubeziehen und in diesem Sinne Stoffarmut zu vermeiden. Eine Wochenzeitung erscheint uns als die geeignete Form, reale gesellschaftliche Erfahrungen, Berichte usw. mit Analyse zu verbinden. Ebenso kann eine Wochenzeitung auch das, was sich in den zahllosen Stadtzeitungen und Publikationen der Bewegungen an verschiedenen Orten niederschlägt, in gewissem Sinn zentralisieren und zugänglich machen.

Erscheinungsweise und Raum ermöglichen ferner, Gebiete angemessen zu berücksichtigen, die nicht im Zentrum etwa von Ökonomie, Politik, Ökologie und Frieden liegen, wie etwa Fragen der Erziehung und der Kultur. So bietet eine Wochenzeitung die Chance, sich einer Vielzahl von Themen und Vorgängen zu nähern, die dem eigenen politischen Schwerpunkt vielleicht nicht gerade verwandt sind.

Wir übersehen dabei nicht, daß der Markt für linke Publikationen insgesamt eingeschränkt ist. Das mag unter anderem an der Fülle regionaler wie überregionaler Publikationen liegen. Man kann daraus schließen, daß heutigentags vor allem mit Konzentration auf die strategischen Fragen ein Vereinheitlichungsprozeß der Linken zu fördern sei. Wir meinen, daß gerade unter heutigen Bedingungen eine Wochenzeitung eher geeignet ist, mittels Vielfalt und Zusammenfassung, mittels Beschreibung und Analyse, mittels Dokumentation und Stellungnahme einen Diskussionsbeitrag zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Linken einschließlich der Gewerkschaftsbewegung zu leisten.

Wir meinen, daß es gegebenenfalls zusammen mit örtlichen linken Kräften nicht unmöglich ist, die Herausgabe einer politischen Wochenzeitung finanziell und von den Kräften der Mitarbeit und des Vertriebs her für einen absehbaren Zeitraum, etwa fürs nächste Jahr, zu gewährleisten.

Sollte die Auflage der neuen Zeitung gegenüber der jetzigen KVZ-Auflage weiter absacken und sich auf mittlere Sicht keine Aufwärtsentwicklung absehen lassen, dann sollte der Herausgeberkreis auf die vorgeschlagene Monatszeitschrift umstellen.

acm., bew., cof.

folgenden den Wortlaut eines Antrages dreier Mitglieder der Bundesleitung wieder, der sich als Alternative zu Punkt 1 des Antrags der Bundesleitung versteht, d.h. die Antragsteller teilen die mit der Änderung des Namens und des Herausgeberkreises verbundenen Absichten.

Antrag an die a.o. DK am 13./14. November:

Herausgabe einer politischen Wochenzeitung

Diese Wochenzeitung soll beschreibende und analysierende Elemente mit der Dokumentation von aktuell nützlicher Hintergrundinformation vereinen. Angeknüpft werden kann dabei an die Entwicklung, die die KVZ in den letzten Monaten genommen hat. Hinzutreten soll die Veröffentlichung von Artikeln, in denen ausführlicher als das bislang in der KVZ der Fall war, strategisch-konzeptionell Position bezogen wird. Dies kann in einer herausnehmbaren Beilage (DIN A 4-Format) etwa einmal monatlich, wenn nötig auch öfter, geschehen. Hier haben auch Ergebnisse von örtlichen und zentralen Arbeitsgruppen ihren Platz.

Die Herausgabe einer Wochenzeitung erfordert nach der bisherigen Erfahrung:

- die Anstellung von mindestens 7 Redakteur/en/innen (gegenüber gegenwärtig 6 „Hauptamtlichen" in der KVZ-Redaktion). Geht man von den in KVZ 40 veröffentlichten Deckungs-

cher Auflage und einer fünfköpfigen Redaktion wäre ein Zuschuß von ca. 5500 DM erforderlich, bei einer Auflage von 2000 betrüge der Zuschußbedarf ca. 7000 DM).

- den Ausbau eines Mitarbeiternetzes. Die regelmäßige Mitarbeit einer Reihe von Genossinnen und Genossen außerhalb der zentralen Redaktion ist zur Sicherung und Verbesserung der Qualität und der Vielfalt von Bericht und Analyse notwendig; nicht zuletzt auch dazu, um der Redaktion genügend Raum für die politische Arbeit zu geben, sei es in Form der Teilnahme an politischen Bewegungen, sei es in Form der Unterstützung und Leitung zentraler und örtlicher Arbeitsgruppen.
- bewußte Vertriebsanstrengungen der Leser, denn die Verbreitung der neuen Zeitung wird auf die Gewinnung von Abonnenten und Lesern angewiesen sein, die im wesentlichen über politische und persönliche Kontakte erreichbar sind, und kaum über den Ver-

natszeitschrift in der vorgeschlagenen Form stünde etwa ein Drittel des Textvolumens einer Zeitung wie der KVZ in der jetzigen Form, ein Viertel dessen unserer beiden Publikationen zusammengenommen zur Verfügung. Eine entsprechend konzipierte Wochenzeitung böte jedoch gleichzeitig die Möglichkeit der Konzentration und der kontinuierlichen Verfolgung und Auseinandersetzung von und mit wichtigen Fragen; der Zwang zur Auswahl und damit Beschränkung und/oder Verkürzung hinsichtlich der Themen und der Vollständigkeit beispielsweise der Dokumentation wäre vergleichsweise geringer.

Und es braucht auch Platz, um die strategische Debatte immer wieder auf Erscheinungen, auf denen sie gründet, rückzubeziehen und in diesem Sinne Stoffarmut zu vermeiden. Eine Wochenzeitung erscheint uns als die geeignete Form, reale gesellschaftliche Erfahrungen, Berichte usw. mit Analyse zu verbinden. Ebenso kann eine Wochenzeitung auch das, was sich in den zahllosen Stadtzeitungen und Publikationen der Bewegungen an verschiedenen Orten niederschlägt, in gewissem Sinn zentralisieren und zugänglich machen.

Erscheinungsweise und Raum ermöglichen ferner, Gebiete angemessen zu berücksichtigen, die nicht im Zentrum etwa von Ökonomie, Politik, Ökologie und Frieden liegen, wie etwa



Zwischen Bündnispolitik und Exodus

GRÜNE beraten über ein Wirtschaftsprogramm / Politik mit oder gegen die Gewerkschaften?

frb. Um ein wirtschaftspolitisches Programm kommen die Grünen nicht mehr herum, ganz unabhängig von Parlamentswahlen. So steht das Thema im Zentrum ihrer Bundesdelegiertenversammlung, die dieses Wochenende in Hagen stattfindet. Einen wirklich klärenden Beschluß wird man nicht erwarten können, eher muß man auf die Töne achten. Zu wenig ist das Thema bearbeitet, die unterschiedlichen Positionen sind unter den Mitgliedern der Grünen kaum bekannt und die vorliegenden Entwürfe der Bundeswirtschafts-AG und der Bremer Grünen, auf die sich die Debatte konzentrieren wird, sind sicherlich noch zu unausgegoren, um die sich abzeichnende Kontroverse wenigstens ordnen zu können.

Ein solcher Gang war kaum vermeidbar, hat doch die Diskussion um eine Alternative Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht bloß Verbindung von linkem Keynesianismus mit staatsmonopolistischen Modellen ist, erst begonnen. Unglücklich ist, daß den Delegierten nach der Ablaufplanung nur 3 Stunden Plenardiskussion zum zentralen Punkt der Versammlung bleiben, wovon gut und gern nochmals eine Stunde für Geschäftsordnungs- und Abstimmungsprozeduren draufgehen wird. Das wird zur Klärung grundsätzlicher Positionen zu wenig sein. 4½ Stunden soll in Arbeitsgruppen diskutiert werden, Freitagabend geht es um die Bundestagswahlen 1983. Ansonsten stehen Rechenschaftsberichte, Wahlen, Satzungsänderungen etc. an.

Der Wortlaut des Bremer Entwurfs für ein grünes Wirtschaftsprogramm findet sich auf den folgenden beiden Seiten. Den Vorschlag der Bundeswirtschafts-AG haben wir in KVZ Nr. 43 dokumentiert.

Grob gesagt zeichnen sich zwei Entwicklungsrichtungen ab, die nicht einfach identisch sind mit den bisher bekannten Entwürfen. Die eine Richtung ist etwa mit dem Schlagwort der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie umschrieben. Sie will einen Weg aus der wirtschaftlichen Krise weisen und sucht die Verbindung zu den grundlegenden Interessen der Lohnabhängigen und zur Gewerkschaftsbewegung, mit der sie sich denselben alten Kräften gegenüber sieht. Die Paarung aus richtigem politischem Gespür und mangelnder Analyse bringt es mit sich, daß sich der Fehler jeder spontanen Betrachtungsweise wiederfindet: die programmatischen Vorschläge sind für reformistische Vorstellungen offen. Die

wird. Das wird zur Klärung grundsätzlicher Positionen zu wenig sein. 4½ Stunden soll in Arbeitsgruppen diskutiert werden, Freitagabend geht es um die Bundestagswahlen 1983. Ansonsten stehen Rechenschaftsberichte, Wahlen, Satzungsänderungen etc. an.

Der Wortlaut des Bremer Entwurfs für ein grünes Wirtschaftsprogramm findet sich auf den folgenden beiden Seiten. Den Vorschlag der Bundeswirtschafts-AG haben wir in KVZ Nr. 43 dokumentiert.

Grob gesagt zeichnen sich zwei Entwicklungsrichtungen ab, die nicht einfach identisch sind mit den bisher bekannten Entwürfen. Die eine Richtung ist etwa mit dem Schlagwort der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie umschrieben. Sie will einen Weg aus der wirtschaftlichen Krise weisen und sucht die Verbindung zu den grundlegenden Interessen der Lohnabhängigen und zur Gewerkschaftsbewegung, mit der sie sich denselben alten Kräften gegenüber sieht. Die Paarung aus richtigem politischem Gespür und mangelnder Analyse bringt es mit sich, daß sich der Fehler jeder spontanen Betrachtungsweise wiederfindet: die programmatischen Vorschläge sind für reformistische Vorstellungen offen. Die

Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung findet vielfach durch Übernahme sozialdemokratischer Vorstellungen, die in den Gewerkschaften verbreitet sind, statt. Ein gefundenes Fressen für die ökologischen Kritiker am Vorschlag der Bundeswirtschafts-AG, die grün getarnte Jusos als Verfasser entdeckt zu haben glauben.

Für die andere Richtung kann Rudolf Bahro stehen, dessen Position sich gegenüber den ÖZIPs als kompromißlose Radikalität vorstellt. Nicht die schlechten Äpfel von den guten zu trennen gelte es, sondern den Baum abzuhauen, der faule Früchte trägt, formuliert er. Im Entwurf der Bundeswirtschafts-AG sei die politische Identität der Grünen „von grundauf preisgegeben“. Verbindungssuche mit der Gewerkschaftsbewegung ist ihm suspekt: „Der objektiv vorhandene Gegensatz in den Orientierungen der ökologischen Kräfte einerseits, der Gewerkschaftsapparate andererseits wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Wann werden wir denen, die uns andauernd beibringen wollen, die Grünen und die Gewerkschaften (als solche) zusammenzubringen, endlich sagen, daß das ein Einfang-, ein Reintegrationsmanöver ist, das wir nicht mitmachen werden. Der DGB gehört nicht weniger als die SPD zu den Strukturen, die wir bekämpfen müssen. Wer nicht begreift, daß man im Bündnis mit dem DGB keine ökologische Politik machen kann, den sollten wir bitten, nicht unbedingt gerade bei uns mitmachen zu wollen.“

Bahro schwebt als Alternative ein System sich selbstversorgender Einheiten vor, die „gar nicht auf Marktproduktion ausgehen, sondern auf die Reproduktion eines Lebenszusammenhanges“. Die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge ist ihm viel zu wenig, nach ihm machen wir schon jetzt viel zu viel. Wir müßten dem Kapital die Flucht nach vorn verlegen, seine „reale Verfügungsgewalt durch so viele politische und juristische Restriktionen sowie durch die Überwindung der Wertorientierung für den kapitalkonformen Massenkonsum einschränken, daß der Ausbau des Industriesystems schlechthin zum Stillstand kommt“.

Die Entwicklung der Arbeitsmittel zum Industriesystem ist ihm überhaupt falsch. Nicht daß die Maschinerie nur als Kapital gilt, ihr erster Zweck daher Verwertung des Werts ist, stört ihn, sondern daß es sie überhaupt gibt. Folgerichtig sieht er nicht den Weg, die Arbeit zu befreien, indem sich die Produzenten die Mittel ihrer Verwirklichung aneignen; Befreiung der Arbeit geschieht für ihn durch Ausstieg. An politischer Aufgabe bleibt dann der „Schutz und Ausbau der Freiräume für den Exodus aus der Industriegesellschaft“. In den formellen Sektor, worunter die kapitalistische Wirtschaft zu verstehen ist, sei hineinzuwirken, „um einen hinreichenden Kapitalabfluß für die Begründung in Zukunft sich selbst tragender Gemeinwesen zu erzwingen“. Dort bedürfe es einer Art neuer ursprünglicher Akkumulation, die aber nicht mehr die Form sich weiterverwertenden Kapitals, sondern des nutz- und handhabbaren, dann zu reproduzierenden Gebrauchswert annimmt.

Dunkel bleibt der Worte Sinn, denn das Hauptproblem bleibt im Nebel der Utopie verhüllt, in welchen Formen sich die Gebrauchswertproduktion (auch keine originelle Entdeckung) vollziehen soll. Der Hinweis auf das „sich selbst tragende Gemeinwesen“ läßt der Phantasie da vielleicht etwas viel Spielraum.

Jede menschliche Gesellschaft muß zunächst die materielle Basis ihres Lebens sichern, muß ihren materiellen Reichtum produzieren. Die verschiedenen Gesellschaften unterscheiden sich durch die Art und Weise, in der sie dies regeln, und die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder dazu eingehen, bestimmen den Charakter einer Gesellschaft. Eben diese Formen gilt es herauszufinden und auf ihr Verhältnis zu den Entwicklungsmöglichkeiten auf einer erreichten Stufe der gesellschaftlichen Arbeit zu überprüfen.

Arbeit ist die Nutzbarmachung der außer dem Menschen existierenden

tragender Gemeinwesen zu erzwingen“. Dort bedürfe es einer Art neuer ursprünglicher Akkumulation, die aber nicht mehr die Form sich weiterverwertenden Kapitals, sondern des nutz- und handhabbaren, dann zu reproduzierenden Gebrauchswert annimmt.

Dunkel bleibt der Worte Sinn, denn das Hauptproblem bleibt im Nebel der Utopie verhüllt, in welchen Formen sich die Gebrauchswertproduktion (auch keine originelle Entdeckung) vollziehen soll. Der Hinweis auf das „sich selbst tragende Gemeinwesen“ läßt der Phantasie da vielleicht etwas viel Spielraum.

Jede menschliche Gesellschaft muß zunächst die materielle Basis ihres Lebens sichern, muß ihren materiellen Reichtum produzieren. Die verschiedenen Gesellschaften unterscheiden sich durch die Art und Weise, in der sie dies regeln, und die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder dazu eingehen, bestimmen den Charakter einer Gesellschaft. Eben diese Formen gilt es herauszufinden und auf ihr Verhältnis zu den Entwicklungsmöglichkeiten auf einer erreichten Stufe der gesellschaftlichen Arbeit zu überprüfen.

Arbeit ist die Nutzbarmachung der außer dem Menschen existierenden

Natur für die sich entwickelnden menschlichen Bedürfnisse. Die bewußte Anwendung der natürlichen Bedingungen unterscheidet den Menschen vom Tier, bekanntlich aber bearbeitet der Mensch die Natur nicht bloß mit bloßen Händen. Mit der Aneignung der Natur entwickelt er seine produktiven Fähigkeiten, indem er sie von der Beschränktheit seines Körpers emanzipiert. Er macht Naturdinge zu seinem Arbeitsmittel. Dies zu sehen ist deshalb wichtig, weil auf dem Privateigentum an den Arbeitsmitteln eben die kapitalistische Herrschaft ruht, und mit der Verwandlung der Arbeitsmittel in das private Eigentum wird die produktive Arbeit den Interessen des Kapitals unterworfen.

Im Bremer Entwurf heißt es, am Beispiel von Lucas Aerospace zeige sich, daß sich die Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel dann stellen muß, wenn die Art der Produkte und der Arbeitsprozeß ökologischen und sozialen Kriterien nicht entspricht. Wer die vielfältigen Erfahrungen der gegenwärtigen Krise, die nicht nur eine Konjunkturkrise ist, zusammenfaßt und verallgemeinert, muß erkennen, daß Produktion und Arbeitsbedingungen *insgesamt* den gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht entsprechen. Reparaturen reichen nicht mehr aus, die produktive Arbeit insgesamt muß aus ihren kapitalistischen Fesseln befreit werden.

Arbeitslosigkeit ist nur der sichtbarste Ausdruck der allgemeinen Krise der kapitalistischen Form der Arbeit und die Linke ist sich weitgehend darin einig, daß das Ziel alternativer Wirtschaftspolitik nicht darin bestehen kann, Vollbeschäftigung anzustreben. Arbeit im Kapitalismus ist dann produktiv, wenn sie dem Einzelkapital Profit bringt. Ob die Produkte des Arbeitsprozesses nützlich sind, ist nur insofern von Bedeutung, als für ihren Verkauf zahlungsfähige Nachfrage vorhanden sein muß. Das muß nicht heißen, daß Arbeit, die nicht unter dem Kommando des Kapitals verausgabt wird, schon automatisch gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht, in jedem Fall aber ist die kapitalistische Produktion gleichgültig gegenüber dem konkreten Gebrauchswert.

Da die Profitproduktion auf der Ausbeutung des Produzenten beruht, untergräbt sie auch ganz allgemein die Lebenschancen der Arbeitenden. Das Kapital entwickelt die Produktivkraft der Arbeit, aber nicht um den materiellen Lebensstandard zu heben und die freie Zeit des Arbeiters auszudehnen, sondern um sich einen größeren Teil der verausgabten Arbeit anzueignen und in Kapital zu verwandeln. Das Kapital ist eifrig um Einsparung der von ihm angewandten Arbeit bemüht, es ist aber gleichgültig gegenüber aller notwendigen Arbeit, die außerhalb seines engen Kreislaufes verausgabt wird – sei es im öffentlichen Bereich, sei es im privatem Haushalt.

Arbeit bleibt auch in der modernen Gesellschaft Aneignung von Natur, und letztere gibt es vom Standpunkt des Kapitals aus zum Nulltarif. Also untergräbt die kapitalistische Form der Arbeit die Naturbedingungen und lebt auf ihre Kosten.

Gegenstand alternativer Wirtschaftspolitik ist die Befreiung der Arbeit, aber die Zukunft der Arbeit kann nicht hinter ihren gesellschaftlichen Entwicklungsstand zurückführen, sondern muß ihr jene Form geben, die sie den gesellschaftlichen Bedürfnissen gemäß verwenden läßt und dadurch ihre historische Überlegenheit beweist.

Manches davon ist in den Entwürfen für ein grünes Wirtschaftsprogramm angesprochen, ausgeführt ist es nicht. Dem Entwurf der Bundeswirtschafts-AG merkt man noch an, daß er eigentlich aus einem Maßnahmen-Katalog gegen Arbeitslosigkeit entstanden ist. Die Analyse der Lage bleibt aufgesetzt und völlig verkürzt auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Daß sich die Grünen für ein Wirtschaftssystem einsetzen, „das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und der zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert“, erweckt sicher Sympathie. Man

Arbeit bleibt auch in der modernen Gesellschaft Aneignung von Natur, und letztere gibt es vom Standpunkt des Kapitals aus zum Nulltarif. Also untergräbt die kapitalistische Form der Arbeit die Naturbedingungen und lebt auf ihre Kosten.

Gegenstand alternativer Wirtschaftspolitik ist die Befreiung der Arbeit, aber die Zukunft der Arbeit kann nicht hinter ihren gesellschaftlichen Entwicklungsstand zurückführen, sondern muß ihr jene Form geben, die sie den gesellschaftlichen Bedürfnissen gemäß verwenden läßt und dadurch ihre historische Überlegenheit beweist.

Manches davon ist in den Entwürfen für ein grünes Wirtschaftsprogramm angesprochen, ausgeführt ist es nicht. Dem Entwurf der Bundeswirtschafts-AG merkt man noch an, daß er eigentlich aus einem Maßnahmen-Katalog gegen Arbeitslosigkeit entstanden ist. Die Analyse der Lage bleibt aufgesetzt und völlig verkürzt auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Daß sich die Grünen für ein Wirtschaftssystem einsetzen, „das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und der zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert“, erweckt sicher Sympathie. Man

wartet aber auf die Angabe von Schritten, die dorthin führen, und auf ihren Zusammenhang. Ratlosigkeit zeigt sich regelmäßig ob ungeklärter Positionen zu „Wachstum“, Produktivität, notwendiger Arbeit oder Arbeitsteilung. Auch was zu unternehmen ist, um ökologische Erfordernisse systematisch zu erfüllen, fehlt im Entwurf fast ganz. Schön und gut das Investitionsprogramm, in welchen Formen aber sollen die Investitionen vorgenommen werden? Immerhin findet sich der Hinweis, daß es zur Durchsetzung der neuen Wirtschaftsordnung einer „breiten politischen und gewerkschaftlichen Bewegung von unten innerhalb der Betriebe“ bedarf, wenngleich eine Fortführung dieses Gedankens fehlt.

Die Vorteile des Bremer Entwurfs bestehen darin, daß er die Krise als allgemeine nimmt und in seinen theoretischen Positionen deutlicher ist. Der „ökologische Aspekt“ findet aber derart Berücksichtigung, daß auf die Befreiung der gesellschaftlichen Arbeit verzichtet und der Weg der „unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung durch Eigenarbeit“ gepriesen wird. Das zeigt sich weniger in dem, was positiv ausgeführt ist, als darin, was fehlt. Wer Utopien spinnt, ohne ihre Elemente aus der Entwicklung der Wirklichkeit herzuleiten, kann sich mit scheinbar radikalen Schlagworten zufrieden geben. Daß etwa die genossenschaftliche Form der Arbeit ihren Platz bloß in der alternativen Nischenwirtschaft haben darf, ist Ergebnis Bahroscher Visionen. Und da sich das Kapital und sein Staatsapparat per Ausstieg niederringen läßt, macht man sich mit politischen Erwägungen die Hände gar nicht erst schmutzig.



„Was wird mit den Genossen passieren? Werden sie dem sicheren Tod durch die Henkerregierung ausgeliefert werden?“ Diese Frage ist nicht auf die anwesenden Sympathisanten der Besetzer des türkischen Konsulats in Köln in der vergangenen Woche beschränkt. Die Zusage, Asylanträge einreichen zu können, hätte keinerlei Bedeutung, erklärte die Polizei gleich nach dem freiwilligen Abzug und nach der Festnahme der 9 Türken, die das Generalkonsulat besetzt hatten. Die Besetzung war ein verzweifelter Protest gegen die neue Knebelverfassung – und gegen die Unterstützung der türkischen Militärregierung durch die BRD. Ob die Staatsorgane bis zu einer Auslieferung gehen, ist nicht unwahrscheinlich. Die türkischen Militärs haben sich gleich bei der Bundesregierung bedankt und behauptet, die „Revolutionäre Linke“, von der die Besetzung ausging, sei eine Organisation, die vor der Machtübernahme Mord und Raubüberfälle begangen habe. Unter solchen unbelegten Behauptungen sind schon mehrere Türken mittlerweile ausgeliefert worden. – Die neun Türken sowie ein außerhalb des Konsulats festgenommener zehnter, sind mittlerweile dem Haftrichter vorgeführt worden. Die Strafandrohung liegt zwischen 3 und 15 Jahren. – Am Donnerstag Abend demonstrierten in Köln 450 Menschen ihre Solidarität mit den Besetzern. In Amsterdam besetzten Türken derselben Organisation am Freitag für kurze Zeit ein türkisches Informationszentrum, um die Ziele der Kölner Besetzung zu unterstützen.

Veranstaltungen

6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Auf diesem Kongreß soll die Frage beantwortet werden „Befreiung wovon?“ Er soll inhaltlich fortgesetzt werden mit dem 7. Bundeskongreß im kommenden Mai mit der Frage „Befreiung wohin?“ Es sind gegenwärtig knapp 20 Arbeitsgruppen geplant. Sie werden sich mit verschiedenen Aspekten der Beziehungen zwischen der BRD und der Dritten Welt beschäftigen. Weitere Informationen über: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32 – 34, 2000 Hamburg 50
17. bis 21. November 1982 in Mannheim

Arbeitsgruppen

Achtung Terminverschiebung

AG Bildungswesen
nähere Angaben siehe KVZ 42, S. 5
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion“ (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift“ (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf“ (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Kapitalschulungen Weihnachten / Neujahr

Kapital Band I
Beginn am 27.12., 10.00 Uhr
Kosten ca. 150,00 DM
Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 sollte erreicht werden

Kapital Band II/III
Beginn ebenfalls am 27.12., 10.00 Uhr
Dauer bis 9.1.1983
Kosten ca. 300,00 DM
Auch hier gilt eine Mindestteilnehmerzahl

lats festgenommener zehnter, sind mittlerweile dem Haftrichter vorgeführt worden. Die Strafandrohung liegt zwischen 3 und 15 Jahren. – Am Donnerstag Abend demonstrierten in Köln 450 Menschen ihre Solidarität mit den Besetzern. In Amsterdam besetzten Türken derselben Organisation am Freitag für kurze Zeit ein türkisches Informationszentrum, um die Ziele der Kölner Besetzung zu unterstützen.

Veranstaltungen

6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Auf diesem Kongreß soll die Frage beantwortet werden „Befreiung wovon?“ Er soll inhaltlich fortgesetzt werden mit dem 7. Bundeskongreß im kommenden Mai mit der Frage „Befreiung wohin?“ Es sind gegenwärtig knapp 20 Arbeitsgruppen geplant. Sie werden sich mit verschiedenen Aspekten der Beziehungen zwischen der BRD und der Dritten Welt beschäftigen. Weitere Informationen über: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32 – 34, 2000 Hamburg 50
17. bis 21. November 1982 in Mannheim

Arbeitsgruppen

Achtung Terminverschiebung

AG Bildungswesen
nähere Angaben siehe KVZ 42, S. 5
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion“ (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift“ (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf“ (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Kapitalschulungen Weihnachten / Neujahr

Kapital Band I
Beginn am 27.12., 10.00 Uhr
Kosten ca. 150,00 DM
Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 sollte erreicht werden

Kapital Band II/III
Beginn ebenfalls am 27.12., 10.00 Uhr
Dauer bis 9.1.1983
Kosten ca. 300,00 DM
Auch hier gilt eine Mindestteilnehmerzahl

Der auf der letzten **Frauenkonferenz des KBW** vorgeschlagene Termin 28./29.11. kann nicht eingehalten werden, da es wegen Krankheit zu Verzögerungen in der Vorbereitung des Treffens gekommen ist. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben.

Achtung Terminverschiebung
Seminar Imperialismus
Das für den 20./21. November angekündigte Seminar fällt aus. Ein neuer Termin, wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres, wird noch bekanntgegeben.

AG Wohnungswesen
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

von ca. 10

Die Schulungen finden jeden Tag von ca. 8.30 Uhr bis 21.00 Uhr mit entsprechenden Pausen statt. Sie konzentrieren sich auf das auszugsweise Lesen des Textes sowie das Besprechen der genannten Texte.

In den angegebenen Kosten sind Übernachtung, Frühstück und Mittagessen enthalten, das Abendessen muß zusätzlich selbst organisiert werden.

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Dokumentation

Wirtschaftsprogrammatische Richtlinien der Grünen

Auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung werden die Grünen über ein wirtschaftspolitisches Programm beraten. Der Entwurf der Bundeswirtschafts-AG ist vielfacher Kritik ausgesetzt. Im folgenden dokumentieren wir vollständig einen Gegenentwurf, der auf der Mitgliederversammlung der Grünen in Bremen bei zwei Gegenstimmen akzeptiert wurde.

Die Grünen gehen zusammen mit vielen Bürgerinitiativen davon aus, daß die Bedrohung des menschlichen Lebens durch Umweltzerstörung und angehäufte Waffenpotentiale ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat.

Die industrielle Expansion in Ost und West hat uns jetzt schon an den Rand einer weltweiten ökologischen Katastrophe gebracht. Die aggressive Umwandlung der Dritten Welt nach den Erfordernissen der industriellen Produktion und des Weltmarktes, hat ein unvorstellbares Elend hervorgebracht. Mit den Waren der Industrienationen sind auch Krieg und Hunger exportiert worden. Die internationale kapitalistische Konkurrenz und die Konkurrenz der Wirtschafts- und Militärblöcke können dazu führen, daß eine ökologische und kriegerische Katastrophe menschliches Leben auf unserem Planeten unmöglich macht.

Wenn wie bisher Energie und Rohstoffe verschwendet werden, dann wird der Krieg um die knapper werdenden Rohstoffe nicht ausbleiben.

Wenn wie bisher allein industrielles Wachstum angestrebt wird, dann werden für unsere Kinder weder gesunder Wald noch andere Ressourcen zur Verfügung stehen, die für uns noch selbstverständlich und für das Überleben der Menschheit unverzichtbar sind.

Wenn wie bisher das Arbeitsvermögen der Menschen der Logik von Maschinen und Gewinn untergeordnet wird, dann wird unser Bemühen um eine demokratische und menschenwürdige politische Kultur aussichtslos bleiben.

Dies wird sich nur ändern, wenn das an quantitativem Wachstum orientierte Gewinnstreben der kapitalistischen Ökonomie sowie die auf den Produktionsausstoß fixierte Ausrichtung der zentralistischen Planwirtschaft nicht mehr das entscheidende Erfolgskriterium des politischen, sozialen und ökonomischen Handelns sind.

Die Erträge aus weiterem industriellem Wachstum werden jetzt schon durch die ökologischen Folgen negativ überwogen. Der saure Regen und der sterbende Wald sind nur ein Bespiel für die Zerstörung, mit der wir bezahlen müssen.

Wir sind also gezwungen, unsere Produktionsweise an die ökologischen Bedingungen anzupassen.

Das nur an Gewinn oder quantitative Planerfüllung orientierte Industriesystem zerstört zur Zeit nicht nur die Umwelt, es untergräbt in zunehmendem Ausmaß eine zweite Existenzgrundlage der Menschen – das Arbeitsvermögen.

Durch den Einsatz immer modernerer Maschinen wird die Arbeit *einerseits* immer fremdbestimmter. Immer mehr Menschen werden zu Anhängseln von Maschinensystemen, und von einer kreativen Gestaltung des Arbeits- und Lebenszusammenhanges kann man in der industriellen Produktion kaum sprechen. *Andererseits* verlieren durch Automatisierung und Rationalisierung viele Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz und werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, abhängig von einem „sozialen Netz", das jetzt auch noch beschnitten wird.

Es ist ein Skandal, wenn die Sozialleistungen ausgerechnet dann zusammengestrichen werden, wenn diese für Millionen Menschen einzige Existenzgrundlage geworden sind. Dies ist das Ergebnis einer Sozialpolitik, die blind auf der Voraussetzung ständigen Wirtschaftswachstums aufgebaut hat. Wir kritisieren diesen Skandal unabhängig von unserer Skepsis gegenüber sozialstaatlicher Versorgung, die die Betroffenen bürokratisch reglementiert und sie in einer ähnlichen entmündigenden Abhängigkeit beläßt wie im Arbeitsprozeß. Angesichts der strukturellen Wirtschaftskrise lehnen wir Grünen es ab, *mit* der Arbeitslosigkeit Stimmenfang zu betreiben. Arbeitsplätze können *wir* nicht schaffen und mit Versprechungen ist den Betroffenen nicht gedient. Allerdings könnte sich die Verwirklichung vieler unserer ökologischen Forderungen positiv auf die Arbeitsmarktsituation auswirken. Wir denken dabei an die Forderung nach *Arbeitszeitverkürzung* und den *notwendigen ökologischen Zukunftsinvestitionen*. Bei letzterem gehen wir davon aus, daß die angerichteten Schäden an der Natur gestoppt und (wo noch möglich) wieder rückgängig gemacht werden müssen. Dies ist der erste Schritt zur Umgestaltung unserer Produktionsweise nach ökologischen Kriterien.

Zu denken ist dabei nicht nur an Wiederaufforstung und ökologischen Landbau, sondern auch an Recycling-Anlagen, Wärmedämmung, Altbausanierung statt Zersiedelung, ökologisch sinnvolle Verkehrssysteme, dezentrale Energiesysteme, effektive Filteranlagen, angepaßte Technik für die Dritte Welt usw.

Unser Ziel ist jedoch nicht der Aufbau einer gigantischen Umweltindustrie, in der mit denselben Methoden, denselben Eigentumsverhältnissen, demselben Arbeitsdruck und derselben Verschwendung von Rohstoffen und Arbeit produziert wird, wie in der traditionellen Industrie.

„Umweltschutz" hat an der „Quelle" der verschwenderischen Naturzerstörung anzusetzen, – an der industriellen Produktion selbst.

Die Umgestaltung der industriellen Produktion geht nicht ohne eine stärkere *gesellschaftliche* Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen.

Es wird darauf ankommen, daß die Arbeitenden das Was, Wie und Wo der Produktion selbst bestimmen und selbst gestalten. Auf dem Wege dorthin unterstützen wir jede weitere Demokratisierung der betrieblichen Entscheidungsstrukturen, Betriebe, die auf genossenschaftlicher Grundlage ökologische und sozial sinnvolle Produkte oder Dienstleistungen produzieren, Belegschaften, die im Kampf gegen Betriebsschließungen eigenverantwortlich neue bedarfsorientierte Produktionsstrukturen aufbauen wollen.

Eine ökologisch orientierte Gesellschaft ist nur zu erreichen, wenn wir uns von Herrschafts- und Verfügungsverhältnissen, von bürokratischen Hierarchien und sozialer Ungleichheit emanzipieren. Wirtschaftspolitik ist damit für uns kein Spezialgebiet, sondern ist integriert in unsere Forderung nach Basisdemokratie, Gewaltfreiheit, Ausbau der demokratischen Rechte und wirklicher Liberalität.

2. Arbeit und Natur

Arbeit verändert die Natur und soll diese dem Menschen zu Nutze machen. Der Mensch ist Teil dieser Natur, er kann diese nicht instrumentalisieren und zerstören ohne selbst dabei zu Grunde zu gehen. Mit wenigen Ausnahmen warf die Nutzbarmachung der Natur in der vorindustriellen Zeit keine weltweiten ökologischen Probleme auf.

Wir Grünen betonen, daß wir nicht in eine Gesellschaft zurück wollen, die deswegen der Natur nicht gefährlich geworden ist, weil die Produktivität sehr gering gewesen ist. Wir sind keine romantischen Träumer, sondern wollen eine Produktion, die den ökologischen Bedingungen gerecht wird und weder die Natur verwüstet noch die Menschen ausbeutet.

Mit dem Einsatz von Maschinen, der kapitalistischen Produktionsweise und der Entwicklung der modernen Naturwissenschaft hat sich die Arbeit verändert und die Eingriffsmöglichkeiten in die Naturzusammenhänge haben sich ausgedehnt und intensiviert. Hierin lag nicht nur eine Chance, sondern eben auch ein Risiko, das uns heute einholt.

Die Arbeit ist immer mehr zerteilt worden, und sie wird in den industriellen Anlagen heute so produktiv angewendet, daß diese nicht mehr ausgelastet werden können.

Die hohe Produktivität und auch den Massenkonsum trotz ungleicher Einkommensverteilung haben wir uns mit fremdbestimmter Arbeit und Naturzerstörung erkauft.

Wenn wir Grünen die Unmenschlichkeit und Fremdbestimmtheit von industrieller Arbeit kritisieren, dann sind wir uns bewußt, daß wir damit auch die Massenproduktion und den Massenkonsum kritisieren. Eine *dem Arbeitenden und der Natur adäquate Produktion* würde zwar mehr Qualität der Güter mit sich bringen, aber wird diese auch verteuern, egal in welcher Wirtschaftsordnung wir leben. Sie wird auf der anderen Seite durch die Langlebigkeit der Güter für die Gesellschaft enorme wünschenswerte Einsparung von Arbeit und Rohstoffen mit sich bringen.

Eine vollautomatische Massenproduktion von zweifelhaften Gütern (Pharmaprodukte, Energie fressende und Abgas ausstoßende Autos, gifthaltige Lebensmittel, auf Verschleiß geplante Haushaltsgeräte usw.) lehnen wir auch deswegen ab, weil derartige Großanlagen sich gegen den Wunsch nach bewußter Gestaltung des Lebens und der Arbeit schon weitgehend verselbständigt haben. In ihnen steckt soviel Kapital, daß ein Auslastungszwang entsteht, dem sich jede politische Entscheidungsbildung unterordnet. – *Produktionszwang Nein Danke!*

In unserem kapitalistischen System – und nicht nur dort – werden Maschinen einzig für den Zweck entwickelt, menschliche Arbeit zu ersetzen und Gewinn abzuwerfen. Den Charakter von Werkzeugen, die die konkrete Arbeit erleichtern, haben diese Maschinen nicht mehr. Die Arbeit an derartigen Maschinen wird immer monotoner und die Fähigkeiten der Arbeitenden verkümmern, bis diese dann durch neue Maschinen ersetzt werden.

Diese Entwicklung wird durch eine emotionale und soziale Verarmung begleitet, aus der sich steigender Alkohol-, Drogen- und Medienkonsum ergibt.

Der Prozeß der Dequalifizierung und Standardisierung der Arbeit ist als eine Enteignung der Fähigkeiten zu verstehen, die das einzige sind, was Arbeiter und Angestellte in den Produktionsprozeß einbringen können.

Es handelt sich dabei auch um eine Verschwendung *gesellschaftlicher* Ressourcen.

Diese Entwicklung gilt es aufzuhalten, und die Grünen unterstützen alle Initiativen der Betroffenen im privaten oder im betrieblichen Bereich, ihre Fähigkeiten für sich und andere kreativ einzusetzen und weiterzuentwickeln.

Die Entwicklung der industriellen kapitalistischen Produktionsweise – die ja von der der zentral planwirtschaftlichen noch übertroffen werden will – bedroht nicht nur die „äußeren" natürlichen Bedingungen unserer Existenz, sie beschneidet auch die Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitenden durch eine rigide Arbeitsteilung. Diese bringt eine grobe soziale Ungleichheit mit sich.

Dies bezieht sich nicht nur auf die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, sondern auch auf die Aufteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau. Von gleichen Lebensbedingungen und -chancen für Männer und Frauen kann in unserer Gesellschaft nicht die Rede sein.

Frauen haben nicht nur die schlechteren Arbeitsplätze, sie haben diese, weil sie in unserer Gesellschaft den Hauptteil der notwendigen Haus- und Erziehungsarbeit leisten.

Dabei gehen die Grünen davon aus, daß sich nicht die Frauen an die Konkurrenz des sie benachteiligenden Arbeitsmarktes anzupassen haben, sondern daß Frauen und Männer Lebens- und Arbeitszusammenhänge entwickeln müssen, die insbesondere den Frauen entsprechen.

Die industrielle kapitalistische Gesellschaft ist immer noch zutiefst männlich geprägt, auch darin besteht ihre Aggressivität gegenüber Mensch und Natur.

Wir Grünen sind uns im klaren darüber, daß sich die Verhaltensweisen ändern müssen. Mit der wachsenden Industriegesellschaft ist auch eine kommunikative Verarmung einhergegangen und immer mehr Menschen sind nicht mehr bereit, das kommerzialisierte Angebot von Medien und Freizeitindustrie als Kompensation zu akzeptieren. Es macht einfach für viele keinen Sinn mehr, für mehr Lohn in harter Arbeit zweifelhafte Produkte herzustellen, die dann für teures Geld allein dazu dienen, die Arbeitskraft zu erhalten bzw. von der unbefriedigenden Arbeitssituation abzulenken.

Längerfristig geht es darum, die Zerteilung unseres Lebenszusammenhanges in unbefriedigende Lohnarbeit und industrialisierten Konsum so weit wie möglich zu ersetzen durch unmittelbare Bedürfnisbefriedigung durch Eigenarbeit. So entdecken zur Zeit immer mehr Menschen, daß es mehr Freude macht, Nahrung, Kleidung, Möbel und Musik selbst zu machen, statt Industrieware zu kaufen.

Die derzeitige Wirtschaftskrise ergibt sich auch aus der Sättigung von Märkten in den Industrienationen. Wir Grünen unterstützen alle Initiativen, die aus diesem ökologisch fatalen Teufelskreis von unbefriedigender Arbeit, Massenkonsum und Verwüstung der natürlichen Lebensgrundlagen aussteigen wollen. Damit diese Chance aber nicht nur einer privilegierten Minderheit zugute kommt, für die andere aufkommen müssen, unterstützen wir die Forderungen nach *Verkürzung der Arbeitszeit*. Dabei gehen wir davon aus, daß eine Arbeitszeitverkürzung bei niedrigen Einkommen nicht Lohnkürzungen erzwingen sollte. Die Verkürzung der Arbeitszeit (Einstieg in die 35-Stunden-Woche) würde nicht nur den Arbeitsmarkt entlasten, sondern muß auch dazu führen, daß Überproduktion abgebaut wird und daß sie zumindestens ansatzweise einen Ausstieg aus der Energie und Rohstoffe verschwendenden Massenproduktion mit sich bringt.

Dies ist jedoch nur sinnvoll, wenn die Arbeit nicht intensiviert wird. Auf alle Fälle ist erwerbsarbeitsfreie Zeit ein Kriterium des Reichtums einer Gesellschaft.

Es geht uns Grünen aber nicht nur darum, daß weniger produziert wird, wir kehren das illusionäre Wachstumsprogramm nicht einfach um. Wir gehen davon aus, daß an Stelle von schädlichen Gütern (Rüstungsgüter usw.) sehr wohl ökologisch und sozial wertvolle Produkte gebraucht werden. Vorbildlich ist in diesem Zusammenhang die Initiative der von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen des englischen Rüstungsbetriebs Lucas Aerospace. Diese Kollegen haben sich gegen den Widerstand von Management und Gewerkschaften zusammengeschlossen und einen alternativen Produktionsplan entworfen. Sie haben sich damit nicht nur gegen Rüstungsproduktion gewandt und sozial nützliche und umweltfreundliche Güter produzieren wollen. Sie haben auch bewiesen, daß sie selber ohne Diktat von Experten in der Lage sind, Produkte zu entwerfen und als Prototypen zu bauen. Sie haben ansatzweise die Trennung von Kopf- und Handarbeit aufgehoben. Vergleichbare Initiativen gibt es bereits in vielen Betrieben der Bundesrepublik. Es versteht sich fast von selbst, daß diese Kollegen auch einen ihnen gemäßen Arbeitsprozeß vorgeschlagen haben. Diese innovative Initiative hat zwar eine Zeitlang Entlassungen verhindert, ist aber vom Management abgewürgt worden. *An diesem Beispiel zeigt sich auch, daß sich die Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel dann stellen muß, wenn die Art der Produkte und der Arbeitsprozeß ökologischen und sozialen Kriterien nicht entspricht.*

3. Zur aktuellen Arbeitslosigkeit

In allen westlichen Industrienationen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Für die Betroffenen besteht die Gefahr, daß sie an den Rand der Gesellschaft abgedrängt werden. (...)



schinen und Gewinn untergeordnet wird, dann wird unser Bemühen um eine demokratische und menschenwürdige politische Kultur aussichtslos bleiben.

Dies wird sich nur ändern, wenn das an quantitativem Wachstum orientierte Gewinnstreben der kapitalistischen Ökonomie sowie die auf den Produktionsausstoß fixierte Ausrichtung der zentralistischen Planwirtschaft nicht mehr das entscheidende Erfolgskriterium des politischen, sozialen und ökonomischen Handelns sind.

Die Erträge aus weiterem industriellem Wachstum werden jetzt schon durch die ökologischen Folgen negativ überwogen. Der saure Regen und der sterbende Wald sind nur ein Bespiel für die Zerstörung, mit der wir bezahlen müssen.

Wir sind also gezwungen, unsere Produktionsweise an die ökologischen Bedingungen anzupassen.

Landbau, sondern auch an Recycling-Anlagen, Wärmedämmung, Altbausanierung statt Zersiedelung, ökologisch sinnvolle Verkehrssysteme, dezentrale Energiesysteme, effektive Filteranlagen, angepaßte Technik für die Dritte Welt usw.

Unser Ziel ist jedoch nicht der Aufbau einer gigantischen Umweltindustrie, in der mit denselben Methoden, denselben Eigentumsverhältnissen, demselben Arbeitsdruck und derselben Verschwendung von Rohstoffen und Arbeit produziert wird, wie in der traditionellen Industrie.

„Umweltschutz" hat an der „Quelle" der verschwenderischen Naturzerstörung anzusetzen, – an der industriellen Produktion selbst.

Die Umgestaltung der industriellen Produktion geht nicht ohne eine stärkere *gesellschaftliche* Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen.

Es wird darauf ankommen, daß die

kann diese nicht instrumentalisieren und zerstören ohne selbst dabei zu Grunde zu gehen. Mit wenigen Ausnahmen warf die Nutzbarmachung der Natur in der vorindustriellen Zeit keine weltweiten ökologischen Probleme auf.

Wir Grünen betonen, daß wir nicht in eine Gesellschaft zurück wollen, die deswegen der Natur nicht gefährlich geworden ist, weil die Produktivität sehr gering gewesen ist. Wir sind keine romantischen Träumer, sondern wollen eine Produktion, die den ökologischen Bedingungen gerecht wird und weder die Natur verwüstet noch die Menschen ausbeutet.

Mit dem Einsatz von Maschinen, der kapitalistischen Produktionsweise und der Entwicklung der modernen Naturwissenschaft hat sich die Arbeit verändert und die Eingriffsmöglichkeiten in die Naturzusammenhänge haben sich ausgedehnt und intensiviert. Hierin lag

tige Lebensmittel, auf Verschleiß geplante Haushaltsgeräte usw.) lehnen wir auch deswegen ab, weil derartige Großanlagen sich gegen den Wunsch nach bewußter Gestaltung des Lebens und der Arbeit schon weitgehend verselbständigt haben. In ihnen steckt soviel Kapital, daß ein Auslastungszwang entsteht, dem sich jede politische Entscheidungsbildung unterordnet. – *Produktionszwang Nein Danke!*

In unserem kapitalistischen System – und nicht nur dort – werden Maschinen einzig für den Zweck entwickelt, menschliche Arbeit zu ersetzen und Gewinn abzuwerfen. Den Charakter von Werkzeugen, die die konkrete Arbeit erleichtern, haben diese Maschinen nicht mehr. Die Arbeit an derartigen Maschinen wird immer monotoner und die Fähigkeiten der Arbeitenden verkümmern, bis diese dann durch neue Maschinen ersetzt werden.

Diese Entwicklung wird durch eine emotionale und soziale Verarmung begleitet, aus der sich steigender Alkohol-, Drogen- und Medienkonsum ergibt.

Der Prozeß der Dequalifizierung und Standardisierung der Arbeit ist als eine Enteignung der Fähigkeiten zu verstehen, die das einzige sind, was Arbeiter und Angestellte in den Produktionsprozeß einbringen können.

felskreis von unbefriedigender Arbeit, Massenkonsum und Verwüstung der natürlichen Lebensgrundlagen aussteigen wollen. Damit diese Chance aber nicht nur einer privilegierten Minderheit zugute kommt, für die andere aufkommen müssen, unterstützen wir die Forderungen nach *Verkürzung der Arbeitszeit*. Dabei gehen wir davon aus, daß eine Arbeitszeitverkürzung bei niedrigen Einkommen nicht Lohnkürzungen erzwingen sollte. Die Verkürzung der Arbeitszeit (Einstieg in die 35-Stunden-Woche) würde nicht nur den Arbeitsmarkt entlasten, sondern muß auch dazu führen, daß Überproduktion abgebaut wird und daß sie zumindestens ansatzweise einen Ausstieg aus der Energie und Rohstoffe verschwendenden Massenproduktion mit sich bringt.

Dies ist jedoch nur sinnvoll, wenn die Arbeit nicht intensiviert wird. Auf alle Fälle ist erwerbsarbeitsfreie Zeit ein Kriterium des Reichtums einer Gesellschaft.

Es geht uns Grünen aber nicht nur darum, daß weniger produziert wird, wir kehren das illusionäre Wachstumsprogramm nicht einfach um. Wir gehen davon aus, daß an Stelle von schädlichen Gütern (Rüstungsgüter usw.) sehr wohl ökologisch und sozial wertvolle Produkte gebraucht werden.



Fließbandproduktion, Sinnbild kapitalistischer Unterwerfung des Arbeitsprozesses

In dieser Situation verbreiten die etablierten Parteien, die Gewerkschaftsführung und die Unternehmerverbände die Hoffnung auf den nächsten Wachstumsschub. Sie verkünden damit Illusionen!

1950 bedeutete ein Prozent mehr Wachstum mehr Güter mit dem Wert von 1,9 Milliarden DM. Heute bringt 1 Prozent mehr Wachstum zusätzliche Waren im Werte von 9 Milliarden DM. Um die Arbeitslosigkeit mit Wachstum zu beseitigen – was wir Grünen ablehnen – bräuchte es 6 Prozent Wachstum pro Jahr. Das würde bedeuten, daß wir in 10 Jahren die doppelte Menge von Produkten produzieren und konsumieren müssen. Doppelt so viele Autos, Kühlschränke, Fernseher, Maschinen, Beton, AKWs, Panzer, Cheesburger, psychiatrische Großkliniken, Kunstdünger usw. Es bedarf wahrlich nur des gesunden Menschenverstandes um einzusehen, daß es so nicht gehen kann und darf!!

Angesichts des Scheiterns der etablierten Wirtschaftspolitik behaupten wir Grünen nicht, Patentrezepte gegen die Arbeitslosigkeit anbieten zu können. Darin sehen wir auch nicht unsere Aufgabe. Wir meinen jedoch, daß es an der Zeit ist, über Alternativen nachzudenken und diese zu verwirklichen.

Dabei gehen wir davon aus, daß sich das „sozialistische" und kapitalistische Industriesystem als solches in der Krise befindet (s.o.) und wir es nicht mit einer vorübergehenden konjunkturellen Schwäche zu tun haben.

Bezüglich der Massenarbeitslosigkeit ist unser Anliegen die Zusammenarbeit und die Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Wir Grünen arbeiten in Arbeitsloseninitiativen mit und unterstützen deren Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung. Zusammen mit den Arbeitslosen – und nicht nur denen – wollen wir Perspektiven entwickeln, die ökologischen und alternativen Kriterien genügen. Dies kann beispielsweise in selbstverwalteten kommunalen Werkstätten geschehen, in denen auch arbeitslose Jugendliche eine Chance hätten.

Der Verschwendung von Milliarden-Beträgen für zweifelhafte, häufig fehlgeschlagene Industrieansiedlungsprojekte ist die Finanzierung von kommunalen Werkstätten vorzuziehen, in den Arbeit und Lernen verbunden werden kann.

Den von Arbeitslosigkeit Betroffenen nützen aktuell weder Sonntagsreden von Politikern noch die Verkündung von ökologischen Utopien.

Es spricht alles dafür, die Arbeit gerechter zu verteilen und allen Arbeitenden die Chance zu bieten, mehr Zeit für den gesellschaftlichen Bereich zur Verfügung zu haben, der nicht durch die Zwänge der industriellen Produktion geprägt ist (informeller Sektor).

ist unser Anliegen die Zusammenarbeit und die Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Wir Grünen arbeiten in Arbeitsloseninitiativen mit und unterstützen deren Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung. Zusammen mit den Arbeitslosen – und nicht nur denen – wollen wir Perspektiven entwickeln, die ökologischen und alternativen Kriterien genügen. Dies kann beispielsweise in selbstverwalteten kommunalen Werkstätten geschehen, in denen auch arbeitslose Jugendliche eine Chance hätten.

Der Verschwendung von Milliarden-Beträgen für zweifelhafte, häufig fehlgeschlagene Industrieansiedlungsprojekte ist die Finanzierung von kommunalen Werkstätten vorzuziehen, in den Arbeit und Lernen verbunden werden kann.

Den von Arbeitslosigkeit Betroffenen nützen aktuell weder Sonntagsreden von Politikern noch die Verkündung von ökologischen Utopien.

Es spricht alles dafür, die Arbeit gerechter zu verteilen und allen Arbeitenden die Chance zu bieten, mehr Zeit für den gesellschaftlichen Bereich zur Verfügung zu haben, der nicht durch die Zwänge der industriellen Produktion geprägt ist (informeller Sektor).

Eine gerechtere Verteilung der Arbeit ist ohne Arbeitszeitverkürzung nicht denkbar. Diese sollte aber einerseits begleitet sein von einer gerechteren Verteilung der Einkommen, andererseits kommt es auch bei der Arbeitszeitverkürzung darauf an, daß diese mit Perspektiven verknüpft wird, die die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und geistiger und körperlicher Arbeit positiv (s.o.) verändert. Eine ökologische und weniger arbeitsteilige Produktionsweise braucht nicht nur in der Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte. Generell unterstützen wir die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ohne Lohneinbuße bei niedrigen Einkommen (Facharbeiterecklohn).

Wo ohne jeden Zwang von den Betroffenen andere Formen der Arbeitszeitverkürzung gewünscht werden (Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Teilzeitarbeit, Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder Jahresarbeitszeit) haben wir Grünen nichts dagegen.

Auch ohne die aktuelle Arbeitslosigkeit bedarf es erheblicher Anstrengungen, um unsere Ökonomie und Gesellschaft an die ökologischen Gegebenheiten anzupassen.

Dies wird nicht nur eine andere Verteilung der Arbeit, sondern auch eine andere Verteilung der Investitionen notwendig machen.

Da die ökologischen Bedingungen – wie der Kampf für den Frieden – für das Überleben der Menschheit absolute Priorität haben, unterstützen wir Grünen nur Investitionsprogramme, die die Situation der Umwelt verbessern. Wir sind uns sicher, daß durch ökologisch sinnvolle Investitionen auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Gleichzeitig betonen wir aber, daß ein großer Teil der industriellen Produktion schädlich ist und eingestellt werden muß (AKWs, WAA, Großchemie usw).

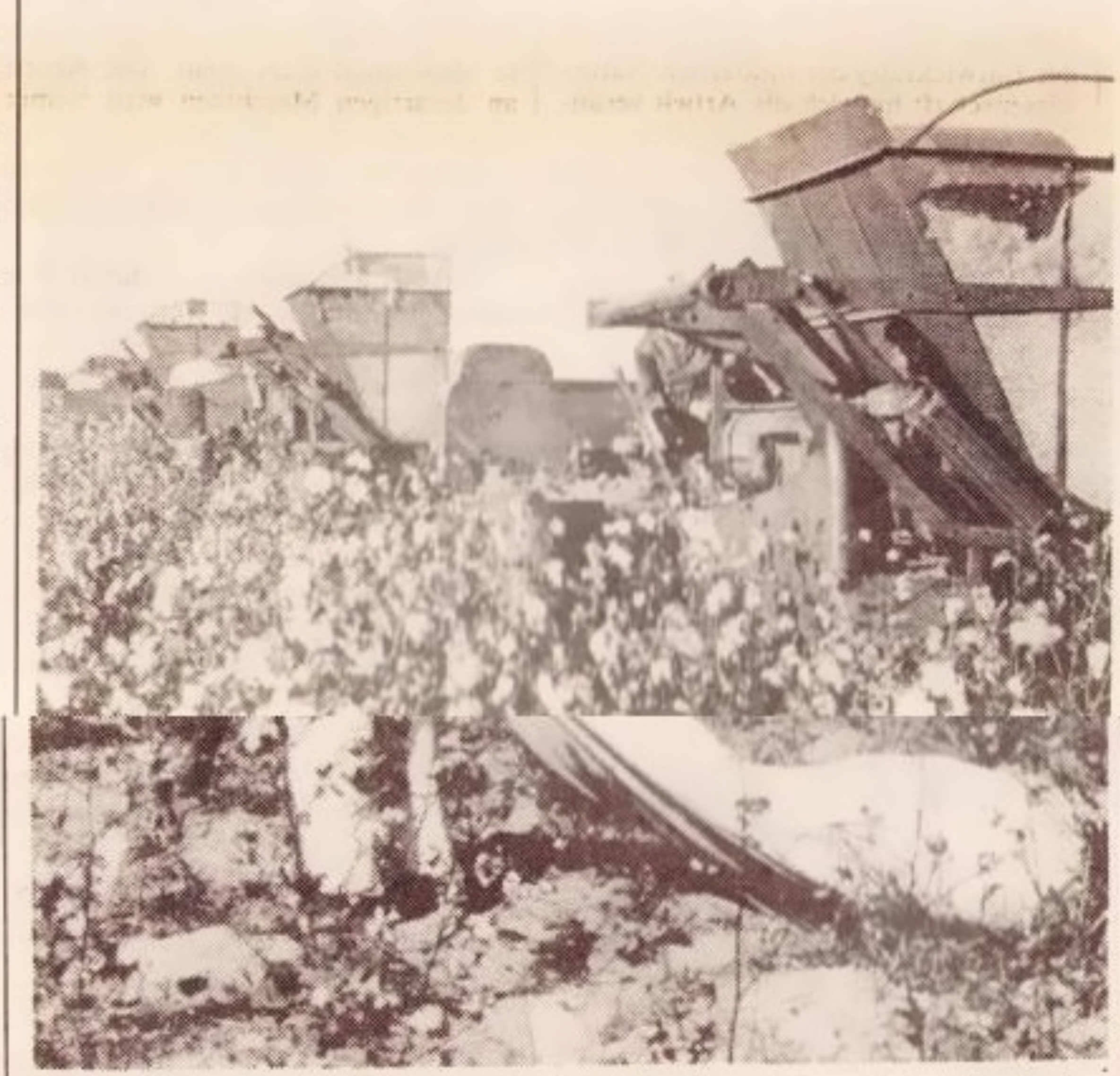
Gerade weil zur Zeit niemand prognostizieren kann, daß dabei unter dem Strich mehr Arbeitsplätze herauskommen werden, sind wir für Arbeitszeitverkürzung und sinnvollere Arbeitsverteilung.

Wir Grünen entwickeln und unterstützen qualitative Investitionsprogramme der öffentlichen Haushalte, die sich am ökologischen und sozialen Bedarf orientieren. Zu denken ist dabei beispielsweise an:

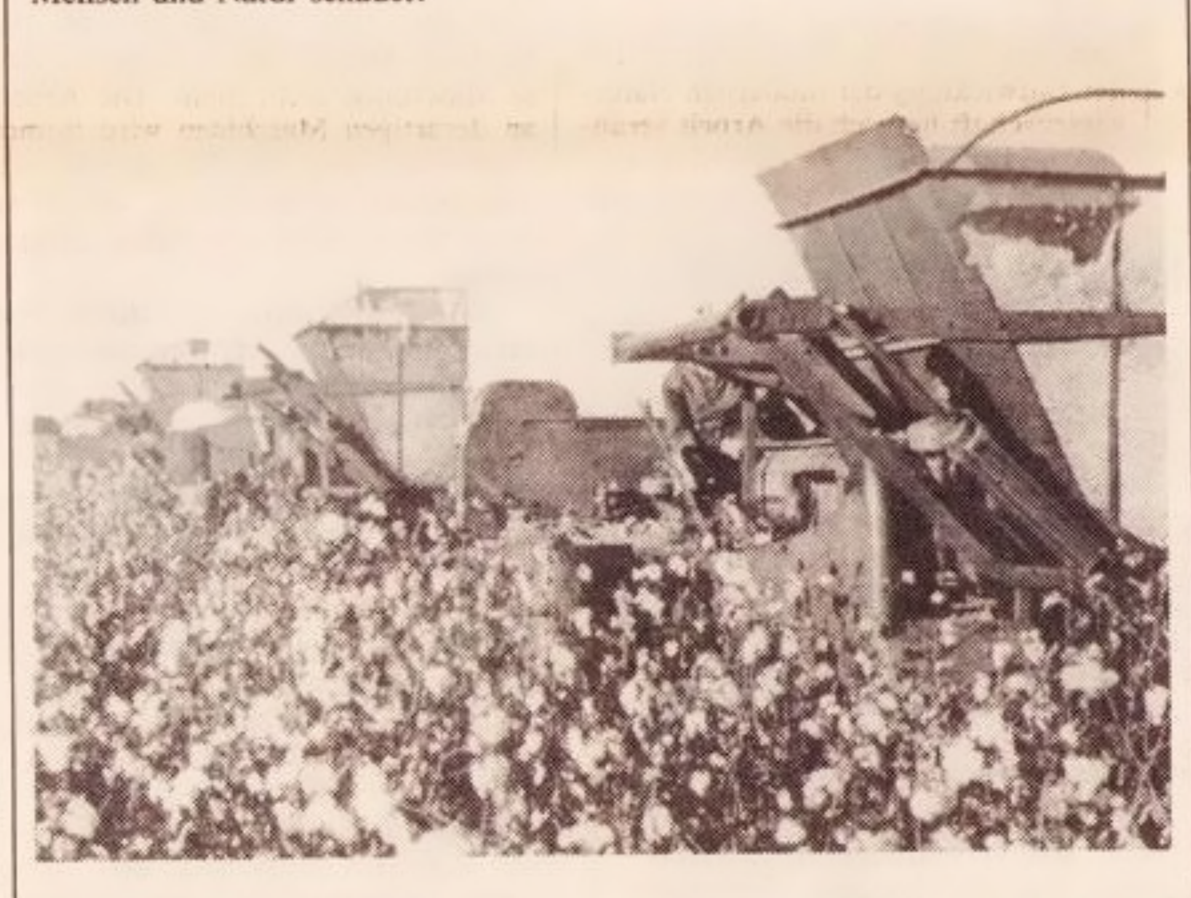
– Entwicklung und Einsatz von umweltfreundlichen und sparsamen Energiesystemen
– Sofortige Ausrüstung aller Kohlekraftwerke und sonstiger emissionsintensiver Anlagen mit effektiven Filtern bzw. Einbau von Wirbelschichtverbrennungsanlagen



Zweierlei Baumwollernte. Doch während der Maschineneinsatz einerseits die Arbeit produktiver macht, zeigt sich gerade in der Landwirtschaft, wie unbedingte Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach kapitalistischen Gesichtspunkten Mensch und Natur schadet.



Zweierlei Baumwollernte. Doch während der Maschineneinsatz einerseits die Arbeit produktiver macht, zeigt sich gerade in der Landwirtschaft, wie unbedingte Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach kapitalistischen Gesichtspunkten Mensch und Natur schadet.



– Neubau von dezentralen Kraftwerken mit hohem Wirkungsgrad
– Förderung von Energiesystemen, die auf regenerierbaren Energieträgern beruhen (Wind, Sonne, Wasser, Biogas)
– Nutzung der vorhandenen Umweltwärme durch Gaswärmepumpen
– Umweltschonende möglichst risikofreier Abbau der vorhandenen AKWs
– Erhaltung und bessere Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahn/Bus)
– Substanzerhaltende Altbausanierung unter Verwendung gesundheitsneutraler Baustoffe und Wärmedämmung, die insbesondere bislang benachteiligten Gruppen zugute kommt. Beteiligung der Betroffenen bei der Planung und, im Rahmen neuer Sanierungs- und Selbstorganisationsmodelle, auch bei der Durchführung
– Lärmschutzanlagen und den sofortigen Einbau von technischen Änderungen bei Fahrzeugen, die mit Verbrennungsmotoren angetrieben werden, um die Schadstoffemmission drastisch zu verringern
– Förderung des ökologischen Landbaus, bei Erhaltung von Kleinbetrieben und Förderung von Genossenschaften
– Verbot der maschinellen Massentierhaltung
– Aufbau von Genossenschaften zur Direktvermarktung giftfreier landwirtschaftlicher Produkte
– Aufbau von biologischen und chemischen Wasserkläranlagen
– Aufbau von Brauchwasserleitungen
– Umstellung der Rüstungsproduktion zugunsten sozial und ökologisch sinnvoller Güter
– Rohstoffwiederverwertungsanlagen statt Rohstoffausbeutung in der Dritten Welt.

Dies sollen nur einige Beispiele sein. Die Entwicklung, Planung und Verwirklichung ist nur *dezentral* möglich und bedarf der politischen Arbeit in den Städten und Kommunen. Dabei kommt es für die Verwirklichung entscheidend darauf an, mit Bürgerinitiativen, Betriebsgruppen der Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen zusammenzuarbeiten.

Das gleiche gilt für die Unterstützung von Initiativen in den Betrieben, die sich um die Entwicklung alternativer Produkte und alternativer Arbeitsorganisation bemühen.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist sicher die Investition von ca. 60 Millionen DM in Berlin für selbstverwaltete Projekte als Starthilfe. Damit sind ca. 5000 bis 6000 Arbeitsplätze gesichert worden.

4. Finanz- und Haushaltspolitik

Die Finanzkrise in der Bundesrepublik führt zur Zeit zu einschneidenden Sparmaßnahmen. Ob SPD oder CDU, beide streichen den Sozialetat zusammen, um nicht an Rüstung und unökologischen Großprojekten (Kalkar, Startbahn West usw.) sparen zu müssen.

Es versteht sich von selbst, daß die Grünen eine Sparpolitik zu Ungunsten der sozial Schwachen nicht mitmachen werden.

Hauptursache der Finanzkrise ist die Wirtschaftskrise. Sie führt dazu, daß ein Teil der Staatseinnahmen sinkt. Diese Wirtschaftskrise wirkt sich aber in einer Phase typischer sozialdemokratischer Reformpolitik, die angesichts der Finanzkrise von der SPD selbst wieder rückgängig gemacht wurde. Gemeint war damit früher eine Politik der bewußten Ausdehnung der Staatshaushalte, sowohl für das Kapital als auch für die lohnabhängige Bevölkerung; eine Politik des „für jeden etwas". Allerdings hat sie schwerpunktmäßig die Bereiche, die die gesellschaftliche Reproduktion betreffen, ausgedehnt, so z.B. Schulen, Gesundheitswesen, Sozialwesen. Ausgedehnt allerdings in Staatsform, d.h. daß durch diese Politik nicht nur die Dienstleistungen des Staates erhöht wurden, sondern auch der bürokratische und kontrollierende Staatsapparat. Diese Politik hat bewußt zum Mittel der Staatsschuld gegriffen in Phasen der schwächeren Wirtschaftsentwicklung, um in Zeiten des Aufschwungs durch höhere Steuereinnahmen die Schulden zurückzahlen zu können. Da jedoch in der Wirtschaftsentwicklung spätestens seit Mitte der 70er Jahre die regelmäßigen Aufschwünge ausbleiben, im Gegenteil die wirtschaftliche Krise sich verstärkt, hat sich zu Beginn der 80er Jahre eine beträchtliche Staatsschuld auf die Staatshaushalte angehäuft, die drückende Zinslast wurde durch die steigenden Zinssätze verschärft – die Zinsen wurden so ebenfalls zu einem Element, wenn auch nicht zu einer Ursache, der Finanzkrise.

Auf der Ebene der Gemeinden stellt sich die Krise der Haushalts- und Finanzpolitik teilweise folgendermaßen dar:

Der starre Ausgabenapparat rührt her von einem starken Ausbau des Staatsapparates im Sinne von Bürokratie. Die Starrheit dieses Ausgabenapparats führt zu folgender Sparpolitik: zuerst werden die Investitionen eingeschränkt, dann werden die Sozialhaushalte eingeschränkt. Erst zuletzt wird der Apparat eingeschränkt. Es kommt zu einer Konkurrenz zwischen dem Sozialhaushalt und der Tendenz zur Aufrechterhaltung des Apparates. Dabei zieht der Sozialhaushalt, und damit die von ihm Abhängigen, den Kürzeren, da hier nicht die entsprechende Lobby vorhanden ist.

Verstärkt noch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmen Banken, Versicherungen und finanzstarke Konzerne über das Schicksal von Arbeitsplätzen, Projekten und öffentlichen Haushalten. Die Finanzmasse, über die dabei verfügt wird, übersteigt um vieles den Bundeshaushalt. Die *private* Wirtschaftspolitik dieser Unternehmen entzieht sich jeder politischen und gesellschaftlichen Kontrolle. Die Gemeinden sind teilweise auch wegen hoher Zinszahlungen pleite. Dieser Zustand ist für ein Gemeinwesen mit demokratischem Anspruch unerträglich. Es ist an der Zeit, daß diese Form der privaten Wirtschaftspolitik gesellschaftlich kontrolliert wird.

Abgesehen davon unterstützen die Grünen selbstverwaltete Fonds (wie Netzwerk), die alternative Projekte finanziell und beratend unterstützen. Mit dem Aufbau von Öko-Fonds aus Wahlgeldern und Spenden an Netzwerk unterstützen die Grünen auch eine alternative finanzielle Struktur für

halte eingeschränkt. Erst zuletzt wird der Apparat eingeschränkt. Es kommt zu einer Konkurrenz zwischen dem Sozialhaushalt und der Tendenz zur Aufrechterhaltung des Apparates. Dabei zieht der Sozialhaushalt, und damit die von ihm Abhängigen, den Kürzeren, da hier nicht die entsprechende Lobby vorhanden ist.

Verstärkt noch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmen Banken, Versicherungen und finanzstarke Konzerne über das Schicksal von Arbeitsplätzen, Projekten und öffentlichen Haushalten. Die Finanzmasse, über die dabei verfügt wird, übersteigt um vieles den Bundeshaushalt. Die *private* Wirtschaftspolitik dieser Unternehmen entzieht sich jeder politischen und gesellschaftlichen Kontrolle. Die Gemeinden sind teilweise auch wegen hoher Zinszahlungen pleite. Dieser Zustand ist für ein Gemeinwesen mit demokratischem Anspruch unerträglich. Es ist an der Zeit, daß diese Form der privaten Wirtschaftspolitik gesellschaftlich kontrolliert wird.

Abgesehen davon unterstützen die Grünen selbstverwaltete Fonds (wie Netzwerk), die alternative Projekte finanziell und beratend unterstützen. Mit dem Aufbau von Öko-Fonds aus Wahlgeldern und Spenden an Netzwerk unterstützen die Grünen auch eine alternative finanzielle Struktur für

ökologische und genossenschaftliche Projekte.

Genau so wie Grüne Politik es an anderen Stellen auch praktisch sichtbar macht, daß unsere Gesellschaft nur dann Chancen zum Ausbruch aus ihrem jetzigen verschwenderischen und zerstörerischen Entwicklungsweg hat, wenn wir es wieder *lernen*, zwischen Arbeit und Arbeit, zwischen Investition und Investition und zwischen Verbrauch und Verbrauch zu *unterscheiden*, kommt es uns auch in der Finanz- und Haushaltspolitik darauf an, politisch praktikable und sozial breit unterstützte qualitative Unterscheidungen einzubringen. Die finanz- und haushaltspolitischen Impulse der Grünen werden daher darauf gerichtet sein, die fällige Differenzierung zwischen Steuern und Steuern, zwischen Ausgaben und Ausgaben, zwischen Krediten und Krediten – je nach der Art der ökonomischen und ökologischen Entwicklung, die sie fördern – radikal einzubringen. Anders gesagt: eine solide finanzierte Verschwendungswirtschaft ist nur zum Schein eine solide Finanzwirtschaft.

Deshalb ist die Grüne Politik in Sachen Finanzen und Haushaltspolitik auf eine zwar nur mittelfristig voll realisierbare, aber schon jetzt auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene öffentlich und politisch mit aller Dringlichkeit zu erörternde *Richtungsänderung* der bisherigen Leitlinien der Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik gerichtet. Die vorherrschenden Leitlinien sind nämlich zu einer Zeit entstanden, als noch die Illusion vorherrschen konnte, daß man die gegenwärtige Wachstumsdynamik nur *quantitativ* zu stimulieren bzw. zu kontrollieren brauchte. Das derzeit *einzige* angewandte durchgehende Unterscheidungskriterium innerhalb der Haushalts- und Finanzpolitik, nämlich das zwischen „investiven" und „konsumtiven" Ausgaben, d.h. in der Regel zwischen Sachinvestitionen und Personalkosten, ist für jede solche qualitative Einflußnahme auf den Kurs der Wirtschaft völlig ungeeignet: nach diesem Kriterium ist ein Repräsentationsbau genau die gleiche Art von Investition wie der Ausbau eines kommunalen Wärmenetzes, und die Gehaltskosten einer bürokratisch kontrollierenden und unsinnig hierarchischen Schulaufsichtsbehörde sind die gleiche Art von „konsumtiver Ausgabe" wie die Lohnkosten z.B. in sozial dringenden und von den Betroffenen mitkontrollierten Tätigkeiten für kommunale Dienste.

Die notwendige qualitative Unterscheidung auch in der Haushalts- und Finanzpolitik muß den besonderen Charakter von Einnahmen und Ausgaben berücksichtigen. So ist es ohne weiteres möglich, kritische und nicht regenerierbare Güter (Bsp. Erdöl) höher als regenerierbare Güter zu besteuern (Mehrwertsteuer) und damit die Besteuerung der Arbeit (Lohnsteuer) zu entlasten.

Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, knapper werdende Rohstoffe nur zu verteuern. Dafür sorgt die freie Marktwirtschaft schon alleine, sondern Ziel muß die Einsparung von Rohstoffen und die Vermeidung von umweltschädlichen Produktionen und Produkten sein.

Durch die derzeitigen Sparbeschlüsse wird die in der Bundesrepublik bestehende ungerechte Einkommensverteilung noch verschärft.

Jenseits unserer grundsätzlichen Kritik an der bestehenden Wirtschafts- und Finanzpolitik fordern wir eine Dezentralisierung und Regionalisierung der Finanzen und Maßnahmen zur Veränderung der Finanzstruktur:

Dazu gehört beispielsweise folgendes:
– Stärkung der kommunalen Ebene durch Veränderung des Steuersystems
– Das Steuersystem dahingehend zu verändern, daß es vor allem auf direkten Steuern aus Einkommen und Vermögen beruht (mit Progression), und daß die Gemeinden mit einem entsprechenden Prozentsatz daran beteiligt werden
– Einschränkung des staatlichen bürokratischen Ordnungsapparates
– Rückgabe von Tätigkeiten, die in Staatsform erfolgen, an die Betroffenen. Nicht im Sinne einer Reprivatisierung sondern als Formen der Selbstverwaltung der Betroffenen (siehe Teil 2 und 3)
– Verdoppelung der Steuer auf Finanzanlagen (Geld, das auf dem Euro-Dollarmarkt „frei vagabundiert"), was

Rohstoffen und die Vermeidung von umweltschädlichen Produktionen und Produkten sein.

Durch die derzeitigen Sparbeschlüsse wird die in der Bundesrepublik bestehende ungerechte Einkommensverteilung noch verschärft.

Jenseits unserer grundsätzlichen Kritik an der bestehenden Wirtschafts- und Finanzpolitik fordern wir eine Dezentralisierung und Regionalisierung der Finanzen und Maßnahmen zur Veränderung der Finanzstruktur:

Dazu gehört beispielsweise folgendes:
– Stärkung der kommunalen Ebene durch Veränderung des Steuersystems
– Das Steuersystem dahingehend zu verändern, daß es vor allem auf direkten Steuern aus Einkommen und Vermögen beruht (mit Progression), und daß die Gemeinden mit einem entsprechenden Prozentsatz daran beteiligt werden
– Einschränkung des staatlichen bürokratischen Ordnungsapparates
– Rückgabe von Tätigkeiten, die in Staatsform erfolgen, an die Betroffenen. Nicht im Sinne einer Reprivatisierung sondern als Formen der Selbstverwaltung der Betroffenen (siehe Teil 2 und 3)
– Verdoppelung der Steuer auf Finanzanlagen (Geld, das auf dem Euro-Dollarmarkt „frei vagabundiert"), was

auch sehr einfach bei „Erträgen aus Kapitalvermögen" zu erfassen ist. Verwendung dieser Steuern für alternative und ökologische Projekte
– eine nicht-rückzahlbare Ergänzungsabgabe
– Anhebung der Steuerprogression jenseits der 60/120tausend Jahreseinkommen
– Streichung der Mehrwertsteueroption beim Bauherrenmodell
– Streichung von Subventionen, die den Energieverbrauch fördern
– Keine Finanzen für Atomprogramme, Rüstung, Zubetonierung der Bundesrepublik. Startbahn West und Main-Donaukanal und alle anderen ökologisch schädlichen und unwirtschaftlichen Projekte.

5. Demokratische Rechte

Die Durchsetzung unserer wirtschaftspolitischen Ideen ist sicher nicht allein über die Parlamente möglich. Im Vordergrund für uns steht die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Betroffenen, Bürgerinitiativen und Betriebsgruppen. Die notwendige Veränderung unserer Gesellschaft nach ökologischen und sozialen Kriterien kann nur von unten erfolgen. Mit der Wirtschaftskrise droht jetzt schon die Gefahr wachsender Illiberalität (Berufsverbote, Prozesse gegen Atomkraftgegner usw.). Unsere Ideen brauchen die demokratischen Freiheitswerte wie die Fische sauberes Wasser. Der Kampf um diese Freiheitsrechte ist mit dem Kampf für eine ökologische und soziale Ökonomie untrennbar verbunden.

Auf den alten Pfaden wird es nicht gehen – Widerstand gegen die „Wende" – aber wie?

Für den 4. Dezember rufen vds und Landesschülervertretungen zu einer bundesweiten Demonstration unter der Losung „Hände weg vom BAföG" auf. Zahlreiche Basisgruppen- und linksunabhängigen ASten rufen ebenfalls zur Teilnahme auf. Keineswegs besteht aber Einigkeit über Richtung und Perspektive des Widerstands gegen die „Wende an den Hochschulen". Eine nötige Klärung steht erst am Anfang.

Von Jörg Frank

Zur bundesweiten Demonstration der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) und der Konferenz der Landesschülervertretungen rufen mit *eigenen* Aufrufen auch der GEW-Hauptvorstand und die DGB-Jugend auf. In NRW wollen sich alle linksunabhängigen ASten beteiligen, ebenso Basisgruppen-ASten aus Niedersachsen und Baden-Württemberg. Die BAföG-Beschlüsse der christlich-liberalen Regierung haben zu einer Forcierung der Auseinandersetzung zwischen der den vds dominierenden „gewerkschaftlich orientierten" Richtung (MSB, SHB) und den Basisgruppen und Alternativen Asten geführt. Trotz Einigkeit in der Ablehnung der BAföG-Liquidierung ist doch ungeklärt, wie die Krise linker Hochschulpolitik überwunden werden kann; denn infolge der ergebnislosen Kämpfe in den 70er Jahren und der zwanghaften Beschränkung dieser Kämpfe durch große Teile der Linken auf die „unmittelbaren studentischen Interessen" bei völliger Vernachlässigung der „inhaltlichen Dimension" der Hochschulausbildung hat das „hochschulpolitische" Engagement von Studenten weitgehend nachgelassen und offenbar bei ihnen auch seinen früheren Stellenwert verloren. Während MSB, SHB und Teile der Jusos Politik auf den alten Pfaden weiterbetreiben, wird innerhalb der Basisgruppen und linksunabhängigen Strömung nach neuen Ansätzen gesucht, die eine erneute Politisierung der Studenten *an der Hochschule* und damit Voraussetzungen für den notwendigen Widerstand schaffen, was sich auch in der Kritik an der „Aktionsorientierung" der vds und der Ablehnung des vds-Aufrufs durch zahlreiche Basisgruppen-Asten ausdrückt. Im folgenden einige Gesichtspunkte zur Unterstützung dieser Kritik und zur Frage der „Strategie" gegen die reaktionäre Neuorientierung.

MSB und SHB sehen in der Einführung des Volldarlehens und der faktischen Abschaffung einer sozialen Ausbildungsförderung das „Kernstück reaktionärer Bildungspolitik". Im inzwischen wohl überall bekannten vds-Aufruf wird fast ausschließlich auf die materiellen Auswirkungen der Schwerpunkt gelegt, woraus dann auch nahtlos die Triebkräfte für den Kampf gegen die „Wende" aus der direkten materiellen Betroffenheit der Studenten hergeleitet wird. Neben den obligatorischen Erklärungsschemata im Stil von „Bildung statt Bomben" wird ansonsten das Ziel des „BAföG-Kahlschlag" in der Durchsetzung von „Bildung nur noch für Reiche" gesehen, und vor der Vernichtung der Bildungsreformen der 70er gewarnt, wenn sich die BAföG-Pläne durchsetzen. (s.a. Rote Blätter 11/1982)

Kernpunkt aber ist „die Herstellung eines neuen bildungspolitischen Bündnisses" zur Verhinderung der Wende, das mit der Sozialdemokratie bis hin zu

den notwendigen Widerstand schaffen, was sich auch in der Kritik an der „Aktionsorientierung" der vds und der Ablehnung des vds-Aufrufs durch zahlreiche Basisgruppen-Asten ausdrückt. Im folgenden einige Gesichtspunkte zur Unterstützung dieser Kritik und zur Frage der „Strategie" gegen die reaktionäre Neuorientierung.

MSB und SHB sehen in der Einführung des Volldarlehens und der faktischen Abschaffung einer sozialen Ausbildungsförderung das „Kernstück reaktionärer Bildungspolitik". Im inzwischen wohl überall bekannten vds-Aufruf wird fast ausschließlich auf die materiellen Auswirkungen der Schwerpunkt gelegt, woraus dann auch nahtlos die Triebkräfte für den Kampf gegen die „Wende" aus der direkten materiellen Betroffenheit der Studenten hergeleitet wird. Neben den obligatorischen Erklärungsschemata im Stil von „Bildung statt Bomben" wird ansonsten das Ziel des „BAföG-Kahlschlag" in der Durchsetzung von „Bildung nur noch für Reiche" gesehen, und vor der Vernichtung der Bildungsreformen der 70er gewarnt, wenn sich die BAföG-Pläne durchsetzen. (s.a. Rote Blätter 11/1982)

Kernpunkt aber ist „die Herstellung eines neuen bildungspolitischen Bündnisses" zur Verhinderung der Wende, das mit der Sozialdemokratie bis hin zu
Engholm und Girgensohn geschlossen werden müßte.

Die entscheidenden Fehler bestehen m.E. in dreierlei: in der oberflächlichen Einschätzung der Absichten der „Wende", in dem Ansatzpunkt der „direkten Betroffenheit" über die BAföG-Liquidierung und in der Weise, *wie* (nicht daß) eine Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie gesucht wird.

100000 Studenten werden zur Zeit noch voll gefördert. Bereits die sozialliberale Regierung hat das BAföG über die 70er Jahre hinweg so sturmreif gemacht, daß nun die Gefahr besteht, daß die Reaktion mit der restlosen Liquidierung leichtes Spiel hat. Von 1,1 Mio. Studenten ist es für 10% eine direkte Existenzfrage und für weitere 20% überhaupt eine bedrohliche Frage. Hingegen liegt bei den Schülern die „direkte Betroffenheit" sicher breiter.

Bisher wurde auf die Aushöhlung des BAföG mit Lohnarbeit, aber Weiterführung des Studiums reagiert. 1979 mußten schon 57,8% lohnabhängiger Tätigkeit während des Studiums nachgehen, 31,4% finanzierten damit ganz oder größtenteils ihren Lebensunterhalt. Das hat sich bis heute nur verschlimmert. Es ist damit zu rechnen, daß auf die BAföG-Beschlüsse mit weiterer Aufnahme und Ausdehnung von Lohnarbeit reagiert wird. Sicherlich werden auch nicht wenige von einem Studienbeginn absehen und auch wird es zu Studienabbrüchen – auch von Arbeiterkindern – kommen. Jedoch der Durchbruch zum „Abbau des Studentenberges" und das Versperren des Hochschulzugangs für die Masse der



Kinder der Lohnabhängigen läßt sich damit nicht durchsetzen.

Nicht umsonst wird deshalb über die Einführung von Studiengebühren, über verschärft angewendete Prüfungsbedingungen auf Grundlage der vorhandenen Gesetze und über Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenz laut nachgedacht. Eigentlicher Zweck der „Wende an den Hochschulen" ist die Durchsetzung einer anderen Qualifikationsstruktur für den Arbeitsmarkt. Einfach gesagt: Studiert werden soll nur noch insoweit auch tatsächlich akademisch gebildete Arbeitskräfte für den kapitalistischen Produktionsprozeß gebraucht werden. Krisenentwicklung, das Herannahen geburtenschwacher Jahrgänge in das Berufs- und Studienalter und nicht zuletzt die von den Wirtschaftsverbänden als „verfehlt" bewertete „Bildungsexpansion" lassen sie befürchten, daß es alsbald einen noch größeren Überschuß an Akademikern und – was ihrer Auffassung nach das Schlimmste ist – zuwenig Kandidaten zu Berufsausbildungen minderer Qualifikation gibt. Das ist ein wesentlicher Grund für den geplanten „Abbau des Studentenberges", für die Ökonomisierung und Konzentration des Hochschulbetriebs und für das Schwadronieren über den Ingenieurmangel und über eine Renaissance naturwissenschaftlicher Bildung.

Die Kritik von der „Bildung nur für Reiche" trifft diese Entwicklung allenfalls ungenau. Außerdem, auch bei Durchsetzung dieser „Wende" wird die dann drastisch verminderte Studentenzahl zum großen Teil den Lohnabhängigen entstammen. An den wirklichen Verhältnissen vorbei geht auch die Analyse, daß sich längerfristig politischer Widerstand an den Hochschulen *im wesentlichen* aufgrund der „materiellen Betroffenheit" durch die BAföG-Beschlüsse entwickeln kann; demnach ginge es nur eine Minderheit an. Deshalb, und weil sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse der großen Mehrheit der Studenten nicht darauf reduzieren lassen, kann darin keine Perspektive liegen. Es ist das alte Lied: Eine große Demo, wobei jetzt schon klar ist, daß viele in erster Linie nicht wegen der BAföG-Beschlüsse hingehen, und dann Schluß.

Warum steigt aber überhaupt die Zahl der Studenten weiter trotz immer miserabler werdender sozialer Verhältnisse? Es ist der Ausdruck des Bedürfnisses nach Bildung und der Hoffnung nach wie auch immer beschränkten Emanzipationsmöglichkeiten. Ein positives Ergebnis hat die sozialliberale Politik mitgefördert: Die Etablierung eines erhöhten gesellschaftlichen Anspruchsniveaus an Bildung. Dies „Anspruchsdenken" läßt sich durch das Abräumen der BAföG-Ruinen noch nicht liquidieren. Aber es wäre fatal nun „abzuwarten", so daß die reaktionäre Regierung Spielraum gewinnt und vielleicht Fuß fassen kann. Die Anwort auf ihre Wendemanöver muß die Einforderung der gesellschaftlichen „Ansprüche" an Hoch- und Wissenschaftsbetrieb sein, die schon gar nicht allein in der Ablehnung der BAföG-Beschlüsse bestehen kann.

Worin bestehen diese Bedürfnisse gegenüber einem Hochschulbetrieb, der weitgehend den Namen „Lernfabrik" verdient, in dem sich unter sozialliberaler Koalition nicht die politischen Vorstellungen der damaligen Studentenbewegung, sondern das „Reforminteresse" des Kapitals durchgesetzt hat, wovon Hochschulrahmengesetz, Gesetze zur Beschneidung und Verstümmelung studentischer Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Gruppenuniversität wie auch das Netz von Studien- und Prüfungsreglementierungen zeugen, die das Bedürfnis nach selbständiger Planung des Studiums, nach kollektiver Entfaltung eigenständiger Erkenntnisinteressen verschüttet und die Mentalität des „Scheine abreißens" geschaffen haben. Sicherlich in der Forderung nach sozialer Absicherung, nach kostendeckender Ausbildungsförderung und ungehindertem Zugang des Nachwuchses der Arbeiterklasse und übrigen Lohnabhängigen zur Hochschule; aber auch in der bewußten Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Lösung brennender gesellschaftlicher Widersprüche, wovon „Ökologiefrage" oder „Rationalisierungsfolgen" nur markante Beispiele sind, und in der Möglichkeit dies zu lernen; in Selbstverwaltung und Mitbestimmung im Hochschulbetrieb, der kooperative Formen der Selbstorganisation von wissenschaftlichem Lernen eröffnen muß; in der Bekämpfung der Vergoldung von gesellschaftlichem Reichtum und wissenschaflicher Erkenntnis als auch Arbeitsvermögen mit dem oft nur das Destruktionspotential der Produktivkräfte gefördert wird; in der Förderung von wissenschaftlichen Projekten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Im konkreten wird darin der Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalverwertung und dem gesellschaftlichen Interesse an Bildung und Wissenschaft offenbar. Dies offenzulegen ist aber nötige Aufgabe, um Mehrheiten der lohnabhängigen Bevölkerung – auch für die Durchsetzung der Finanzierung – dieser ihrer eigenen Bedürfnisse zu erzielen, was eben keine „studentische Sache" ist.

Man wird den Eindruck nicht los,

Absicherung, nach kostendeckender Ausbildungsförderung und ungehindertem Zugang des Nachwuchses der Arbeiterklasse und übrigen Lohnabhängigen zur Hochschule; aber auch in der bewußten Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Lösung brennender gesellschaftlicher Widersprüche, wovon „Ökologiefrage" oder „Rationalisierungsfolgen" nur markante Beispiele sind, und in der Möglichkeit dies zu lernen; in Selbstverwaltung und Mitbestimmung im Hochschulbetrieb, der kooperative Formen der Selbstorganisation von wissenschaftlichem Lernen eröffnen muß; in der Bekämpfung der Vergoldung von gesellschaftlichem Reichtum und wissenschaflicher Erkenntnis als auch Arbeitsvermögen mit dem oft nur das Destruktionspotential der Produktivkräfte gefördert wird; in der Förderung von wissenschaftlichen Projekten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Im konkreten wird darin der Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalverwertung und dem gesellschaftlichen Interesse an Bildung und Wissenschaft offenbar. Dies offenzulegen ist aber nötige Aufgabe, um Mehrheiten der lohnabhängigen Bevölkerung – auch für die Durchsetzung der Finanzierung – dieser ihrer eigenen Bedürfnisse zu erzielen, was eben keine „studentische Sache" ist.

Man wird den Eindruck nicht los,
daß das Herausstellen des „BAföG-Angriffs" als „Kristallisationspunkt des Widerstandes" seitens des MSB und auch der vds wesentlich bestimmt ist vom Kalkül, mit der Sozialdemokratie „ins Bündnis" zu kommen. Natürlich kann gegenwärtig nur Größeres mit der Sozialdemokratie durchgesetzt werden; vor allem aktuell besteht die Chance eines raschen Endes der reaktionären Regierung und einer parlamentarischen Durchsetzung gesellschaftlicher Forderungen, jedoch nur im Bündnis mit der (Regierungs)sozialdemokratie, d.h. irgendeiner Form von linker Mehrheitsbildung bis zur Linkskoalition. Das ist es aber nicht, was MSB oder vds als „Bündnis" verfolgen. Ihr „Bündnis" besteht vielmehr in der Selbstbeschränkung auf die Absichten der Führungssozialdemokratie, nämlich kein Volldarlehen, Erhalt des Status Quo beim BAföG und ausschließlicher Kritik der CDU/FDP-Politik. Weder die gesellschaftlichen Bedürfnisse noch die Perspektiven ihrer Verwirklichung liegen im Einklagen oder Erhalten von sozialliberalen Reformruinen. Mit Selbstbeschneidung aber ist eine Durchsetzung der dazu nötigen politischen Veränderungen in der Sozialdemokratie keinen Deut näher zu kommen. Es ist längst Binsenweisheit, daß ein möglicher „parlamentarischer Arm" auch nur so stark sein kann, wie die „außerparlamentarische" Bewegung selbst. Das macht die Einforderung der gesamten Breite der gesellschaftlichen Ansprüche nötig. Für die Erzielung „neuer Mehrheiten" gilt das erst recht.

Sprengung der BAföG-Ruine

Die CDU/CSU/FDP-Regierung will gleich jegliche soziale Ausbildungsförderung beseitigen

jöf. Auf der Kabinettsitzung vom 3.11. hat die CDU/CSU-FDP-Regierung auf Grundlage der getroffenen Koalitionsvereinbarungen beschlossen, ab Herbst 1983 Ausbildungsförderung an Studenten *nur noch* als Volldarlehen und an Schüler nur noch dann, wenn sie *nicht* am Wohnort der Eltern leben, zu gewähren. Außerdem wird der Bedarfssatz für Schüler von 275 DM auf

rung noch nicht einig. Sollte nicht der Staat sondern die Banken Ausbildungsdarlehen vergeben, wird es noch um einiges schlimmer. Bei einem für fünf Jahre gewährten Darlehen in Höhe von 700 DM monatlich bei üblichem Zinssatz von 7% würde dann der Schuldenberg auf 50000 DM anwachsen. Außerdem: Bisher war der Staat kaum in der Lage, die bisherigen

Staatskasse zurückfließen, also keinen Deut „Sanierungswirkung" auf die kommenden Haushalte haben, vielmehr durch Verwaltungsaufwand und Begabtenkontrolle mehr kosten.

Weniger um „Haushaltssanierung" als in erster Linie um den ersten Schritt zum „Abbau des Studentenbergs" als Kernpunkt der bildungspolitischen

über verschärft angewendete Prüfungsbedingungen auf Grundlage der vorhandenen Gesetze und über Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenz laut nachgedacht. Eigentlicher Zweck der „Wende an den Hochschulen" ist die Durchsetzung einer anderen Qualifikationsstruktur für den Arbeitsmarkt. Einfach gesagt: Studiert werden soll nur noch insoweit auch tatsächlich akademisch gebildete Arbeitskräfte für den kapitalistischen Produktionsprozeß gebraucht werden. Krisenentwicklung, das Herannahen geburtenschwacher Jahrgänge in das Berufs- und Studienalter und nicht zuletzt die von den Wirtschaftsverbänden als „verfehlt"

das Schlimmste ist – zuwenig Kandidaten zu Berufsausbildungen minderer Qualifikation gibt. Das ist ein wesentlicher Grund für den geplanten „Abbau des Studentenberges", für die Ökonomisierung und Konzentration des Hochschulbetriebs und für das Schwadronieren über den Ingenieurmangel und über eine Renaissance naturwissenschaftlicher Bildung.

Die Kritik von der „Bildung nur für Reiche" trifft diese Entwicklung allenfalls ungenau. Außerdem, auch bei Durchsetzung dieser „Wende" wird die dann drastisch verminderte Studentenzahl zum großen Teil den Lohnabhängigen entstammen. An den wirklichen

riellen Betroffenheit" durch die BAföG-Beschlüsse entwickeln kann; demnach ginge es nur eine Minderheit an. Deshalb, und weil sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse der großen Mehrheit der Studenten nicht darauf reduzieren lassen, kann darin keine Perspektive liegen. Es ist das alte Lied: Eine große Demo, wobei jetzt schon klar ist, daß viele in erster Linie nicht wegen der BAföG-Beschlüsse hingehen, und dann Schluß.

Warum steigt aber überhaupt die Zahl der Studenten weiter trotz immer miserabler werdender sozialer Verhältnisse? Es ist der Ausdruck des Bedürfnisses nach Bildung und der Hoffnung

Sprengung der BAföG-Ruine

Die CDU/CSU/FDP-Regierung will gleich jegliche soziale Ausbildungsförderung beseitigen

jöf. Auf der Kabinettsitzung vom 3.11. hat die CDU/CSU-FDP-Regierung auf Grundlage der getroffenen Koalitionsvereinbarungen beschlossen, ab Herbst 1983 Ausbildungsförderung an Studenten *nur noch* als Volldarlehen und an Schüler nur noch dann, wenn sie *nicht* am Wohnort der Eltern leben, zu gewähren. Außerdem wird der Bedarfssatz für Schüler von 275 DM auf 200 DM und der Elternfreibetrag von 1400 auf 1100 DM gesenkt. Knapp 500000 Schüler, davon 150000 im zweiten Bildungsweg (34,2%), erhalten derzeit BAföG; 80% der geförderten Schüler stammen aus Familien mit einem Nettoeinkommen unter 2000 DM. Setzt sich das Regierungsvorhaben durch, wird die Zahl der geförderten Schüler auf unter 100000 schrumpfen. Laut dem DSW würde damit bei Familien mit alleinverdienendem Vater und zwei bei den Eltern wohnenden schulpflichtigen (und bisher geförderten) Kindern das Einkommen im Durchschnitt um 30% sinken.

Bei einem Studenten, der während eines zehnsemestrigen Studiums Volldarlehen in Anspruch nimmt, würden sich ca. 40000 DM Schulden anhäufen, die dann innerhalb von 20 Jahren mit einem monatlichen Mindestbetrag von 120 DM zurückzuzahlen sind. „Arbeitslose und Bezieher geringerer Einkommen" sollen laut CDU-Bildungsministerin D. Wilms befreit sein. Für einen Fachhochschulingenieur bei der Bundespost würde es immerhin eine regelmäßige Gehaltskürzung von 6% bedeuten. Aufgrund der sowieso schlechten Berufsaussichten für Akademiker und späterer Lohnabhängigkeit für die meisten unter Berücksichtigung der Tendenz der Einebnung der Einkommen auf das Niveau nicht akademisch ausgebildeter Lohnabhängiger droht durch den Schuldenberg soziale Deklassierung, was auch gezielt künftige Generationen vom Studium abhalten soll. Über die genauen Modalitäten der Darlehensvergabe ist sich die Regierung noch nicht einig. Sollte nicht der Staat sondern die Banken Ausbildungsdarlehen vergeben, wird es noch um einiges schlimmer. Bei einem für fünf Jahre gewährten Darlehen in Höhe von 700 DM monatlich bei üblichem Zinssatz von 7% würde dann der Schuldenberg auf 50000 DM anwachsen. Außerdem: Bisher war der Staat kaum in der Lage, die bisherigen BAföG-Darlehen einzuziehen; viele haben bisher keinen Pfennig zurückgezahlt. Der Verwaltungsaufwand ist immens, was die staatliche Eintreiberei lähmte. Selbst wenn sich dies in Zukunft hin zu rigoroserem Schuldeneintreiben ändern sollte, ist es vergleichsweise härter, in die Klauen der Banken zu geraten.

Um spalterische Wirkungen, mehr Konkurrenz und die Illusion vom „individuellen Ausweg" zu schüren, hat sich die reaktionär-liberale Koalition gemäß der Demagogie „jedem *seine* Chance" etwas besonders ausgedacht: Wer in kürzerem Zeitraum als vorgeschrieben ein Examen mit guter Leistung erbringt, bekommt einen Teil der Schulden erlassen; bei vier Monaten vorfristiger Beendigung 5000 DM, zusätzlich sollen 30% der „Begabtesten" eines Jahrgangs (mit den besten Examensnoten) 25% der Schulden erlassen bekommen. Wie dies ermittelt werden soll, hat Dorothee Wilms bisher nicht verraten. Nötig wäre dazu ein kostenintensiver Kontrollapparat, der „nebenbei" zu allerlei repressiven und bespitzelnden Maßnahmen verwandt werden könnte.

Allein hieran wird schon deutlich, daß es eigentlich um etwas anderes geht als um die „Sanierung der Staatsfinanzen", für die nun neben „Rentnern und Arbeitnehmern auch die Studenten Opfer bringen müssen". Wenn vom Übergang auf eine abrupte „Bankenregelung" abgesehen wird, werden die staatlichen Darlehen erst Ende der 80er Jahre und später allmählich an die Staatskasse zurückfließen, also keinen Deut „Sanierungswirkung" auf die kommenden Haushalte haben, vielmehr durch Verwaltungsaufwand und Begabtenkontrolle mehr kosten.

Weniger um „Haushaltssanierung" als in erster Linie um den ersten Schritt zum „Abbau des Studentenbergs" als Kernpunkt der bildungspolitischen Wende geht es bei dieser Sprengung der BAföG-Ruine, die die alte sozialliberale Koalition hinterlassen hat. Von der alten Regierung wurde das BAföG 1971 eingeführt, damit auch Kindern aus lohnabhängigen Verhältnissen der Hochschulzugang in breitem Maße möglich wurde. Ausschlaggebend waren damals die Bedürfnisse des Kapitals nach mehr akademisch gebildeten Arbeitskräften („Aktivierung der Bildungsreserven"), andererseits war die „Öffnung der Hochschulen" und die Möglichkeit eines Studiums weitgehend unabhängig vom elterlichen Geldbeutel. Ein Ergebnis der 68er Bewegung, worauf die sozialliberale Koalition eingehen mußte. Doch die gleiche Regierung war es auch, die das BAföG in seiner ersten Fassung systematisch unterhöhlte. Freibeträge wie Höchstsatz stiegen immer langsamer und fielen hinter der Einkommensentwicklung immer mehr zurück, was senkend auf Förderungshöhe und Zahl der Geförderten wirkte. Somit wurde mit dem BAföG zu keinem Zeitpunkt das Recht auf Zugang zum höheren Bildungswesen gesichert, nicht zu vergessen die Einführung der Darlehensförderung, des Anti-Streik-Paragraphen, der Leistungskontrollmechanismen, die das BAföG auch zu einem Repressionsinstrument zur Disziplinierung der Studenten machten. Heute bekommen weniger als 10% der Studenten *Vollförderung*; insgesamt bekommen noch etwa 30% BAföG-Zahlungen, gemessen an den objektiv „Förderungswürdigen" eine Minderheit.

Bewaffneter Kampf jetzt contra „parlamentarischen Kretinismus" – einzige Alternative für Perus Linke?

Leserbrief der PCdelP

Wir haben Ihren Artikel „Kann das Volk einen chilenischen Weg verhindern?" in der KVZ vom 27.8.1982 mit Erschrecken zur Kenntnis genommen. Dies um so mehr, als Ihre Wochenzeitung vorgibt, eine kommunistische Volkszeitung zu sein. Daraus entnehmen wir, daß Sie den Anspruch erheben, eine fortschrittliche Zeitung zu redigieren. Da wir Ihre Bruderorganisation PCR, Partido Comunista Revolucionario, zur Genüge kennen, wundern wir uns nicht über die Tendenz und die politische Linie Ihres Artikels. Wir verlangen aber von einer „linken" Zeitung soviel an Solidarität, daß zumindest der Versuch unternommen wird, unseren Kampf in Peru halbwegs „objektiv"darzustellen. Dies ist bei Ihrem Artikel in keinster Weise der Fall. Selbst bürgerliche bis reaktionäre Tageszeitungen bringen uns da mehr Verständnis und „Objektivität" entgegen als Sie

Zur Sache selbst: 1. Der Artikel gibt vor, daß Guerillaaktionen in Lima und Umgebung durchgeführt wurden. Die PCdelP übernimmt die volle Verantwortung für die Aktionen am 23.8. in Vilashuaman, am 25.8. in Luricocha und am 30.8. in Lima. Jede Behauptung von interessierter Seite, daß es sich hierbei um Provokationen des Staatsapparates zur Herbeiführung von Repressionsmaßnahmen wie der Verhängung des Ausnahmezustandes handelt, entbehren absolut jeder Grundlage.

2. Es ist eine absolute Ungeheuerlichkeit, den Kampf der Guerilla damit zu verleumden, daß sie angeblich mit Rauschgiftringen zusammenarbeitet oder gar von diesen Kriminellen gesteuert wird. Sie benutzen die gleiche Terminologie wie die reaktionäre Regierung Belaúnde, die von „Narcoterroristen" spricht. Bei der Befreiung der Genossen aus dem Gefängnis in Ayacucho gelangten auch Rauschgifthändler ins Freie. Daraus den Schluß zu ziehen, hier gäbe es eine Verbindung, ist lächerlich. Bei der Befreiungsaktion der Genossen konnte wohl schlechterdings nicht geprüft werden, wer im einzelnen ins Freie gelangt. Hätten wir vielleicht vorher bei der Gefängnisverwaltung anrufen sollen, vor der nächtlichen Aktion die Rauschgifthändler in andere Zellen zu verlegen? Dieser Teil des Artikels kann nur aus der Feder eines Schreibtischrevolutionärs stammen, dessen Praxis über Gorleben nicht hinausgekommen ist.

3. Es wird von atypischer Präzision gesprochen. Was nicht sein darf, kann wohl nicht sein. Die Partei hat sich jahrelang auf den Guerillakrieg vorbereitet. Sie hat aus den Fehlern anderer gelernt. Damit eine erneute Verbindung zu den Finanzkreisen der Rauschgiftmafia herstellen zu wollen, ist infam. Das ist doch genau das Programm von Reagan und seinen Schülern in Peru und überall auf der Welt, den Guerillakampf als Terrorismus in Zusammenhang mit allen möglichen Kriminellen selbst als kriminell darzustellen. Wir staunen, daß die KVZ die gleiche Sprache spricht.

4. Selbst die Reaktion kommt nicht umhin, uns zuzugestehen, daß wir Unterstützung bei der Bevölkerung, insbesondere den armen Bauern haben. Daß diese Unterstützung aus der miserablen Lebenssituation der Massen und ihres jahrelangen Kampfes entspringt, ist Ihrem Autor vollkommen entgangen. Daher wohl sein absurder Rückgriff auf die religiöse Verehrung. Ihr Autor könnte es mit Martin Gerster von der FAZ oder Billy Graham ohne Sorge aufnehmen. Die Geschichte wird ihm allerdings seinen entsprechenden Platz auf dem Misthaufen der bürgerlichen Schreiberlinge nicht vorenthalten.

5. Dem Autor sollte doch wohl soviel bekannt sein, daß es keine Guerillagruppe gibt, die sich „Sendero Luminoso" bezeichnet. Es ist die PCdelP, die den Kampf als Vorhut des Proletariats führt und mit den Bauern als Hauptkraft. Das mögen für „grüne" Kommunisten vom Schlage des KBW zwar alte Sprüche sein, sollte aber doch zumindest als Behauptung unsererseits erwähnt werden, damit Ihre Leser wenigstens erfahren, welches unsere „Religion" ist, nämlich der Marxismus-Leninismus-Maoismus. Daß das Ihnen wahrscheinlich nicht gefällt, steht auf einem anderen Blatt. Sie sollten sich aber damit wenigstens öffentlich auseinandersetzen und Mao Tsetung oder „Che" Guevara nicht auf die Stufe der Christen zerren. Sie werden schon merken, daß diese Ideen nicht tot sind. Schon blüht der Beginn der Guerilla in Venezuela unter den gleichen Ideen und morgen wird er woanders entstehen.

6. Daß Ihr Autor entweder keine Ahnung von den peruanischen Verhältnissen hat oder aber reaktionäre Absichten verfolgt, geht daraus hervor, daß er meint, die von Velasco durchgeführten „Reformen" hätten die Forderung der Linken erfüllt. Vielleicht solcher Pseudolinker wie Sie. Oder vielleicht jener moskautreuen Lakaien, mit denen Sie sich ja nicht auf eine Stufe stellen, es sei denn, sie folgen auch hier als gelehriger Schüler den chinesischen Revisionisten. Die Land„reform" hat an Stelle der Großgrundbesitzer den reaktionären Staat gestellt, der in der Hand der herrschenden Klassen ist. Das vormals vom Großgrundbesitz geraubte Land mußte zudem noch bezahlt werden. Für die Mehrheit der Bauern hat sich absolut nichts geändert. Nach wie vor gilt: „Das Land dem, der es bebaut!" Daß der Grund für das Scheitern der „Reform" am Mangel an Kapital liegt, mag der Autor bei der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds gelesen haben. Deshalb wird es nicht richtiger. Dies ist falsche Zeugenaussage. Solange nicht der Staat der Neuen Demokratie errichtet worden ist, gibt es keine wahre „Reform".

7. Da die Revisionisten von Moskau bis Peking den chilenischen Weg gehen, ist auch die chilenische Antwort vorprogrammiert, es sei denn, die Massen treten unter Führung der Partei dem chilenischen Weg der Reformen standhaft entgegen und machen die Revolution. Dies ist die Aufgabe der PCdelP, und sie wird verantwortungsvoll und gewissenhaft durchgeführt.

Madrid, den 10.10.1982

Auslandsabteilung der PCdelP

Einige Anmerkungen

Die Partido Comunista del Peru (PCdelP), die uns den hier abgedruckten Brief hat zukommen lassen, ist aus einer der zahlreichen Abspaltungen von der an der Sowjetunion und Kuba orientierten Kommunistischen Partei Perus (PCP) hervorgegangen. In den Auseinandersetzungen zwischen revisionistischen, trotzkistischen und an der VR China orientierten Strömungen während der 60er Jahre konnten letztere vor allem unter den Intellektuellen Mehrheiten gewinnen. 1964 schlossen sie nach eigener Angabe „die Bannerträger des Revisionismus" aus. 5 Jahre später erklärte sich eine PCdelP zur wiederaufgebauten marxistisch-leninistisch-maoistischen Partei. Die 60er Jahre waren zugleich die Hochzeit des Guerillakampfes, aber auch die Jahre seiner Niederschlagung durch die Armee Beláundes.

Anfang der 70er Jahre erfolgten weitere Spaltungen der kommunistischen Bewegung. PCdelP-Patria Roja (Rotes Vaterland) und -Bandera Roja (Rote Fahne) entstanden. Unter der Führung des Personaldirektors der Universität von Ayacucho, Abimael Guzmán, spaltete sich wiederum eine Gruppe der Roten Fahne ab, die die Strategie des langdauernden Volkskriegs und der Eroberung der Städte vom Land her für die aktuell angemessene hielt (in Abgrenzung von der Focus-Theorie Che Guevaras und anderer) und sich heute noch an der chinesischen Kulturrevolution orientiert.

Diese Gruppe, die sich, neben anderen, PCdelP nennt, beruft sich wie fast alle kommunistischen Strömungen Perus auf das Erbe Mariáteguis, der Ende der 20er Jahre einen peruanischen Weg zum Sozialismus entwarf, worin er dem Bündnis mit den indianischen Bauern und der Entfaltung und organischen Weiterentwicklung ihrer traditionellen Produktionsweise, Sprache und Kultur besondere Bedeutung beimaß. Eine Schrift Guzmáns soll mit den Worten „Según el sendero luminoso de Mariátegui" (Gemäß dem leuchtenden Pfad Mariáteguis) beginnen – daher die Bezeichnung dieser Gruppe als „Sendero Luminoso" durch Außenstehende (und die Leugnung einer Organisation dieses Namens durch die Partei selbst).

1979, im Jahr der Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, „beschloß ... das ZK, den bewaffneten Kampf zu beginnen". Die Gruppe konnte sich mit Teilen der Vanguardia Revolucionario (VR) verbünden, die ebenfalls den Volkskrieg propagiert. Eine der ersten bewaffneten Aktionen war der Angriff auf das Wahllokal im südlich von Ayacucho gelegenen Chuschi einen Tag vor den allgemeinen Wahlen im Mai 1980.

Wieweit die zahlreichen Aktionen und Sabotageakte seitdem die Unterstützung der Campesinos genießen, ist umstritten. Das Wasser, das der Fisch braucht, speist sich teils aus dem – meist passiven – Widerstand gegen die katastrophale Wirtschaftslage, die Armut, die im Andenhochland besonders kraß ist und u.a. zum Anwachsen der Slums rund um die Städte wie Ayacucho und viele andere führt, teils aus dem Terror der Polizei. Insbesondere die Sinchis, eine Spezialtruppe der Guardia Civil, nehmen die Existenz der Guerilla oft genug zum Anlaß, unter dem Schutz des Notstands ganze Dörfer einzukreisen, ihre Bewohner zu verhaften, zu foltern, zu töten. Die Regierung breitet den Mantel des „Kampfs gegen den Terrorismus" darüber.

Auf der anderen Seite arbeitet die Guerilla – oder solche, die sich dafür ausgeben; zwischen „echten" und rechten Provokateuren läßt sich oft schwer unterscheiden – auch mit dem Mittel der Einschüchterung und des individuellen Terrors gegen „Verräter" dort, wo sich Teile der indianischen Bevölkerung beispielsweise der Entscheidung eines „Volksgerichts" zur Exekution eines Dorfvorstehers widersetzen.

Die Guerilla selber wird auf etwa 500 Leute geschätzt. Der Verdacht eines taktischen Bündnisses mit dem Rauschgifthandel findet sich indes nicht nur in bürgerlichen Organen.

Ein gewisser Aufschwung der Guerillaaktivität einzelner und der Sympathie dürfte insgesamt mit der Krise zusammenhängen, in der sich die gsamte Linke Perus seit dem Ende des Militärregimes befindet. Die PCdelP, von der hier die Rede ist, boykottierte die Wahlen zum nationalen Parlament wie zu den Kommunalparlamenten und bezichtigte alle übrigen, seit den Gemeinderatswahlen im Herbst 1980 in der „Izquierda Unida" (Vereinigte Linke) zusammengeschlossenen Parteien und Gruppen des „parlamentarischen Kretinismus". Diese Kritik erhält wohl u.a. dadurch Nahrung, daß die Opposition auf nationaler Ebene so wenig Initiative entwickeln, so wenig auszurichten vermochte, was den Spielraum und die Interessen der armen Massen betrifft, und den Kampf gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte (Antistreikgesetz, Antiterrorgesetz) nicht zusammenfassen kann.

Halbwegs erfolgversprechende Entwicklungsprojekte auf lokaler Ebene verstellen nun nach Auffassung der PCdelP den Blick für das revolutionäre Ziel. Daher die Polemik gegen den „Kapitalmangel" der schwachen – tatsächlich nicht ohne Zwang installierten – Kooperativen und die Aktionen gegen Projekte wie die landwirtschaftliche Außenstelle der Universität Ayacucho, die mit niederländischer und schweizerischer Hilfe arbeitete.

Die Broschüre „Entwickeln wir den Guerillakrieg" – eine im März dieses Jahres vom ZK der PCdelP herausgegebene flammende Streitschrift gegen die Reaktion samt aller in „teuflischer Arbeitsteilung" mit ihr verbundenen „Opportunisten" der Linken – läßt allerdings erst recht jeden Hauch einer positiven inhaltlichen Bestimmung der „bewaffneten Revolution", nach der „das Volk schreit", vermissen. *cof.*



Besuchstag im Gefängnis von Ayacucho. Einschußlöcher zeugen vom Angriff der Guerilla im März. Seitdem werden der Sympathie mit ihnen Verdächtige auf die Gefangeneninsel El Frontón bei Lima deportiert.

PCdelP übernimmt die volle Verantwortung für die Aktionen am 23.8. in Vilashuaman, am 25.8. in Luricocha und am 30.8. in Lima. Jede Behauptung von interessierter Seite, daß es sich hierbei um Provokationen des Staatsapparates zur Herbeiführung von Repressionsmaßnahmen wie der Verhängung des Ausnahmezustandes handelt, entbehren absolut jeder Grundlage.

2. Es ist eine absolute Ungeheuerlichkeit, den Kampf der Guerilla damit zu verleumden, daß sie angeblich mit Rauschgiftringen zusammenarbeitet oder gar von diesen Kriminellen gesteuert wird. Sie benutzen die gleiche Terminologie wie die reaktionäre Regierung Belaúnde, die von „Narcoterroristen" spricht. Bei der Befreiung der Genossen aus dem Gefängnis in Ayacucho gelangten auch Rauschgifthändler ins Freie. Daraus den Schluß zu ziehen, hier gäbe es eine Verbindung, ist lächerlich. Bei der Befreiungsaktion der Genossen konnte wohl schlechterdings nicht geprüft werden, wer im einzelnen ins Freie gelangt. Hätten wir vielleicht vorher bei der Gefängnisverwaltung anrufen sollen, vor der nächtlichen Aktion die Rauschgifthändler in andere Zellen zu verlegen? Dieser Teil des Artikels kann nur aus der Feder eines Schreibtischrevolutionärs stammen, dessen Praxis über Gorleben

nisten. Die Land„reform" hat an Stelle der Großgrundbesitzer den reaktionä-

Diese Gruppe, die sich, neben anderen, PCdelP nennt, beruft sich wie fast

Slums rund um die Städte wie Ayacucho und viele andere führt, teils aus

Gruppen des „parlamentarischen Kretinismus". Diese Kritik erhält wohl u.a. dadurch Nahrung, daß die Opposition auf nationaler Ebene so wenig Initiative entwickeln, so wenig auszurichten vermochte, was den Spielraum und die Interessen der armen Massen betrifft, und den Kampf gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte (Antistreikgesetz, Antiterrorgesetz) nicht zusammenfassen kann.

Halbwegs erfolgversprechende Entwicklungsprojekte auf lokaler Ebene verstellen nun nach Auffassung der PCdelP den Blick für das revolutionäre Ziel. Daher die Polemik gegen den „Kapitalmangel" der schwachen – tatsächlich nicht ohne Zwang installierten – Kooperativen und die Aktionen gegen Projekte wie die landwirtschaftliche Außenstelle der Universität Ayacucho, die mit niederländischer und schweizerischer Hilfe arbeitete.

Die Broschüre „Entwickeln wir den Guerillakrieg" – eine im März dieses Jahres vom ZK der PCdelP herausgegebene flammende Streitschrift gegen die Reaktion samt aller in „teuflischer Arbeitsteilung" mit ihr verbundenen „Opportunisten" der Linken – läßt allerdings erst recht jeden Hauch einer positiven inhaltlichen Bestimmung der „bewaffneten Revolution", nach der



Besuchstag im Gefängnis von Ayacucho. Einschußlöcher zeugen vom Angriff der Guerilla im März. Seitdem werden der Sympathie mit ihnen Verdächtige auf die Gefangeneninsel El Frontón bei Lima deportiert.

Niederlage für Reagan und „freeze"-Erfolge

kvz. Bei den Kongreßwahlen am 2. November gewannen die Demokraten im Repräsentantenhaus 26 Sitze, im Senat blieb es bei der Mehrheit der Republikaner. Die Interpretationen dieses Ergebnisses in der Presse reichen von einem noch erträglichen Ergebnis für Reagan bis hin zu einer schweren Niederlage. Praktisch ist jetzt in etwa folgendes zu erwarten. Auf jeden Fall zerstört ist die Koalition zwischen Republikanern und rechten Demokraten im Repräsentantenhaus. Reagan kann zwar mit seinem Veto jede Gesetzesinitiative des Kongresses blockieren aber er verfügt auch nicht mehr über eine stabile Koalition, um eigene Initiativen zu verwirklichen. Das dürfte vor allem für die politischen Initiativen der Rechten gelten, also u.a. Abtreibungsverbot. Um überhaupt handlungsfähig zu bleiben, wird die Reagan-Administration zu Kompromissen gezwungen sein, die ihr im wesentlichen die Fortführung des bisherigen Kurses nicht mehr erlauben werden. Vor allem in den Haushaltsberatungen wird Reagan nicht an einer kräftigen Kürzung der Militärausgaben vorbeikommen, die Sozialkürzungen werden kaum in dem Umfang durchsetzbar sein, wie er sich das dachte. Die letzte Rate seiner Steuersenkung könnte darüber auch kippen. – Gleichzeitig fanden Abstimmungen über das nukleare freeze statt. Die freeze-Kampagne gewann diese Abstimmung in 8 von 9 Staaten, in 14 von 15 Kreisen und in allen 15 Städten. So unterstützten z.B. 76% der Wähler in New Jersey die Forderung, 74% in Massachusetts, 65% in Oregon, 75% in Philadelphia und Chicago.

UN-Vollversammlung für Falklandverhandlungen

kvz. Mit 90:12 Stimmen nahm die UN-Vollversammlung am letzten Donnerstag eine Resolution an, in der die Aufnahme von britisch-argentinischen Verhandlungen über die Zukunft der Inselgruppe gefordert wird. 52 Länder hatten sich bei der Abstimmung enthalten, darunter die EG-Länder mit Ausnahme Großbritanniens, das dagegen, und Griechenlands, das dafür stimmte. Eingebracht worden war der Antrag von den Ländern Lateinamerikas. Der ursprüngliche Text war auf ihren Druck hin gemäßigter formuliert worden, Argentinien mußte hier eine Reihe von Zugeständnissen machen – z.B. auf die Nennung des Ziels der argentinischen Souveränität verzichten. Die Reaktionen auf diesen relativen diplomatischen Erfolg fielen in Argentinien selber moderat aus. Während die USA mit Lateinamerika stimmten, um ihr schlechtes Ansehen bei den südamerikanischen Völkern nicht noch mehr zu belasten, sind Diplomaten und Presse in Argentinien verärgert über die Enthaltung Frankreichs und Italiens. Doch weiß die Presse Argentiniens auch Gründe zu nennen: u.a. die jüngsten Enthüllungen über Hunderte verschwundener italienischer Staatsbürger seit dem Putsch von 1976, darunter vieler Kinder, deren Eltern ermordet wurden. – Die Reaktion im britischen Unterhaus über die neutrale Resolution, die den britischen Souveränitätsanspruch und folglich die Berechtigung ihres Eingreifens offensichtlich nicht einfach teilt, war erklärlicherweise verärgert, insbesondere was die Haltung der USA angeht. Doch man berief sich hier darauf, daß Resolutionen der UNO-Vollversammlung in keiner Weise bindend seien. Jedenfalls rechnet niemand damit, daß es in absehbarer Zeit tatsächlich zu Verhandlungen kommt. Der Kommentator der *Financial Times* erinnert im Zusammenhang mit der argentinischen Forderung an die UN-Charta, die in Artikel 73 festhält, daß „die Interessen der Bewohner von Territorien ohne eigene Regierung vorrangig sind", und daß es Argentinien war, das gegen die Charta verstoßen hat. Doch die enormen Kosten einer dauernden militärischen Besetzung sowie die beschränkten wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Falklandbewohner, solange die Kooperation mit den Nachbarländern abgeschnitten ist, lassen auch ihm mittelfristig eine andere Lösung wünschbar erscheinen, d.h. Verhandlungen unter Hinzuziehung von UN-Beobachtern mit dem Ziel einer internationalen Lösung, etwa unter UN-Mandat. Die Bewohner sollten konsultiert, aber nicht ermutigt werden, sich auf ewig auf die britische Unterstützung allein zu verlassen. Für eine solche internationale Lösung hat sich auch der stellvertretende Labour-Vorsitzender Healey ausgesprochen, der ansonsten die Enttäuschung der Thatcher über die verabschiedete Resolution teilt.

Amerikas geheimer Krieg

Daß die USA in Mittelamerika eine konterrevolutionäre Strategie verfolgen, dürfte zum Allgemeinwissen gehören. Ungewöhnlich ist aber schon, wenn ein amerikanisches Nachrichtenmagazin selber diese Politik in ihren Einzelheiten enthüllt. So das Magazin *Newsweek* in seiner vorletzten Ausgabe. Der Bericht schlägt sowohl in der Administration wie in der Solidaritätsbewegung in den USA hohe Wellen. Offensichtlich als erste Reaktion hat Reagan angekündigte Manöver an der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras auf unbestimmte Zeit verschoben. Wir veröffentlichen hier den größten Teil in eigener Übersetzung.

Aus offiziellen Quellen hat Newsweek letzte Woche erfahren, daß Negroponte (US-Botschafter in Honduras) eine ehrgeizige verdeckte Aktion leitet, um Exilanten aus Nicaragua für die Unterbrechung von Waffenlieferungen an linke Guerillas in El Salvador zu bewaffnen, auszubilden und zu führen. Aber die Operation hat ein weiteres Ziel: die von Kuba unterstützte Regierung von Nicaragua fortwährend unter Druck zu halten und zu unterminieren. Das Projekt ist schon auf Carters Bemühungen zurückzuführen, die Gemäßigten in Nicaragua zu unterstützen. Reagan fügte als Aufgabe hinzu, die kubanisch-nicaraguanische Waffen-Pipeline nach El Salvador zu unterbrechen. Der Plan, größtenteils mit großem Getöse und Machismo vom Stapel gelassen, droht nun statt dessen Honduras zu destabilisieren, die Marxisten in Nicaragua zu stärken und entlang der gewundenen Ufer des Coco Rivers das Ansehen der USA zu verzehren. Noch schlimmer, US-Offizielle räumten die Gefahr ein, daß die Operation einen Gegenangriff Nicaraguas gegen Honduras provozieren könnte, der die USA direkt in den Konflikt ziehen könnte. „Dies ist der große Reinfall der Administration, dies ist unsere Schweinebucht“, sagte ein US-Beamter.

Berichte über geheime Aktionen entlang der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras gibt es seit Monaten. Aber *Newsweek* hat umfangreiche Details einer Kampagne aufgedeckt, die weit über die ursprünglichen Absichten Washingtons eskaliert ist. Regierungsquellen erzählten *Newsweek*, daß schon 50 CIA-Leute in Honduras Dienst tun – sicherlich die längste Liste in Zentralamerika. Dieses Team wird durch Dutzende von Mitarbeitern ergänzt, einschließlich einer Anzahl pensionierter Militärs und Nachrichtendienstler. Argentinische Militärberater unterstützen die Aktion in Honduras; besondere, gegen die Sandinisten gerichtete, Aktivitäten sind in Mexiko und Venezuela in Vorbereitung.

Militärlager

Die kämpfenden Truppen wurden zusammengesetzt aus 2000 Miskito-Indianern, aus ca. 10000 Anti-Sandinisten aus Nicaragua selber und aus einer ausgewählten Gruppe früherer Nationalgardisten und -anhängern des gestürzten Diktators Anastasio Somoza. Sie haben 10 Ausbildungslager aufgebaut, die sich teils auf honduranischem und teils auf nicaraguanischem Territorium befinden. Ihre guerillaartigen Überfälle auf Brücken Nicaraguas,



quellen erzählten *Newsweek*, daß schon 50 CIA-Leute in Honduras Dienst tun – sicherlich die längste Liste in Zentralamerika. Dieses Team wird durch Dutzende von Mitarbeitern ergänzt, einschließlich einer Anzahl pensionierter Militärs und Nachrichtendienstler. Argentinische Militärberater unterstützen die Aktion in Honduras; besondere, gegen die Sandinisten gerichtete, Aktivitäten sind in Mexiko und Venezuela in Vorbereitung.

Militärlager

Die kämpfenden Truppen wurden zusammengesetzt aus 2000 Miskito-Indianern, aus ca. 10000 Anti-Sandinisten aus Nicaragua selber und aus einer ausgewählten Gruppe früherer Nationalgardisten und -anhängern des gestürzten Diktators Anastasio Somoza. Sie haben 10 Ausbildungslager aufgebaut, die sich teils auf honduranischem und teils auf nicaraguanischem Territorium befinden. Ihre guerillaartigen Überfälle auf Brücken Nicaraguas,



Ein honduranischer Colonel begleitet amerikanische Zivilisten von einem honduranischen Militärflughafen

Baustellen und Patrouillen sind dazu bestimmt, die Sandinistas unter Druck zu halten während der CIA nach einer neuen moderaten nicaraguanischen Führung Ausschau hält. Unter anderen versuchten die USA, Eden Pastora zu gewinnen – der frühere sandinistische als Kommandant Zero bekannte Held – nachdem er im Juli 1981 aus der Regierung zurückgetreten war. Dieser Versuch mißlang. „Pastora ist ein Mann, der keinen Penny vom CIA akzeptieren würde“, schwört einer seiner Partner. „Wenn er es täte, würde ich ihn töten.“

Die Operation warf einige sehr verwirrende Fragen auf: Verletzt sie nicht den Geist oder gar das geschriebene Wort der Einschränkungen des Kongresses über schmutzige Tricks – und würde sie eine schlechte Situation in Zentralamerika nicht noch schlechter machen? Ein Kongreßkomitee-Sprecher sagte, daß CIA-Direktor William Casey (der die Operation in Honduras persönlich inspizierte) die Kontroll-Komitees des Kongresses angemessen unterrichtet habe. Aber aus Kongreßkreisen sind Beschwerden zu hören, daß die Informationen des CIA abgemildert und unaufrichtig gewesen seien. Und andere fragten sich besonders, ob die Administration Grünes Licht für Pläne gegeben hat, die Unterbrechung kubanischer Waffenlieferungen an die Rebellen in El Salvador als Deckung für einen rücksichtsloseren Plan zu nutzen, die Sandinistas zu kippen. „Die Operation ist schon außer Kontrolle geraten und die Leute werden panisch“, heißt es. Laut einem US-Beamten war Außenminister George Shultz "aufgebracht" über das Schlamassel. Ein anderer sagt: "Nur Shultz kann das Blatt wenden – wenn noch Zeit bleibt."

Die Gemäßigten

Washingtons heimliche Verwicklung in Nicaragua begann, noch bevor Somoza aus dem Land floh. 1978, als die Dynastie nahe dem Kollaps war, unterschrieb Jimmy Carter einen „Befund“,

Komitees des Kongresses angemessen unterrichtet habe. Aber aus Kongreßkreisen sind Beschwerden zu hören, daß die Informationen des CIA abgemildert und unaufrichtig gewesen seien. Und andere fragten sich besonders, ob die Administration Grünes Licht für Pläne gegeben hat, die Unterbrechung kubanischer Waffenlieferungen an die Rebellen in El Salvador als Deckung für einen rücksichtsloseren Plan zu nutzen, die Sandinistas zu kippen. „Die Operation ist schon außer Kontrolle geraten und die Leute werden panisch“, heißt es. Laut einem US-Beamten war Außenminister George Shultz "aufgebracht" über das Schlamassel. Ein anderer sagt: "Nur Shultz kann das Blatt wenden – wenn noch Zeit bleibt."

Die Gemäßigten

Washingtons heimliche Verwicklung in Nicaragua begann, noch bevor Somoza aus dem Land floh. 1978, als die Dynastie nahe dem Kollaps war, unterschrieb Jimmy Carter einen „Befund“,

wie es vom Gesetz nach Watergate verlangt wird, der die geheime CIA-Unterstützung demokratischer Elemente in der nicaraguanischen Gesellschaft authorisierte, z.B. die Presse und Gewerkschaften. Die Carter-Administration bemerkte richtig, daß angesichts des Niedergangs des Somoza-Regimes die von Kuba gestützten linken Kräfte versuchen würden, eher moderate Elemente abzudrängen. Amerikas finanzielle Unterstützung von Nicaraguas oppositionellen Kräften würde fortgesetzt und bleibt einer der vielen Punkte in der jährlichen „Klassifizierten Liste der Ermächtigungen“ des CIA.

Nachdem die Sandinistas ohnehin die Macht ergriffen hatten, ergriff die Reagan-Administration Maßnahmen, besorgt darüber, daß Nicaragua eine Plattform von Kuba-gesteuerter Subversion werden könnte. Reagans erster nationaler Sicherheitsberater, Richard Allen, arbeitete Pläne aus, um die Sandinistas unter Druck zu setzen. Der frühere Außenminister Haig und der stellv. Außenminister Thomas O. Enders zeigten sich wachsend besorgt darüber, daß die Sandinistas Waffen an linke Rebellen in El Salvador lieferten – viel davon über Honduras transportiert. In verschiedenen Treffen, sagt ein gutinformierter Regierungsbeamter, sprach Enders die Notwendigkeit aus, „die Sandinistas los zu werden“. „Die treibenden Kräfte bei dieser Aktion waren Haig und Enders. Der CIA und das Pentagon hatten Bedenken“, sagte ein Insider.

Verbindungsaktion

Zunächst konzentrierte sich die Planung der Administration vollständig darauf, die Unterstützungslinien für die salvadorianischen Rebellen von Kuba und anderen kommunistischen Ländern durch Nicaragua und Honduras nach El Salvador zu unterbrechen. Haig wies dann den Berater im Außenministerium, Robert McFarlane, an, eine Reihe von Alternativen auszuarbeiten. Höhere Beamte des Verteidigungsministeriums wiesen eine Blockade Kubas oder Nicaraguas zurück, indem sie darauf hinwiesen, daß die meisten der Waffenlieferungen per Luft abgewickelt würden. Regierungsbeamte sagen, daß McFarlane dann den CIA bat, eine mögliche verdeckte Aktion gegen die Hilfsverbindungen der Rebellen auszukundschaften, eine Mög-

früherer Außenminister Haig und der stellv. Außenminister Thomas O. Enders zeigten sich wachsend besorgt darüber, daß die Sandinistas Waffen an linke Rebellen in El Salvador lieferten – viel davon über Honduras transportiert. In verschiedenen Treffen, sagt ein gutinformierter Regierungsbeamter, sprach Enders die Notwendigkeit aus, „die Sandinistas los zu werden“. „Die treibenden Kräfte bei dieser Aktion waren Haig und Enders. Der CIA und das Pentagon hatten Bedenken“, sagte ein Insider.

Verbindungsaktion

Zunächst konzentrierte sich die Planung der Administration vollständig darauf, die Unterstützungslinien für die salvadorianischen Rebellen von Kuba und anderen kommunistischen Ländern durch Nicaragua und Honduras nach El Salvador zu unterbrechen. Haig wies dann den Berater im Außenministerium, Robert McFarlane, an, eine Reihe von Alternativen auszuarbeiten. Höhere Beamte des Verteidigungsministeriums wiesen eine Blockade Kubas oder Nicaraguas zurück, indem sie darauf hinwiesen, daß die meisten der Waffenlieferungen per Luft abgewickelt würden. Regierungsbeamte sagen, daß McFarlane dann den CIA bat, eine mögliche verdeckte Aktion gegen die Hilfsverbindungen der Rebellen auszukundschaften, eine Mög-

lichkeit, die vielversprechender war und weniger politisch riskant als der direkte Einsatz von amerikanischen Streitkräften. Bald diskutierten Haigs Botschafter General Vernon Walters, dieser ausführlich, sowie andere Beamte, mögliche gemeinsame verdeckte Aktionen mit konservativen lateinamerikanischen Regierungen, darunter Argentinien, Guatemala und Honduras.

Im letzten Dezember unterschrieb Reagan seinen eigenen „Befund“, der den von Carter ausdehnte und den CIA autorisierte, mit im Exil lebenden Dissidenten aus Nicaragua in Verbindung zu treten und paramilitärische und politische Operationen durchzuführen; um die Verschiffung von Waffen von Nicaragua an Guerillas in El Salvador unmöglich zu machen. Ein zweites Dokument, bekannt als ein „Spielraum-Papier“, umriß zulässige Aktionen und ihre geschätzten Kosten. In einer ersten Phase sollte nach dem Plan eine 500 Mann starke, von den USA trainierte Streitkraft bei Kosten von 19,9 Mio. Dollar gebildet werden. Argentinien würde eine zusätzliche 1000 Mann-Truppe ausbilden. „Der Schwerpunkt lag auf Aktionen, die den Fluß von Waffen an Guerillas in freundlich gesinnten Ländern unterbrechen würde“, sagte ein Informant, der beide Dokumente gelesen hatte. „Nirgendwo sprechen sie über den Sturz einer Regierung.“ Aber ein höherer Beamter, der an den Entscheidungen beteiligt war, räumte ein, daß „es sekundäre und tertiäre Konsequenzen gibt, die man nicht kontrollieren kann“ – so z.B. den Sturz der sandinistischen Regierung.

Nach Berichten von US-Beamten wurde die Stärke des CIA-Stützpunktes in Honduras verdoppelt auf ungefähr 50, mit der Anweisung, bei der Unterbrechung der Waffenlieferungen zu helfen und zwar durch Ausbildung der honduranischen Geheimdienst-und Sicherheitskräfte in nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und Verhören, Bereitstellung logistischer Unterstützung für Überfälle nach Nicaragua, Unterstützung der honduranischen Küstenwache und Hilfe bei der Ausbildung von antisandinistischen Nicaraguanern durch Argentinien und andere Nicht-



gibt, die man nicht kontrollieren kann“ – so z.B. den Sturz der sandinistischen Regierung.

Nach Berichten von US-Beamten wurde die Stärke des CIA-Stützpunktes in Honduras verdoppelt auf ungefähr 50, mit der Anweisung, bei der Unterbrechung der Waffenlieferungen zu helfen und zwar durch Ausbildung der honduranischen Geheimdienst-und Sicherheitskräfte in nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und Verhören, Bereitstellung logistischer Unterstützung für Überfälle nach Nicaragua, Unterstützung der honduranischen Küstenwache und Hilfe bei der Ausbildung von antisandinistischen Nicaraguanern durch Argentinien und andere Nicht-

Nicaraguaner in Sabotage-Aktionen mit durch die Amerikaner gelieferten leichten Waffen.

Washington hatte schon einmal Honduras als Basis für ein Destabilisierungsprogramm benutzt: 1954, als die USA die reformerische Regierung von Jacobo Arbenz in Guatemala kippte. In der Sicht der Reagan-Administration war Honduras selber in gefährlicher Weise verletzbar geworden durch die von Kuba ausgehende Ausbreitung des Kommunismus. Nach der Revolution von 1979 in Nicaragua war es Honduras gelungen, relativ ruhig und größtenteils unbetroffen zu bleiben, indem es einfach darüber hinwegsah, als kubanisch-nicaraguanische Waffen das Land nach El Salvador passierten. „Es gab eine Art Verständigung darüber, daß die *Subversivos* uns nicht beachten, wenn wir sie nicht beachten“, sagte ein honduranischer Armee-Offizier.

Speerspitze

Das änderte sich, als John Negroponte (als neuer Botschafter, d.Übers.) ankam. Er war für diesen Job besonders ausgewählt worden und erstattete Bericht an Enders, mit dem er während des Vietnam-Krieges in Südostasien zusammengearbeitet hatte, später unter dem damaligen Nationalen Sicherheits-Berater Kissinger. „Negroponte ist die Speerspitze“, sagte ein Insider aus Washington, „er wurde durch Haig und Enders dort heruntergeschickt, um die Aktion ohne irgendwelche Skrupel auszuführen“.

Negroponte schloß enge Verbindungen mit mächtigen Honduranern, besonders zum Kommandeur der Streitkräfte, General Gustavo Aldolfo Alvarez, der immer noch, trotz der im Januar erfolgten Wahl von Präsident Roberto Suazo Cordova, des ersten zivilen Präsidenten seit 9 Jahren, der mächtigste Honduraner ist. „Die diskutierten, was getan werden sollte, und dann tat Alvarez das, was Negroponte ihm sagte“, sagte sinngemäß ein Mitglied des militärischen Hohen Kommandos. Die beiden schienen sich gegenseitig nicht zu mögen, erzählte ein

und Enders dort heruntergeschickt, um die Aktion ohne irgendwelche Skrupel auszuführen“.

Negroponte schloß enge Verbindungen mit mächtigen Honduranern, besonders zum Kommandeur der Streitkräfte, General Gustavo Aldolfo Alvarez, der immer noch, trotz der im Januar erfolgten Wahl von Präsident Roberto Suazo Cordova, des ersten zivilen Präsidenten seit 9 Jahren, der mächtigste Honduraner ist. „Die diskutierten, was getan werden sollte, und dann tat Alvarez das, was Negroponte ihm sagte“, sagte sinngemäß ein Mitglied des militärischen Hohen Kommandos. Die beiden schienen sich gegenseitig nicht zu mögen, erzählte ein

Helfer von Alvarez, weil „sie beide die Armee leiteten, obwohl nur einer von ihnen den dafür nötigen Titel besaß“. Alvarez' G-2 Militär-Nachrichtendienst-Agenten agierten als Verbindungsleute zu den *contras* und Alvarez selber erstattete Bericht an Negroponte. Zusätzlich, so berichteten zwei Beamte in Washington, ist Alvarez' Militär der Hauptkanal für leichte Waffen, die an nicaraguanische Exilanten geliefert werden, und das Hauptverbindungsglied zu den argentinischen Militärberatern in Honduras. Alvarez hat Gründe mitzuarbeiten: in den vergangenen zwei Jahren hat die US-Hilfe an Honduras insgesamt 187 Mio. Dollar erreicht. Ein Hilfspaket von 78,3 Mio. Dollar wurde für das Jahr 1983 vorgesehen.

Das Projekt stellte sich als schwieriger heraus als erwartet. Die Unterstützungslinien der Rebellen waren nicht zu fassen: als die honduranische Armee scharf gegen Waffentransporte durch das Land vorging, erhielt die Linke Hilfe per Luft und See. Zur selben Zeit unternahmen die Sandinistas eine massive militärische Aufrüstung. Angesichts des neuen Drucks weitete sich der Plan gegenüber seinen ursprünglichen Beschränkungen aus. „Es wurde klar, daß die Blockade der Straßen von Nicaragua nicht ausreichte“, heißt es aus einer Quelle. „Es war notwendig, die Kosten für die Einmischung in El Salvador für die Sandinistas und Kubaner anzuheben.“

Probleme

Das bedeutete letztlich grenzüberschreitende Aktionen – und das erwies sich wiederum als schwieriger, als es Washington geplant hatte. Zunächst, nach Angaben von Quellen in Honduras, reduzierten die Argentinier ihre Beteiligung am geheimen Ausbildungsprogramm und an der offenen Ausbildung der honduranischen Armee nach dem Ausbruch des Falkland-Krieges. (Washingtoner Beamte sagten aber, daß es letzte Woche um die 20 argentinische Ausbilder im Land gab und daß sich die Zahl während des Falkland-Krieges nicht merkbar verändert hatte.) Dann erwiesen sich die Miskito-Indianer, die gewaltsam aus ihren Häusern entlang der Grenze Nicaragua-Honduras vertrieben worden waren, als eifrige Soldaten aber als moderne nicht vielversprechend. „Die Indianer lernen nicht besonders schnell", sagt ein Gutinformierter.

Solche Probleme führten bald zu fremden Bettgenossen. Als die verdeckte Politik begann, wurden direkte US-Händel mit exilierten Somoza-Anhängern offiziell ausgeschlossen. „Unsere Leitlinien stehen verdammt fest", sagt ein höherer US-Beamter. „Zu keinem Zeitpunkt gab es die Erlaubnis, mit den Somoza-Leuten Abmachungen zu treffen." Aber unter dem Druck von Haig und Enders, einige Erfolge gegen die Sandinistas vorzuweisen, wandte sich Negroponte der einzigen verheißungsvollen Gruppe zu – den Somozisten. „Negroponte war es, der mit den Nationalgardisten und den Somoza-Leuten zusammenzuarbeiten begann", sagt ein US-Beamter. „Das war nicht der ursprüngliche Plan. Er mußte improvisieren." Quellen sowohl in Washington wie in Honduras sagen, daß der Botschafter vorsichtig genug war, mit den Somozisten über Verbindungsleute zu verhandeln, um sich ein späteres Ableugnen offenzuhalten. Letzte Woche nach US-Unterstützung für Somoza-Leute und andere contras befragt, antwortete Negroponte: „Kein Kommentar, kein Kommentar und ein dickes fettes: kein Kommentar." Über seine eigenen Kontakte sagte er: „Den einzigen Nicaraguaner, den ich kenne, ist der Botschafter Nicaraguas in Honduras. Der einzige Nicaraguaner, mit dem ich offiziell zu tun habe, ist der Botschafter."

Zur selben Zeit suchte die Reagan-Administration nach einem Führer, um den die Opposition aufgebaut werden sollte. Niemand, der mit den verhaßten Somozisten in Verbindung stand, war geeignet, der attraktivste Kandidat war Pastora – Kommandant Zero. Nachdem er 1981 die Regierung verlassen hatte, tauchte er letzten April plötzlich in Costa Rica auf, prangerte seine früheren Kameraden als „Verräter und Mörder" an und kündigte an: „Ich werde sie mit Kugeln aus ihren Herrschaftshäusern und Mercedes-Benz-Wagen vertreiben." Der CIA versuchte zum erstenmal, Pastora zu gewinnen, nachdem er die sandinistische Regierung verlassen hatte, aber er war nicht bereit zu kooperieren. Nachdem Negroponte die Zusammenarbeit mit den Somozisten begonnen hatte, war wohl jede Chance, Pastora zu rekrutieren, vergeben.



Negropoute

Abspenstig gemacht

Negroponte hat ihn nun kaltgestellt. Pastora und anderen desillusionierten Sandinisten, wie dem früheren Junta-Mitglied Alfonso Robelo, wurde gesagt, daß „Honduras für uns geschlossen ist, wir können hier nicht arbeiten", wie einer von ihnen sagt. *Newsweek* hat erfahren, daß Pastora seit dem Frühjahr zwei geheime Reisen nach Honduras unternommen hat, um Unterstützung zu gewinnen und Basis-Lager einzurichten. Beide Male wurde er durch das Militär faktisch unter Hausarrest gestellt. „Er konnte kein Telefongespräch führen, geschweige denn eine Gegen-Gruppe organisieren", erzählt ein honduranischer Offizier. „Der Befehl kam von Alvarez selber, daß unsere amerikanischen Freunde es nicht wünschten, daß dieser Kerl irgendwie am Spiel teilhat." Als Ergebnis hat Negroponte die einzige Gruppe abspenstig gemacht, die am ehesten breite Unterstützung innerhalb Nicaraguas auf sich ziehen könnte, trotz der intendierten Absichten Washingtons. „Es ist gar keine Frage, daß Nicaragua reif für einen Wechsel ist", sagt ein europäischer Beobachter in der Region. „Aber die USA unterstützen die einzige falsche, die einzige wirklich schlechte Alternative."

Nachdem Negroponte und die Somozisten Partner geworden waren, begannen die neuen amerikanischen Verbündeten, Washingtons Geschicke in die Hand zu nehmen. Die Somozisten in Honduras waren schon ausgebildete Soldaten, unterstützt von wohlhabenden Exilanten in Miami. Mit dem zusätzlichen Aufschwung stillschweigender US-Hilfe nahmen sie bald eine führende Position unter den konkurrierenden Oppositionsgruppen ein. Sie entwickelten auch ihren eigenen privaten *Plan Nr. 1:* die in Honduras verbliebenen Lager über die Grenze nach Nicaragua zu verlagern, dann die schon in Nicaragua eingerichteten Lager weiter Richtung Managua zu bewegen und schließlich an der Hauptstadt vorbei in den Süden. Wenn die Zeit gekommen ist, sagen die Somozisten, werden sie ihren losen Ring von Stützpunkten gegen Managua zusammenziehen und die Sandinistas vertreiben. Und dann? „Wenn es eine Konterrevolution gibt, wird es ein Massaker in Nicaragua geben", verspricht einer ihrer Offiziere. „Wir haben eine Menge Rechnungen zu begleichen. Der Weg von der Grenze nach Managua wird mit Leichen gepflastert sein."

Das war offensichtlich nicht das, was Washington vorhatte. Trotz des schmutzigen kleinen Krieges gibt es sowohl für eine massive Gegeninvasion als auch für einen Grenzkrieg zwischen Nicaragua und Honduras kaum Unterstützung in Washington. Statt dessen ist der beständige Druck von den Grenzgebieten auf Nicaragua geschaffen worden, um die vier Jahre alte sandinistische Regierung in einen nervös machenden Zustand der Alarmbereitschaft zu halten. Während US-Beamte behaupten, daß das vorrangige Ziel der Operation die Unterbrechung der Hilfsrouten bleibt, hoffen sie auch, daß sich eine bedrohte sandinistische Regierung durch weitere Unterdrückung ihrer inneren Opposition selber auf den Hund bringt, indem sie die Entschlossenheit der moderaten Kräfte zum Widerstand stärkt. „Falls das passiert", sagt ein US-Beamter in Zentralamerika, „dann werden die Sandinisten wie ein Kartenhaus im Wind zusammenklappen."

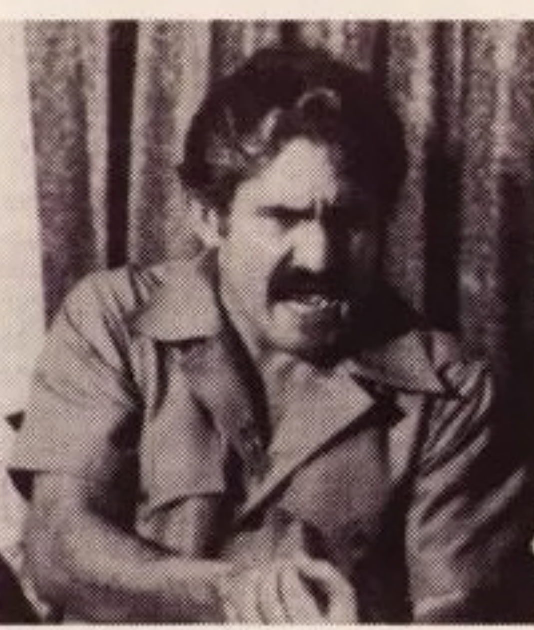
Schmaler Grat

Obwohl die Reagan-Administration und die Somozisten in der Strategie nicht übereinstimmen, hat sich die Verstrickung der USA mit den contras gesteigert. Wenn Ausrüstung, z.B. Helikopter und Radios, kaputt gehen, werden sie von Amerikanern repariert. Amerikaner richteten das Guerilla-Ausbildungssystem ein, und die contras zu bewaffnen war leicht: die massive amerikanische Aufrüstung des honduranischen Militärs setzte ältere honduranische Ausrüstung frei, die für konterrevolutionäre Stützpunkte abgezweigt wurde. Die Amerikaner betraten bald den schmalen Grat zwischen Unterweisung von Aufständischen und dem Anzetteln von Aktionen, für die sie ausgebildet wurden. Obwohl es Amerikanern strikt verboten ist, bei Aktionen mitzugehen, sagt ein Veteran anderer paramilitärischer Aktionen: „Das passiert unvermeidlich ... Du verlierst den Kredit bei den Leuten, die du ausbildest, wenn du dich vollständig verkriechst."

Negroponte besteht darauf, daß seine Strategie präzise den Anweisungen aus Washington folgt. Aber andere Quellen behaupten, daß Negroponte Telegramme der Botschaft zensiert, so daß Washington nur das erfährt, was er will, und daß er mit wenig Einschränkungen und Nachfragen von höheren Stellen zu agieren scheint. „Haig und Enders gaben Negroponte volle Autonomie", sagte ein hochgestellter Insider in Honduras. Ein anderer fügte hinzu: „Viele von uns denken, daß der Botschafter etwas mehr Heimweh haben sollte – daß er dann und wann nach Hause telefonieren sollte. Aber ich bin sicher, daß seine Behauptung sein würde, daß ‚zu Hause' sagen würde: Geh vorwärts und mach, was du für richtig hältst. Er muß nur sich selber Rede und Antwort stehen."

So oder so, eigentlich sagt jeder fachkundige Beamte, daß die Operation sicherere Richtlinien braucht. „Es sei an das Telegramm erinnert ‚Bestell Truthähne für die Division', das aber entstellt wurde, so daß wir eine Division zum Truthahn bestellten", sagte ein Beamter.

Die Honduraner selber fürchten, daß ihr Land in die Feuerlinie Zentralamerikas geraten könnte. Im September nahmen honduranische linke Guerillas in San Pedro Sula für 8 Tage mehr als 100 Geschäftsleute und Beamte als Geiseln. Tegucigalpa versank in der Dunkelheit, nachdem ein Kraftwerk in der Luft gesprengt worden war. Die Honduraner sagen, sie hätten Beweise, daß beide Operationen von salvadorianischen und nicaraguanischen Linken ausgedacht wurden. Die Honduraner beanspruchen ebenfalls, in den letzten beiden Monaten sechs gesicherte Häuser geknackt und umfangreiche Vorräte an Waffen und Literatur gefunden zu haben, die die geheimen Lager mit den Sandinisten in Verbindung bringen.



Pastora

Etwas mehr Gewalt könnte durch eine Konfrontation über Sicherheitsmaßnahmen zwischen General Alvarez und der noch unbeständigen Zivilregierung ausgelöst werden. Guerillaangriffe haben schon zu wachsender Repression geführt. Zum erstenmal in Honduras' moderner Geschichte scheinen jetzt rechtsgerichtete Todesschwadronen zu operieren. „Es gibt jetzt eine niedrige Schwelle für Gewalt und Subversion und es könnte leicht zu aggressiveren Aktionen der Regierung kommen als nötig", zeigt sich ein US-Beamter besorgt – „gefolgt von noch aggressiverer Subversion". Amerikas geheimer Krieg könnte dennoch den erwünschten Effekt haben – im falschen Land.

Die Operation hat ebenfalls ihr ursprüngliches Ziel berührt. Die Sandinistas haben sie als Begründung genutzt, um ca. 125 Mio. Dollar in diesem Jahr zur Verteidigung auszugeben, die Armee und die zivilen Milizen zu stärken, dagegen das, was von einer freien Presse und der privaten Wirtschaft übrig geblieben ist, anzugreifen. Aber die sandinistische Repression hat nicht zu einem merklichen Aufschwung von antisandinistischen Aktivitäten innerhalb des Landes geführt – vielleicht, weil die Nicaraguaner jetzt nur eine Wahl sehen zwischen den Sandinisten und den verhaßten US-gestützten Somozisten. "Unsere Aktionen entlang der honduranischen Grenze haben nur den Sandinisten in die Hände gespielt", sagt ein erschreckter US-Beamter.

Erschreckt

Aber andere amerikanische Beamte sehen Licht am Ende des Tunnels. Die sandinistischen Führer sind „in ihrem marxistischen Inneren erschreckt", sagte einer. Sie haben seit Monaten ihren ersten Versuch gemacht, die Verständigung mit dem privaten Sektor wiederherzustellen – und mit den Vereinigten Staaten. Der US-Botschafter in Nicaragua, Anthony Quainton, dem jegliches offizielle Treffen mit den sandinistischen Führern verweigert worden war, war erstaunt, Junta-Mitglied Bayardo Arce letztens unangemeldet im Außenministerium auf ihn wartend zu finden. Am Rande der Panik heißt es, fragte Arce sinngemäß: „Welchen Preis haben wir zu zahlen, um an der Macht zu bleiben?"

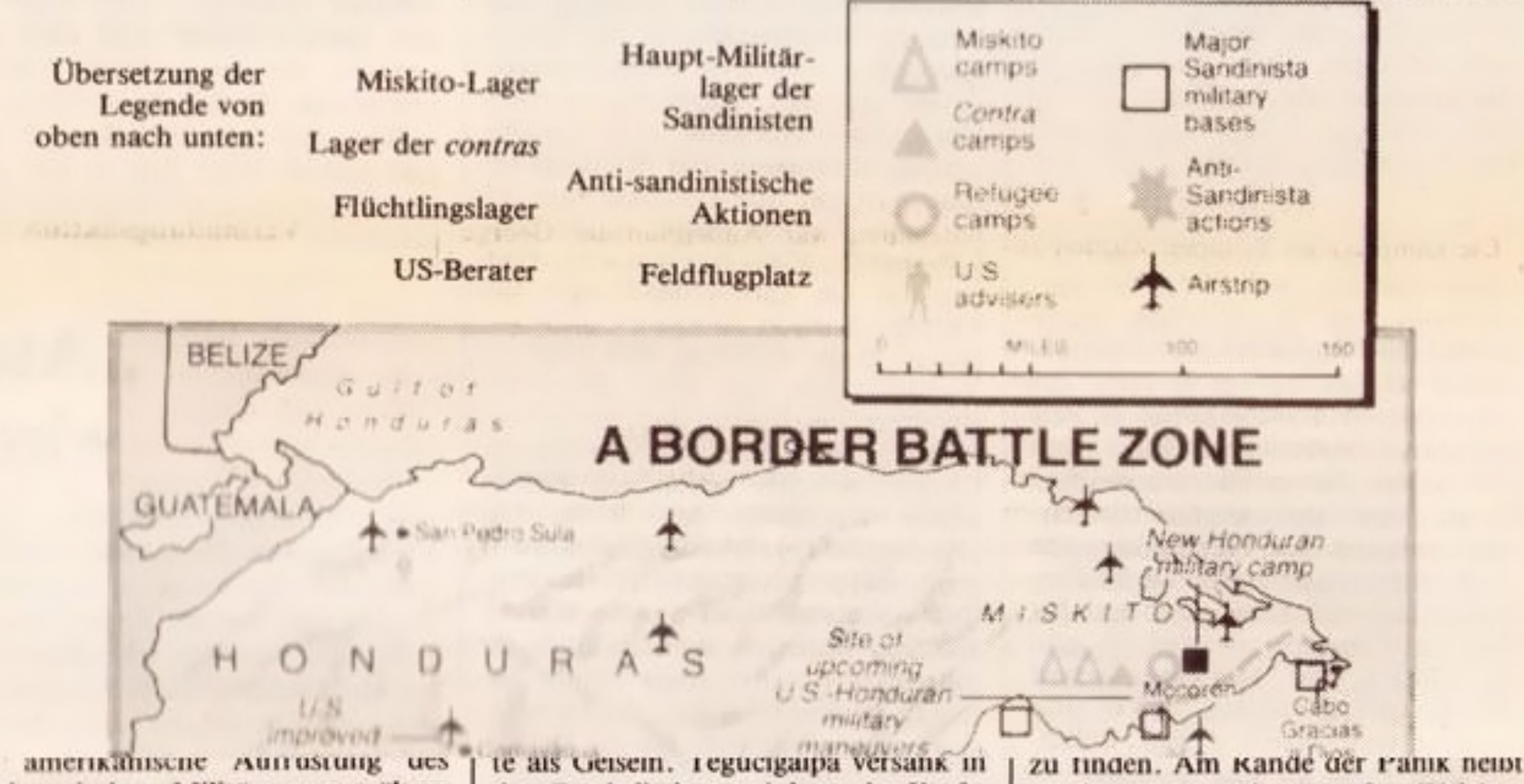
Die Spannung könnte sich in den nächsten paar Wochen zuspitzen. Am 5. Dezember werden die USA und Honduras nahe einer der empfindlichsten Abschnitte der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras gemeinsame Militärmanöver beginnen. Die 5-Tage-Manöver werden die US-Armee, Flotte und Luftstreitkräfte einschließen; sie werden die Befreiung einer Armee-Garnison von grenzüberschreitenden Invasoren simulieren. Eine wachsende Anzahl von Leuten auf beiden Seiten der Grenze fürchten, die Simulation könnte einen wirklichen Krieg voraussehen. Ronald Reagan wird am 4. Dezember das nahegelegene Costa Rica besuchen. Zwei Monate, nachdem er die Operation gegen Nicaragua genehmigt hatte, wurde Reagan gefragt, was er allgemein von einer verdeckten Aktion halte, um Regimes zu destabilisieren. Seine Antwort: "Kein Kommentar."

Wie *Newsweek* die Notwendigkeit der Enthüllung begründet – und den Imperialismus rechtfertigt

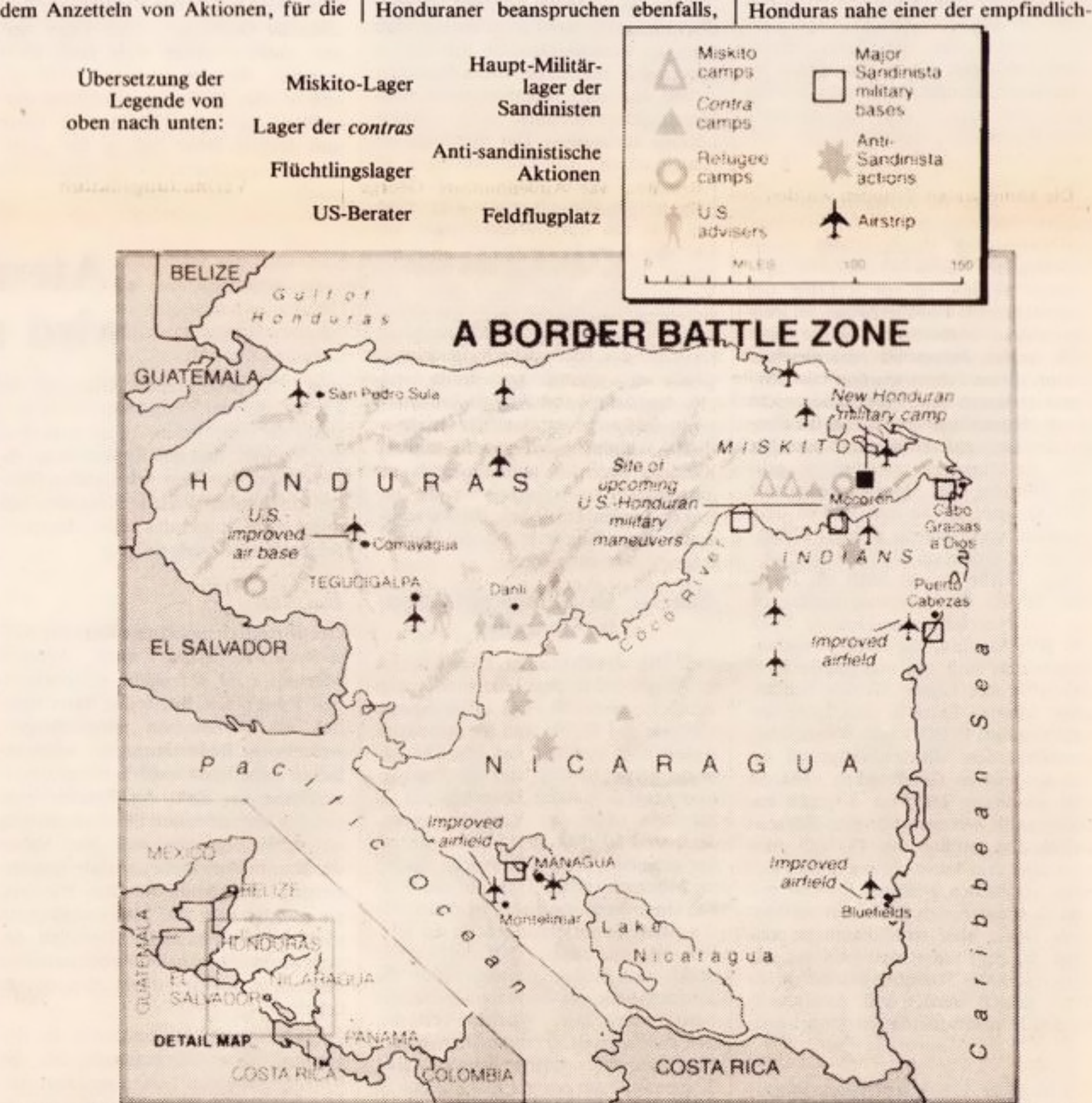
Verdeckte Aktionen kommen fast immer ans Licht – in Reportagen aus entfernteren Ländern, die nun in das globale Dorf verwickelt sind, oder was Kritiker im Kongreß, in der Regierung oder selbst in den Nachrichtendiensten durchsickern lassen. Reporter wissen, daß die Story herauskommt, und daß, wenn sie sie nicht drucken, es Konkurrenten tun werden. Selbst heute würden die Medien eine Story unterdrücken, wenn die Publikation Leben gefährden oder ein Geheimnis enthüllen würde, das unbestreitbar für die Nation von vitalem Interesse ist. Darüberhinaus sagen einige Reporter und Herausgeber, daß sie eine Story zurückhalten werden, wenn die in Frage kommende verdeckte Aktion *ihnen* als notwendig, klug und moralisch erscheint. Die Presse hat nicht die Aufgabe, solche Werturteile abzugeben. In einer offenen Gesellschaft ist es ihre Aufgabe, die Neuigkeiten vollständig und wahrheitsgetreu abzudrucken und nicht die unkalkulierbaren Konsequenzen einzukalkulieren und die Wahrheit hier und dort ein wenig zu beschneiden.

Eine Nation mit weltweiten Verantwortlichkeiten braucht noch verdeckte Aktionen als drittes Werkzeug der Außenpolitik – ein machtvolleres als die Diplomatie und ein weniger schreckliches als Krieg. Es ist möglich, in einer Gesellschaft wie der unseren geheime Aktionen durchzuführen, aber nur mit großen Schwierigkeiten. Die sollten aber auch Missionen haben, die in so gemeiner Weise grundlegende demokratische Prinzipien verletzen. Der CIA mag sich in Konkurrenz mit den Machenschaften geschlossener Gesellschaften im Nachteil befinden, aber es kann keinem Instrument einer demokratischen Regierung erlaubt werden, vollständig im Widerspruch zu den Idealen zu operieren, deren es sich annehmen und die es schützen soll.

gegen die Sandinistas vorzuweisen, wandte sich Negroponte der einzigen verheißungsvollen Gruppe zu – den Somozisten. „Negroponte war es, der
Lager einzurichten. Beide Male wurde er durch das Militär faktisch unter Hausarrest gestellt. „Er konnte kein Telefongespräch führen, geschweige
aus entfernteren Ländern, die nun in das globale Dorf verwickelt sind, oder was Kritiker im Kongreß, in der Regierung oder selbst in den Nachrichtendiensten durchsickern lassen. Reporter wissen, daß die Story herauskommt, und daß, wenn sie sie nicht drucken, es Konkurrenten tun werden. Selbst heute würden die Medien eine Story unterdrücken, wenn die Publikation Leben gefährden oder ein Geheimnis enthüllen würde, das unbestreitbar für die Nation von vitalem Interesse ist. Darüberhinaus sagen einige Reporter und Herausgeber, daß sie eine Story zurückhalten werden, wenn die in Frage kommende verdeckte Aktion ihnen als notwendig, klug und moralisch erscheint. Die Presse hat nicht die Aufgabe, solche Werturteile abzugeben. In einer offenen Gesellschaft ist es ihre Aufgabe, die Neuigkeiten vollständig und wahrheitsgetreu ab- lieren und die Wahrheit hier und dort ein wenig zu beschneiden.
Eine Nation mit weltweiten Verantwortlichkeiten braucht noch verdeckte Aktionen als drittes Werkzeug der Außenpolitik – ein machtvolleres als die Diplomatie und ein weniger schreckliches als Krieg. Es ist möglich, in einer Gesellschaft wie der unseren geheime Aktionen durchzuführen, aber nur mit großen Schwierigkeiten. Die sollten aber auch Missionen haben, die in so gemeiner Weise grundlegende demokratische Prinzipien verletzen. Der CIA mag sich in Konkurrenz mit den Machenschaften geschlossener Gesellschaften im Nachteil befinden, aber es kann keinem Instrument einer demokratischen Regierung erlaubt werden, vollständig im Widerspruch zu den Idealen zu operieren, deren es sich annehmen und die es schützen soll.
sive amerikanische Aufrüstung des honduranischen Militärs setzte ältere honduranische Ausrüstung frei, die für konterrevolutionäre Stützpunkte abgezweigt wurde. Die Amerikaner betraten bald den schmalen Grat zwischen Unterweisung von Aufständischen und dem Anzetteln von Aktionen, für die
te als Geiseln. Tegucigalpa versank in der Dunkelheit, nachdem ein Kraftwerk in der Luft gesprengt worden war. Die Honduraner sagen, sie hätten Beweise, daß beide Operationen von salvadorianischen und nicaraguanischen Linken ausgedacht wurden. Die Honduraner beanspruchen ebenfalls,
zu finden. Am Rande der Panik heißt es, fragte Arce sinngemäß: „Welchen Preis haben wir zu zahlen, um an der Macht zu bleiben?"
Die Spannung könnte sich in den nächsten paar Wochen zuspitzen. Am 5. Dezember werden die USA und Honduras nahe einer der empfindlich-



Übersetzung der Legende von oben nach unten: Miskito-Lager; Lager der *contras*; Flüchtlingslager; US-Berater; Haupt-Militärlager der Sandinisten; Anti-sandinistische Aktionen; Feldflugplatz



Übersetzung der Legende von oben nach unten: Miskito-Lager; Lager der contras; Flüchtlingslager; US-Berater; Haupt-Militärlager der Sandinisten; Anti-sandinistische Aktionen; Feldflugplatz



kab.Saarbrücken. „Bezweifelt wird allerdings von Eingeweihten, daß die Drahtzieherei Georg Heckel gehalten werden kann“, war am 4.11.1982 morgens in der Zeitung zu lesen. Die Zeitung war noch fast druckfrisch, da führte bereits die Belegschaft von Georg Heckel eine Betriebsversammlung durch, auf der sie beschloß, den Betrieb zu besetzen; die Produktion läuft zwar weiter, aber die Belegschaft will das Werk nicht verlassen, „auch wenn es darüber Weihnachten wird“. Die Belegschaft, heute 207 Beschäftigte, hat Erfahrungen im Kampf gegen Entlassungen. In den vergangenen 10 Jahren drohte mehr als einmal der Verlust der Arbeitsplätze. Schon zweimal sind Teile der Belegschaft in den Hungerstreik getreten, um die Schließung des Werkes zu verhindern. Das Unternehmen gehört zum Weiterverarbeitungssektor der ARBED, die unter dem Namen Techno-ARBED firmiert. Die Geschäftsführung von Techno-ARBED hatte Mitte des Jahres ein Neuordnungskonzept beschlossen, nach dem die Stahldrahtfertigung in Köln konzentriert und Heckel dichtgemacht werden sollte. Ein Hungerstreik, der sehr viel Resonanz fand, verhinderte die Durchführung dieses Plans. Nach letzten Informationen sollen nun Personalreduzierungen in Höhe von 1024 der ca. 12000 Beschäftigten in der BRD vorgenommen werden, davon entfallen 526 auf das Saarland, in dieser Zahl ist die komplette Belegschaft von Heckel enthalten. Der Betriebsratsvorsitzende von Heckel: „Wir haben einfach die Pflicht, um die Arbeitsplätze zu kämpfen.“

Magirus Deutz: Nach Mainz nun Ulm an der Reihe?

kvz. Wie hieß es noch vor einigen Monaten bei dem Beschluß über die Betriebsschließung von Magirus Deutz in Mainz: Man wolle dadurch die anderen Betriebe wieder in die Schwarzen Zahlen bringen. Der Verdacht erhärtete sich, daß dieses Argument vorgeschoben wurde, um die Entlassungen durchzudrücken. Denn nun sitzen in *Ulm* Vorstand und Betriebsrat beieinander und streiten über das Ausmaß von Personalanpassungen, die der Aufsichtsrat in Anbetracht der negativen Marktentwicklung für unumgänglich hält. Schon für November und Dezember sind insgesamt 13 Tage Kurzarbeit vorgesehen. Auch in den ersten Monaten des Jahres '83 müsse kurzgearbeitet werden, so ein Sprecher des Unternehmens. Darüberhinaus sei Personalabbau beabsichtigt. Schon vom 30.9. letzten Jahres bis zum gleichen Datum dieses Jahres wurden 1000 Arbeiter entlassen bzw. Fluktuation nicht durch Neuzugänge ersetzt. Da die Produktion weiter rückläufig und auch für 1982 ein Minus zu erwarten ist, geht die Führung der Muttergesellschaft IVECO wohl davon aus, daß es dem Vorstand von Magirus gelingt, Entlassungen in größerem Umfang durchzusetzen. Dafür spricht auch ein Interview, in dem der Vorstandsvorsitzende der Fiat-Nutzfahrzeuge-Holding IVE-

schnittliche Stundenlohn des Chrysler-Arbeiters liegt bei 9,80 $ und damit um 2,50 $ niedriger als beim Branchenführer General Motors. Aus der Ablehnung des Tarifvertragsentwurfes folgte jetzt nach Beschluß des Vorstandes der Gewerkschaft UAW eine Verhandlungspause bis Januar 1983. Man will damit einen sofortigen Streik vermeiden, und hofft wohl auch darauf, daß die Gewinnentwicklung in den letzten Monaten sich auch bis dahin fortsetzt, so daß man gute Argumente hat, dem Unternehmensvorstand eine Lohnerhöhung abzuringen. Der allerdings betont jederzeit, jede Lohnerhöhung sei der beste Weg zur Pleite. – Die Drohung mit der Pleite hat jetzt aber in bezug auf die Tarifverhandlungen bei Chrysler Kanada überhaupt nicht gezogen. Denn nachdem auch hier die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag gescheitert sind, traten die 9600 gewerkschaftlich organisierten Chrysler-Arbeiter schon am Freitag letzter Woche in den Streik. Die Druckmittel der Arbeiter sind insofern groß, als der Streik nicht nur den Produktionsausfall in den sechs Werken Kanadas bedeutet, sondern auch unmittelbare Auswirkungen auf die Fabriken in den USA hat, die verschiedentlich als Zulieferer für die kanadischen Werke fungieren.

Scharfe Auseinandersetzungen in Australien

CDU bringt christdemokratische Gewerkschafter auf Vordermann

geh. Nicht nur sozialdemokratische Gewerkschafter haben mitunter Loyalitätsprobleme. Nachdem jetzt der Schnellredner und Demagoge Blüm auf den Stuhl des Arbeitsministers gehievt wurde, haben die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften einen neuen Intimfeind und die Christdemokraten Bauchschmerzen.

In der Reihe von „metall“-Titelgeschichten beginnend mit „Rückwärts in die Zukunft“ über „Poker ohne Wähler“ bis zum „Musterschüler des Marktgrafen“ (Blüm) zogen die „metall“-Leute nun unbeschwert vom Leder. Wutschnaubend sprach der Pressechef des Ministers von „Links-Faschismus“ und lud den Chefredakteur von einem Gespräch Blüms mit den Chefredakteuren der DGB-Zeitungen wieder aus. Die wiederum boykottierten anschließend das Gespräch. Damit war die Kritik an den Regierungsmaßnahmen noch nicht zum Schweigen gebracht. Auf den stattfindenden Gewerkschaftstagen fand sich Blüm unter heftigem Beschuß der Delegierten, unter denen er so manchen Parteifreund ausmachte.

Umgehend griff nun der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse in der CDU, deren Vorsitzender Blüm ist, ein. In einem „offenen Brief“ vermutete er, daß „nicht zuletzt deshalb so polemisch auf die Union und Norbert Blüm eingeschlagen wird, weil die CDA-Kollegen im DGB dieses ohne größeren Widerspruch hinnehmen und in den Chor der Kritiker kräftig einstimmen“. Die CDA-Mitglieder sollten deshalb im DGB für „Mäßigung“ sorgen.

Was Sache war ließ dann der Schriftleiter des Organs der Sozialausschüsse „Soziale Ordnung“, Lutz Esser heraus: manche hätten wohl noch nicht gemerkt, daß am 6. März Wahl sei, und er wies die Sozialausschüßler daraufhin, daß man Wahlkampf führe und deshalb keine Zeit sei für „kritische Erbsenzählerei“. Und wenn schon geschossen werde, dann doch auf die Brandstifter und nicht auf die Feuerwehrleute. „Das Wasser steht uns bis zur Unterlippe. Das ist nicht gerade die günstigste Gelegenheit den Mund weit aufzureißen.“

Daß pikanterweise der stellvertretende und DGB-Vorsitzende CSUler Fehrenbach dasSpitzengespräch mit CSU-Innenminister Zimmermann platzen ließ, brachte wohl das Faß zum Überlaufen.



Karikatur: Achim Farys, aus: Stadtzeitung Saarbrücken, Nr. 57



Am Wochenende auf der Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft christdemokratischer DGB-Mitglieder, einer Fraktion, deren Mitglieder trotzdem im DGB nicht von Ausschlußanträgen bedroht sind, wollte Blüm seine Leute wieder auf Kurs bringen. Das gelang nur teilweise. Zwar wurden die Regierungsbeschlüsse als unausgewogen kritisiert und deshalb u.a. als Nachbesserung verlangt, daß die Zwangsanleihe in eine nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe verwandelt werden solle, aber sonst gelang dem fixen Blüm einiges. Zum Vorsitzenden wurde auf der Tagung der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach gewählt, der stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft Zemlin zu seinem Stellvertreter. Der bedankte sich und wies die „diffamierenden Angriffe“ gegen Blüm zurück. Fehrenbach mußte das ebenfalls unterstreichen und obendrein Kooperation zwischen DGB und neuer Bundesregierung versprechen. Als Krönung erhoffen sich die „Wahlkämpfer“ der CDU eine Entschuldigung des DGB-Bundesvorstands. Vielleicht wäre ein bißchen mehr Selbständigkeit gegenüber den politischen Parteien der Lage angemessen.

„Atempause“ und dergleichen wird auch woanders versucht

acm. Die tiefgreifende Krise, die die kapitalistischen Kernländer erfaßt hat, treibt die verschiedensten europäischen Regierungen und das Kapital dazu, ihren Tribut von den arbeitenden Massen einzuholen. Welche Konturen sich dabei abzeichnen, das sollen die nachfolgenden Beispiele zeigen:

Belgien

Der wirtschaftspolitische Kurs der Mit-

ben bislang die christlichen Gewerkschaften aufgerufen, es wird aber erwartet, daß es zu einer Einheitsfront zwischen den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften in Sachen Generalstreik kommt.

Italien

Ähnlich wie in Großbritannien ist in Italien in Sachen Lohnerhöhung eine Auseinandersetzung im staatlichen Ge-

schaft. Nervöse Reaktionen in der Regierungsmannschaft, wo der Gedanke eines Lohn- und Preisstopps geäußert wurde, hat Spadolini aber bislang abblitzen lassen.

Dänemark

Hier hat die neue bürgerliche Minderheitsregierung die Indexierung der Löhne an die Preise ausgesetzt. Für je 3% Preissteigerung wurde bislang eine

Magirus Deutz: Nach Mainz nun Ulm an der Reihe?

kvz. Wie hieß es noch vor einigen Monaten bei dem Beschluß über die Betriebsschließung von Magirus Deutz in Mainz: Man wolle dadurch die anderen Betriebe wieder in die Schwarzen Zahlen bringen. Der Verdacht erhärtete sich, daß dieses Argument vorgeschoben wurde, um die Entlassungen durchzudrücken. Denn nun sitzen in *Ulm* Vorstand und Betriebsrat beieinander und streiten über das Ausmaß von Personalanpassungen, die der Aufsichtsrat in Anbetracht der negativen Marktentwicklung für unumgänglich hält. Schon für November und Dezember sind insgesamt 13 Tage Kurzarbeit vorgesehen. Auch in den ersten Monaten des Jahres '83 müsse kurzgearbeitet werden, so ein Sprecher des Unternehmens. Darüberhinaus sei Personalabbau beabsichtigt. Schon vom 30.9. letzten Jahres bis zum gleichen Datum dieses Jahres wurden 1000 Arbeiter entlassen bzw. Fluktuation nicht durch Neuzugänge ersetzt. Da die Produktion weiter rückläufig und auch für 1982 ein Minus zu erwarten ist, geht die Führung der Muttergesellschaft IVECO wohl davon aus, daß es dem Vorstand von Magirus gelingt, Entlassungen in größerem Umfang durchzusetzen. Dafür spricht auch ein Interview, in dem der Vorstandsvorsitzende der Fiat-Nutzfahrzeuge-Holding IVE-CO BV, Manina, die hohen Produktionskosten und die mangelnde Produktivität des Ulmer Werkes bemängelte. Manina hatte in dem Interview angekündigt, IVECO solle börsenfähig gemacht erden. Mit den Aktien soll ein von arabischen Großbanken 1981 an Fiat gewährter 250 Mio. $-Kredit zurückgezahlt werden. Für eine Börseneinführung müßte die IVECO nun aber über drei Jahre hinweg immer Gewinn verbuchen können. Da das mit den zu erwartenden Verlusten bei Magirus Deutz aber wohl kaum zu machen ist, liegt nahe, daß jetzt ein äußerst radikales Streichungskonzept ins Werk gesetzt werden soll, damit man an den Börsen spekulationsfähig wird.

Chrysler USA und Kanada: Tarifverhandlungen gescheitert

acm. Ende Oktober hatten die über 50000 Arbeiter bei Chrysler USA mit 70% Ablehnung einen Vertragsentwurf niedergestimmt, der u.a. die Wiedereinführung der Lohngleitklausel vorsah und Lohnerhöhungen schlicht von der Gewinnlage des Unternehmens auch in Zukunft abhängig gemacht hätte. Nachdem vor drei Jahren Chrysler – der drittgrößte amerikanische Automobilkonzern – eine staatliche Kreditbürgschaft in Höhe von 1 Mrd. $ bekommen hatte, und die Gewerkschaften damals Lohnkonzessionen machten, die zum Einfrieren der Stundenlöhne bei der Masse der Arbeiter führten, sind die Arbeiter nunmehr nicht mehr bereit auf weitere Lohnerhöhungen zu verzichten. Der durch-

schnittliche Stundenlohn des Chrysler-Arbeiters liegt bei 9,80 $ und damit um 2,50 $ niedriger als beim Branchenführer General Motors. Aus der Ablehnung des Tarifvertragsentwurfes folgte jetzt nach Beschluß des Vorstandes der Gewerkschaft UAW eine Verhandlungspause bis Januar 1983. Man will damit einen sofortigen Streik vermeiden, und hofft wohl auch darauf, daß die Gewinnentwicklung in den letzten Monaten sich auch bis dahin fortsetzt, so daß man gute Argumente hat, dem Unternehmensvorstand eine Lohnerhöhung abzuringen. Der allerdings betont jederzeit, jede Lohnerhöhung sei der beste Weg zur Pleite. – Die Drohung mit der Pleite hat jetzt aber in bezug auf die Tarifverhandlungen bei Chrysler Kanada überhaupt nicht gezogen. Denn nachdem auch hier die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag gescheitert sind, traten die 9600 gewerkschaftlich organisierten Chrysler-Arbeiter schon am Freitag letzter Woche in den Streik. Die Druckmittel der Arbeiter sind insofern groß, als der Streik nicht nur den Produktionsausfall in den sechs Werken Kanadas bedeutet, sondern auch unmittelbare Auswirkungen auf die Fabriken in den USA hat, die verschiedentlich als Zulieferer für die kanadischen Werke fungieren.

Scharfe Auseinandersetzungen in Australien

kvz. Die wirtschaftliche Lage hat sich in Australien in den letzten Monaten deutlich verschärft. Die Inflationsrate kletterte auf 12,3% und die Arbeitslosigkeit liegt nunmehr bei 7%. Die Exporte gehen zurück und die Produktion sank in einigen Branchen um 20 bis 30% unter das Vorjahresniveau. Jetzt sind 500000 der 15 Mio. Australier arbeitslos und jede Woche fliegen im Moment weitere 1000 auf die Straße. Diese Situation führt zu verschärften Auseinandersetzungen: In der letzten Woche haben demonstrierende Stahl- und Kohlengrubenarbeiter die Eingangshalle des Parlamentsgebäudes besetzt. Seit zwei Wochen befinden sich die Kumpels in einem Sitzstreik im fünf Kilometer tiefen Schacht einer Kohlenmine um gegen Entlassungen zu protestieren. In Melbourne versuchten Arbeitslose in der letzten Woche exclusive Clubs des Establishments zu stürmen. Zu größeren Auseinandersetzungen wird es auch kommen, wenn BHP (Australiens größtes Wirtschaftsunternehmen) seine Ankündigung, 2600 Stahl- und Grubenarbeiter zu entlassen, in die Tat umsetzen will. Insbesondere in der Stahlstadt Wellongong, wo bereits 14% der Arbeiter arbeitslos sind, kündigt die Erstürmung der BHP-Verwaltungsgebäude durch 3000 protestierende Minenarbeiter eine schärfere Gangart in den Klassenauseinandersetzungen an. Insgesamt bestehen die Gewerkschaften weiterhin auf Lohnerhöhungen, die die herrschende Teuerungsrate abdecken und verlangen Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich.

Blüm eingeschlagen wird, weil die CDA-Kollegen im DGB dieses ohne größeren Widerspruch hinnehmen und in den Chor der Kritiker kräftig einstimmen“. Die CDA-Mitglieder sollten deshalb im DGB für „Mäßigung“ sorgen.

Was Sache war ließ dann der Schriftleiter des Organs der Sozialausschüsse „Soziale Ordnung“, Lutz Esser heraus: manche hätten wohl noch nicht gemerkt, daß am 6. März Wahl sei, und er wies die Sozialausschüßler daraufhin, daß man Wahlkampf führe und deshalb keine Zeit sei für „kritische Erbsenzählerei“. Und wenn schon geschossen werde, dann doch auf die



Am Wochenende auf der Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft christdemokratischer DGB-Mitglieder, einer Fraktion, deren Mitglieder trotzdem im DGB nicht von Ausschlußanträgen bedroht sind, wollte Blüm seine Leute wieder auf Kurs bringen. Das gelang nur teilweise. Zwar wurden die Regierungsbeschlüsse als unausgewogen kritisiert und deshalb u.a. als Nachbesse-

Blüm zurück. Fehrenbach mußte das ebenfalls unterstreichen und obendrein Kooperation zwischen DGB und neuer Bundesregierung versprechen. Als Krönung erhoffen sich die „Wahlkämpfer“ der CDU eine Entschuldigung des DGB-Bundesvorstands. Vielleicht wäre ein bißchen mehr Selbständigkeit gegenüber den politischen Parteien der Lage angemessen.

„Atempause“ und dergleichen wird auch woanders versucht

acm. Die tiefgreifende Krise, die die kapitalistischen Kernländer erfaßt hat, treibt die verschiedensten europäischen Regierungen und das Kapital dazu, ihren Tribut von den arbeitenden Massen einzuholen. Welche Konturen sich dabei abzeichnen, das sollen die nachfolgenden Beispiele zeigen:

Belgien

Der wirtschaftspolitische Kurs der Mit-te-Rechts-Regierung unter Premier Martens steht vor einem entscheidenden Punkt. Die Regierung hatte nämlich ein Abkommen vorgeschlagen, welches die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5% mit der Aufstockung der Zahl der Beschäftigten um 3% verbindet und den Lohnanstieg auf 4,5% begrenzen soll. Nun haben die Kapitalisten diese „soziale Konzertierung“ abgelehnt mit dem Hinweis, sie würden sich auf Neueinstellungen nicht verpflichten lassen. Der Plan, der vom christlich-sozialen Arbeitsminister Hansenne stammt, droht also nun zu scheitern.

Da zum gleichen Zeitpunkt die Regierung dazu übergegangen ist, die Verringerung von Linien und den Abbau des Personals im Nahverkehr zu betreiben, haben die Streikaktionen der Gewerkschaften wieder einen größeren Umfang angenommen. Sie wehren sich gegen die Politik des Sozialabbaus und verlangen in bezug auf den Nahverkehr den Ausgleich der Defizite aus Steuermitteln. Schon in den letzten Wochen wurde im Bereich des Nahverkehrs drei Tage gestreikt. Wichtig an diesen Streiks war, daß nicht nur der wallonische Landesteil bestreikt wurde, sondern auch Flandern.

Darin drückt sich auch ein Zusammenrücken der christlichen und der sozialistischen Gewerkschaften Belgiens aus, das seinen Höhepunkt in einem für nächste Woche angekündigten Generalstreik finden könnte. Zu einem solchen zweitägigen Generalstreik ha-

ben bislang die christlichen Gewerkschaften aufgerufen, es wird aber erwartet, daß es zu einer Einheitsfront zwischen den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften in Sachen Generalstreik kommt.

Italien

Ähnlich wie in Großbritannien ist in Italien in Sachen Lohnerhöhung eine Auseinandersetzung im staatlichen Ge-sundheitswesen in Gang gekommen. In der letzten Woche traten 520000 Ärzte und andere Beschäftigte in einen sechstägigen landesweiten Streik bei dem nur ein Notdienst aufrechterhalten wurde. Eine Anhebung um 100000 Lire (ca. 175 DM) steht als Angebot der Regierung im Raum, wird aber von den Gewerkschaften abgelehnt. Um Lohnerhöhungen geht es auch im Bereich der Banken, wo 300000 Beschäftigte streiken, im Einzelhandel, der Textilindustrie, ja und auch bei den Fischern, die um billigeres Dieselöl kämpfen.

Dabei rückt das Zentrum der Auseinandersetzungen, die Tarifverhandlungen für die 3,5 Mio. Beschäftigten in der Metallindustrie, langsam näher. Hier wollen die Kapitalisten die Senkung der Lohnkosten und der Rate des automatischen Inflationsausgleichs durchsetzen. Zwar haben die drei größten Gewerkschaftsverbände beim automatischen Inflationsausgleich einen Kompromiß gefunden, indem die Berechnungsbasis (Warenkorb) geändert wird, aber die daraus folgende Absenkung des Ausgleichs dürfte möglicherweise von den Mitglieder nicht akzeptiert werden. Die ersten Abstimmungen bei Fiat und Alfa Romeo gingen nämlich vernichtend für die Gewerkschaftsführungen aus: 95% lehnten die Vorschläge ab. Da nun die Verträge in der Metallindustrie schon seit Januar '82 offen sind, die Metallindustrie aber traditionell die Vorreiterrolle abgibt, stehen die anderen Gewerkschaften faktisch schon in Bereit-

schaft. Nervöse Reaktionen in der Regierungsmannschaft, wo der Gedanke eines Lohn- und Preisstopps geäußert wurde, hat Spadolini aber bislang abblitzen lassen.

Dänemark

Hier hat die neue bürgerliche Minderheitsregierung die Indexierung der Löhne an die Preise ausgesetzt. Für je 3% Preissteigerung wurde bislang eine „Teuerungsportion“ von 0,90 dkr pro Arbeitsstunde fällig. Das entsprach einem Lohnzuschlag von etwa 1,5%. Für 1983 wären wohl vier solche Teuerungsportionen angefallen, über weitere generelle und individuelle Zuschläge hinaus. Eine Lohnsteigerung von ca. 10% wäre in der Folge zu erwarten gewesen. Durch die Aufhebung der Indexbindung wurden nun Lohnsteigerungen von nur 4% in jedem der beiden kommenden Jahre festgeschrieben. Die Kapitalisten waren über diese Maßnahme nicht so glücklich, weil das Vertrauen zwischen den Sozialpartnern „von Außen“ gestört werde. Die Gewerkschaften fassen den Parlamentsbeschluß als eine Kampfansage auf.

Niederlande

Der Gedanke einer „Atempause“, mit dem Blüm zur Zeit Furore macht, ist auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen der neuen Regierung in den Niederlanden. Ab 1.1.1983 sollen Löhne, Preise und Steuern eingefroren werden, im Gespräch ist bis Juli 1983. Für die Jahre 1984 bis 1986 soll der jährliche automatische Lohnausgleich um 2% gekürzt werden. Gleichzeitig sollen im nächsten Jahr Einsparungen im öffentlichen Dienst via Festschreibung der Einkommen der Beschäftigten vorgenommen werden, wie auch durch die Kürzung der Sozialausgaben. Damit sind wieder Programmpunkte enthalten, die von den Gewerkschaften auch unter der alten Regierung bekämpft wurden.

Monetarismus und die Folgen

Den britischen Gewerkschaften werden jetzt Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate aufgezwungen. Reprivatisierung im öffentlichen Dienst und Angriffe auf das staatliche Gesundheitswesen sollen den Staatshaushalt entlasten. Denn das Kapital schreit nach mehr Geld und will weitere Maßnahmen sehen.

Von Margrit Meyer

Mit über 3,3 Mio. Arbeitslosen steht Großbritannien mit an der Spitze der Länder mit der größten Arbeitslosenrate in Europa. Seit Jahren ist es den britischen Kapitalisten und Staatsmonopolen – heftig von Thatcher unterstützt – gelungen, die meisten Lohnabschlüsse unter die Inflationsrate zu drücken. Mit der Verabschiedung des Tebbit-Gesetzes Ende November ist der Regierung ein weiterer Schritt in die Richtung der Entrechtung und in gewissem Umfang auch Entmachtung der Gewerkschaften gelungen.

Im einzelnen: Die Inflationsrate in Großbritannien stieg zwischen 1973 und 1980 von 9,4 auf 18%. Im Jahre 1981 lag sie im 3. Quartal bei 11,3% – jetzt beträgt sie 7,3%. Für die diesjährigen Lohnabschlüsse nur ein paar Beispiele: Mit großer Mehrheit sprachen sich jetzt 38000 Arbeiter in 18 PKW-Werken des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland für die Annahme eines zweijährigen Tarifabkommens mit Lohnerhöhungen von jeweils 5,6% aus. 2700 technische Angestellte des Triebwerkunternehmens Rolls-Royce akzeptierten eine Lohnerhöhung von nur 4%. In den Automobilwerken Vauxhall entschieden sich 2300 Mitarbeiter für die Annahme eines Lohnangebots von 8% und damit gegen einen Streik. Der Großbrauerei Scotish and Newcastle gelang es, für die 6000 Beschäftigten ein Lohnabkommen zu erreichen, das über 3 Jahre läuft, und die Bergarbeiter haben sich erst kürzlich mit großer Mehrheit für die Annahme des Regierungsangebots von 8,5% Lohnerhöhung entschieden, der Vorstand hatte 31% Lohnerhöhung gefordert. Der Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist noch nicht durchgestanden, und die Kampfabsage der Bergarbeiter, auch an ihren eigenen Vorstand, wird sie nicht gerade ermuntern.

Die Regierung denkt überhaupt nicht daran, den Forderungen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten nachzugeben. Im Gegenteil, getreu ihrer Politik der Kürzung der Staatsausgaben wird verstärkt darangegangen, die Reprivatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe in die Tat umzusetzen. Nur kurz ein paar Sätze zum Verständnis des Thatcherschen Monetarismus, der die „Theorie“ für diese Wirtschafts- und Finanzpolitik abgeben soll.

Er beruht auf der Theorie, daß die Quantität des Geldes die Entwicklung der Inflationsrate bestimmt. Bei einer konstanten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird behauptet, daß eine Ausdehnung der Geldmenge auf Dauer nur das Preisniveau hebt, die Inflationsrate in die Höhe schnellt. Während Inflationsbekämpfung nur mit ei-

die Annahme des Regierungsangebots von 8,5% Lohnerhöhung entschieden, der Vorstand hatte 31% Lohnerhöhung gefordert. Der Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist noch nicht durchgestanden, und die Kampfabsage der Bergarbeiter, auch an ihren eigenen Vorstand, wird sie nicht gerade ermuntern.

Die Regierung denkt überhaupt nicht daran, den Forderungen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten nachzugeben. Im Gegenteil, getreu ihrer Politik der Kürzung der Staatsausgaben wird verstärkt darangegangen, die Reprivatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe in die Tat umzusetzen. Nur kurz ein paar Sätze zum Verständnis des Thatcherschen Monetarismus, der die „Theorie“ für diese Wirtschafts- und Finanzpolitik abgeben soll.

Er beruht auf der Theorie, daß die Quantität des Geldes die Entwicklung der Inflationsrate bestimmt. Bei einer konstanten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird behauptet, daß eine Ausdehnung der Geldmenge auf Dauer nur das Preisniveau hebt, die Inflationsrate in die Höhe schnellt. Während Inflationsbekämpfung nur mit ei-

ner Beschränkung der Geldmenge zu erreichen sei. Einen empirischen Beweis für diese Theorie gibt es nicht, und er wird auch nicht durch die Tatsache, daß die Inflationsrate jetzt auf 7,3% gesunken ist, erbracht. Zur Zeit ist es im Gegenteil so, daß der Schatzkanzler über die Bank von England ständig den Banken „billiges“ Geld zur Verfügung stellt, um die Zinsen zu senken.

Für die angebliche Notwendigkeit der Reprivatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe werden die Selbstheilungskräfte der freien Marktwirtschaft beschworen.



Die Schrottreste des ehemaligen Shotton-Stahlwerkes im walisischen Deeside. 1980 im März wurden hier 8000 Arbeiter auf einen Schlag entlassen. Thatcher sorgte dafür, daß ihre Abfindungen auf die Sozialhilfe angerechnet wurden.

Die Staatsausgaben sollen reduziert werden, um den privaten Unternehmen Bewegungsspielraum und neue Investitionsmöglichkeiten zu verschaffen. Voraussetzung ist *nur* noch, daß die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen runtergehen, dann kann „Arbeit für alle“ geschaffen werden. Danach würden staatliche Ausgabenprogramme nur die Geldmenge erhöhen, und das führt ja bekanntlich zu einer Steigerung der Inflationsrate. (Ausführlicheres gibt es zu dem Thema in spw, Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, 16/82)

Aushebeln des staatlichen Gesundheitswesens

Um sich dies praktisch vorstellen zu können, braucht man sich nur anzusehen, was die britische Regierung mit dem Gesundheitswesen vorhat. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der National Health Service durch die erste Labour-Regierung geschaffen. Konkret heißt das: freie Behandlung in den Krankenhäusern, die Kosten werden aus dem Staatshaushalt, also durch Steuern, finanziert. Im laufenden Finanzjahr fließen 14,3 Mrd. Pfund in das staatliche Gesundheitswesen, davon stammen 90% aus dem Steueraufkommen. Jetzt hat ein Stab politischer Berater der Regierung in ihrem Auftrag eine Studie ausgearbeitet, die Vorschläge für die Finanzierung der sozialen Dienste enthält. Insbesondere was die dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung des Gesundheitswesens angeht, sieht sich die Regierung ständig gezwungen, sich öffentlich davon zu distanzieren – bei gleichzeitiger praktischer Inangriffnahme an einzelnen Orten. Ein großer Brocken, nämlich 3 bis 4 Mrd. Pfund, sollen durch die Benutzer erbracht werden. Das würde für viele Briten bedeuten, daß sie sich privat krankenversichern müßten, denn analog zum „freien“ staatlichen Gesundheitsdienst gibt es dort keine gesetzliche Krankenversicherung wie bei uns. Private medizinische Ver-

hen, was die britische Regierung mit dem Gesundheitswesen vorhat. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der National Health Service durch die erste Labour-Regierung geschaffen. Konkret heißt das: freie Behandlung in den Krankenhäusern, die Kosten werden aus dem Staatshaushalt, also durch Steuern, finanziert. Im laufenden Finanzjahr fließen 14,3 Mrd. Pfund in das staatliche Gesundheitswesen, davon stammen 90% aus dem Steueraufkommen. Jetzt hat ein Stab politischer Berater der Regierung in ihrem Auftrag eine Studie ausgearbeitet, die Vorschläge für die Finanzierung der sozialen Dienste enthält. Insbesondere was die dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung des Gesundheitswesens angeht, sieht sich die Regierung ständig gezwungen, sich öffentlich davon zu distanzieren – bei gleichzeitiger praktischer Inangriffnahme an einzelnen Orten. Ein großer Brocken, nämlich 3 bis 4 Mrd. Pfund, sollen durch die Benutzer erbracht werden. Das würde für viele Briten bedeuten, daß sie sich privat krankenversichern müßten, denn analog zum „freien“ staatlichen Gesundheitsdienst gibt es dort keine gesetzliche Krankenversicherung wie bei uns. Private medizinische Ver-

sorgung, die es auch gibt, ist bisher fast ausschließlich den Reichen vorbehalten, gerade noch bis auf das Niveau der leitenden Angestellten herunter, denen die Firmen oft Versicherungsbeiträge als „freiwillige soziale Leistung“ zahlen.

Die regionale Gesundheitsverwaltung aus dem Bezirk Oxford hat beschrieben, was die Sparmaßnahmen der Regierung für die Menschen dort bedeuten würden: Freie Behandlung nur noch für Personen, die einige Jahre in der Region ansässig sind, Schließung von kleineren Krankenhäusern, Verkürzung des Aufenthalts im Hospital, vor allem für Frauen nach der Entbindung; Selbstbeteiligung bei bestimmten Operationen, für die Behandlung von Opfern von Verkehrsunfällen und bei längerem Verweilen im Krankenhaus.

Die Konservativen, die 1979 mit einer „Krise der Moral“ und „fallendem Standard“ im öffentlichen Gesundheitsdienst, den es zu bekämpfen gelte, angetreten sind, zeigen in diesem Bereich besonders deutlich, was sie unter Selbstheilung der Marktkräfte verstehen. Der Gesundheitsmarkt steht denen frei, die sich eine ordentliche medizinische Behandlung leisten können, die staatliche Gesundheitsversorgung soll zu einer Notversorgung für die Armen verkommen.

Da es der Regierung bisher keineswegs gelungen ist, die Staatsausgaben zu senken (Steuern sind von 35 auf 39% des Sozialprodukts gestiegen – der Anteil der Staatsausgaben stieg von 41 auf 46%), sind weitere „Einsparungen“ bei den sozialen Diensten geplant. Im Gespräch sind Teilprivatisierung der ärztlichen Versorgung und der Universitätsausbildung, Abkopplung der Altersrenten und verschiedener anderer sozialer Leistungen vom Inflationsindex. Das macht wohl auch die besondere Anziehungskraft zwischen Kohl und Thatcher aus.

Der Parteikongreß der Labour-Party

In der Frage des Gesundheitsdienstes hat die Labour-Party Ende Oktober ihren alten Standpunkt der freien Versorgung betont und, wie auch schon früher, die Abschaffung bzw. Integration der privaten Gesundheitsversorung in den staatlichen Gesundheitsdienst gefordert.

Zu dem Bereich des britischen Finanzsystems und zu den Aufgaben einer zukünftigen Labour-Regierung in diesem Bereich hat eine Kommission dem Parteikongreß einen Untersuchungsbericht vorgelegt. Die abschließenden Empfehlungen dieses Berichts

der Anteil der Staatsausgaben stieg von 41 auf 46%), sind weitere „Einsparungen“ bei den sozialen Diensten geplant. Im Gespräch sind Teilprivatisierung der ärztlichen Versorgung und der Universitätsausbildung, Abkopplung der Altersrenten und verschiedener anderer sozialer Leistungen vom Inflationsindex. Das macht wohl auch die besondere Anziehungskraft zwischen Kohl und Thatcher aus.

Der Parteikongreß der Labour-Party

In der Frage des Gesundheitsdienstes hat die Labour-Party Ende Oktober ihren alten Standpunkt der freien Versorgung betont und, wie auch schon früher, die Abschaffung bzw. Integration der privaten Gesundheitsversorung in den staatlichen Gesundheitsdienst gefordert.

Zu dem Bereich des britischen Finanzsystems und zu den Aufgaben einer zukünftigen Labour-Regierung in diesem Bereich hat eine Kommission dem Parteikongreß einen Untersuchungsbericht vorgelegt. Die abschließenden Empfehlungen dieses Berichts

wurden mit großer Mehrheit gebilligt. Eine weitergehende Resolution, die u.a. die sofortige und vollständige Verstaatlichung der Banken forderte, unterlag knapp in der Abstimmung. Hier einige Auszüge aus dem Bericht und den beschlossenen Empfehlungen:

„Das britische Finanzsystem ist möglicherweise das am meisten verfeinerte, sicher aber eines der profitabelsten Systeme der Welt. Es hat enorme Macht akkumuliert, mit der die Regierungsarbeit beeinflußt und die industrielle Entwicklung bestimmt wird. Jedoch strahlen Macht und Prosperität des Finanzsystems nicht auf die Industrie aus. Der augenfällige Unterschied zwischen Großbritannien und anderen Ländern liegt darin, daß das Finanzsystem es nicht zustande brachte, langfristig angelegtes Sparkapital langfristig zu investieren. Die City (so wird das Finanzsystem landläufig genannt, *d.Verf.*) hat eine besondere Könnerschaft darin entwickelt, auf dem Waren- und Devisenmarkt sowie an der Börse zu spekulieren, Geld außer Landes zu schaffen und ein Riesenkarussell von festverzinslichen Papieren in Bewegung zu halten. Die Grundfunktion eines Finanzsystems, die Verbindung zwischen Sparkapital und Investition herzustellen, scheint darüber vergessen zu sein ... Die Wirtschaftspolitik der LabourParty will die produktiven Ressourcen des Landes durch wirtschaftliche Expansion und industrielle Planung mobilisieren und so zur Vollbeschäftigung zurückkehren. Dazu müssen wir zunächst die finanziellen Ressourcen mobilisieren, um öffentliche und private Investitionen zu unterstützen.“

Das ist der Grundtenor des Berichts, der dann entsprechend fordert, daß eine National Investment Bank (NIB) eingerichtet wird, die „die Gewinne des Nordseeöls und Sparkapital aus Pensionskassen und Lebensversicherungen für die industrielle Investition bereitstellen“ soll. Die NIB soll dann „finanzieller Arm der Planung“ durch eine Labour-Regierung werden und einem noch zu schaffenden Ministerium für Planung verantwortlich sein. Für den Fall mangelnder Kooperation mit der Regierungspolitik und der NIB soll vorsorglich die Verstaatlichung einer oder mehrerer der Großbanken vorbereitet werden.

Auf andere Programmpunkte und Forderungen des Labour-Kongresses will ich hier nicht näher eingehen. Die oben zitierten Auszüge aus dem Bericht „The City“ machen eigentlich die wirtschaftspolitische Grundauffassung der Gewerkschaften und der Labour-Party deutlich. Nach Auffassung von Labour liegt die „Grundfunktion des



Die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, insbesondere im Gesundheitswesen, haben ihren Kampf noch nicht aufgegeben, aber die niedrigen Lohnabschlüsse im gewerblichen Bereich sind drückend.

Finanzsystems“ darin, „die Verbindung von Sparkapital und Investition herzustellen“. Tatsächlich besteht aber das Problem nicht darin, daß die Banken nicht bereit wären, Kapital für produktive Investitionen zur Verfügung zu stellen. Es ist ja genügend Kapital da, die Zinsen für Kredite wurden gesenkt, bloß drängt das Kapital nicht in produktive Bereiche, weil das Sinken der Profitrate den Kapitaleigentümern z.B. festverzinsliche Papiere und Waren- und Devisengeschäfte einträgli-

den Ruhestand. Insbesondere gäbe es natürlich einen großen „Nachholbedarf in Sachen Lohnmäßigung“. Von 1970 bis 1980 seien die britischen Löhne um etwa 346% gestiegen, die Produktivität dagegen nur um 26%, wohingegen es in den wichtigsten Konkurrenzländern nur 190% Lohnsteigerung bei einer Produktivitätssteigerung von 52% waren. In solchen Milchmädchenrechnungen, die Prozentzahlen vergleichen, die sich auf vollkommen verschiedene absolute Zahlen, nämlich



Die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, insbesondere im Gesundheitswesen, haben ihren Kampf noch nicht aufgegeben, aber die niedrigen Lohnabschlüsse im gewerblichen Bereich sind drückend.

Finanzsystems“ darin, „die Verbindung von Sparkapital und Investition herzustellen“. Tatsächlich besteht aber das Problem nicht darin, daß die Banken nicht bereit wären, Kapital für produktive Investitionen zur Verfügung zu stellen. Es ist ja genügend Kapital da, die Zinsen für Kredite wurden gesenkt, bloß drängt das Kapital nicht in produktive Bereiche, weil das Sinken der Profitrate den Kapitaleigentümern z.B. festverzinsliche Papiere und Waren-und Devisengeschäfte einträglicher macht. Selbst die Forderung nach vollständiger Verstaatlichung der Banken und Versicherungen, von der die Labour-Party seit 1971 immer mehr abgerückt ist, würde *dieses* Problem nicht lösen. Denn nicht die kreditgebende Bank entscheidet darüber, ob sich eine „produktive“ Investition lohnt oder nicht oder ob es mehr einbringt, Geld in Wertpapieren anzulegen. Eine Verstaatlichung des Bankensystems könnte Voraussetzung oder Rahmen sein für Maßnahmen zur Einschränkung der Souveränität der Kapitalisten in ihren Entscheidungen über Investitionen und Produktion, die sich nach der Profitrate richten. Die Verstaatlichung selber ändert aber weder etwas an der Souveränität der Kapitalisten noch daran, daß ihre Entscheidungen sich nach der Profitrate richten.

Auch die – weitergehende – Forderung des Labour-Kongresses nach Einrichtung einer NIB, die die Profite von Versicherungsgesellschaften und Ölgesellschaften verwaltet, wäre nur der erste Schritt für eine Einschränkung der Souveränität der Kapitalisten über die Produktion. Und die bisherigen Verstaatlichungen lassen nicht viel Hoffnung aufkommen, daß bei einer solchen Maßnahme für die Lohnabhängigen viel herauskommt.

Trotzdem muß man sehen, daß eine Labour-Regierung, falls sie zustande kommen würde – was noch lange nicht raus ist – die Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung verbessern würde. Diese Regierung würde ausschließlich von den Gewerkschaften abhängen und es würde an ihnen liegen, daß es nicht wie in den früheren Regierungswechseln zu reinen Wechselbädern zwischen staatlicher Investitionstätigkeit und Reprivatisierung kommt.

Das Kapital ruft nach Maßnahmen

Der britische Kapitalistenverband hat seinerseits für seine Jahrestagung eine Studie anfertigen lassen, auf deren Grundlage er von der Regierung ein „Beschäftigungspaket“ fordert. Statt der 9 Mrd. Pfund, die das Konjunkturprogramm der Labour-Party kosten würde, soll das Kapitalistenprogramm „nur“ 7,5 Mrd. kosten. Im einzelnen sind die Forderungen: öffentliche Bauprogramme, ein Jugendarbeitsprogramm sowie eine Subventionierung des Jobsharing, wodurch 200000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, Subventionierung der Kurzarbeit und des frühzeitigen Ausscheidens in den Ruhestand. Insbesondere gäbe es natürlich einen großen „Nachholbedarf in Sachen Lohnmäßigung“. Von 1970 bis 1980 seien die britischen Löhne um etwa 346% gestiegen, die Produktivität dagegen nur um 26%, wohingegen es in den wichtigsten Konkurrenzländern nur 190% Lohnsteigerung bei einer Produktivitätssteigerung von 52% waren. In solchen Milchmädchenrechnungen, die Prozentzahlen vergleichen, die sich auf vollkommen verschiedene absolute Zahlen, nämlich Lohnzahlungen und angelegtes Kapital, beziehen, sind die Kapitalisten groß.

Da die Regierung auf diesem Ohr nicht taub ist, hat sie der Wirtschaft bereits Impulse gegeben, die dazu beitragen sollen, die überalterten Fabriken und Anlagen nicht nur verrotten zu lassen, wie es derzeit stattfindet, sondern neue, international konkurrenzfähige zu errichten. So wurden im Nordosten Englands, der sich besonders gut für die Verkehrs- und Umschlagbeziehungen zu Skandinavien eignet, Unternehmenszonen eingerichtet, die den Unternehmen alle nur wünschbaren Vorteile bieten: Ortssteuern, wie sonst üblich, werden dort nicht erhoben; Industriebetriebe können mit öffentlichen Zuschüssen von 22% zu den Kosten neuer Gebäude, Anlagen und Maschinen rechnen; örtliche Behörden helfen mit billigen Krediten; bis zu 100% Abschreibung sind im ersten Jahr möglich; für die meisten Bauvorhaben braucht es keine Planungsgenehmigung; für andere, z.B. mit starken Emissionen, gilt ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren. Nach Presseberichten soll das Interesse der Kapitalisten an diesen Möglichkeiten rege sein, ob sie dann letztendlich dort investieren werden, ist noch nicht raus. Sie warten noch ab, ob sich der „Nachholbedarf an Lohnmäßigung“ für alle industriellen Bereiche und den öffentlichen Dienst soweit durchsetzen läßt, daß davon neben der gegenwärtigen noch stattfindenden Vernichtung von Kapital in Form der Pleiten eine positive Wirkung auf die Profitrate ausgeht und sich produktive Investitionen wieder rentieren. Bisher ist das noch nicht der Fall.

ARBED Saarstahl vor dem Konkurs?



kab. Mehr als 20000 Menschen, überwiegend Stahlarbeiter, demonstrierten am 22. Oktober in Völklingen gegen drohende Massenentlassungen und Streichung sozialer Leistungen bei der ARBED Saarstahl.

Die verschärfte internationale Konkurrenz auf dem Stahlmarkt hat jetzt ARBED-Saarstahl an den Rand des Konkurses getrieben. Praktisch ist das Unternehmen schon pleite: Ohne die am 3. November vom Bundeskabinett gefällte Entscheidung, der ARBED Saarstahl einen bedingt rückzahlbaren Überbrückungskredit von 75 Millionen DM zu gewähren, könnte die Geschäftsführung noch nicht einmal den nächsten Monatslohn zahlen.

Mit der Subventionierung von ARBED-Saarstahl geht die Bundesregierung – wenn auch zaghaft – den Weg fast aller anderen westeuropäischen Regierungen, die die Stahlindustrie ihrer Länder mehr oder weniger kräftig subventionieren, seitdem nach dem Herbst 1974 die Stahlkrise scheinbar wie eine Naturgewalt über den internationalen Stahlmarkt hereingebrochen ist und jetzt zum „katastrophalsten Jahr" in der Nachkriegsgeschichte geführt hat, wie auf dem „Stahl-Gipfel" in Tokio vor wenigen Wochen geklagt wurde. Das Jahr 1974, das war das Jahr des Stahlbooms, das war das Goldene Zeitalter, von dem die Stahlkapitalisten heute mit feuchten Augen schwärmen. Mit dem Jahr 1974 beginnt für die Stahlkapitalisten die Zeitrechnung der neueren Geschichte, die in „das Tal der Tränen" (FAZ 5.11.'82) führte zu einer „insgesamt verrückt gewordenen Welt des Stahls" (FAZ 28.9.'81).

Nach einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der EG-Kommission sank in der EG die Zahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie von 795600 im Jahre 1974 um 31% auf 548600 im Jahre 1981. Mit einem weiteren drastischen Abbau des Personalbestandes ist zu rechnen, denn nach den Berechnungen der EG-Kommission wird im Jahre 1985 ein effektiver Stahlbedarf von etwa 120,8 Millionen Tonnen vorhanden sein, während die maximale Produktionsmöglichkeit bei 200,1 Millionen Tonnen trotz Einschränkung der Kapazitäten liegen wird. Der Stahlmarkt ist übersättigt, und die Stahlunternehmen sehen sich gezwungen, ihre Kapazitäten zurückzufahren. Allein in der BRD sind seit dem Boomjahr bis zum September vergangenen Jahres 20 Hochöfen, 100 Stahlaggregate und 49 Walzstraßen stillgelegt worden.

Die weltweite Stahlkrise deckte sehr schnell die strukturellen Schwächen der saarländischen Stahlindustrie auf: aufgesplitterte Produktionsstandorte (Völklingen, Saarbrücken-Burbach, Neunkirchen, Dillingen), aufgesplitterte Eigentumsverhältnisse (50%- oder Mehrheitsbeteiligungen bei den Familien Stumm und Röchling, Otto Wolff, ARBED, und der französischen Marine Wendel S.A.), Standortnachteile. Zum Teil waren die Anlagen veraltet. Sowohl das Neunkircher Eisenwerk als auch die Stahlwerke Röchling-Burbach

Jahre 1974 um 31% auf 548600 im Jahre 1981. Mit einem weiteren drastischen Abbau des Personalbestandes ist zu rechnen, denn nach den Berechnungen der EG-Kommission wird im Jahre 1985 ein effektiver Stahlbedarf von etwa 120,8 Millionen Tonnen vorhanden sein, während die maximale Produktionsmöglichkeit bei 200,1 Millionen Tonnen trotz Einschränkung der Kapazitäten liegen wird. Der Stahlmarkt ist übersättigt, und die Stahlunternehmen sehen sich gezwungen, ihre Kapazitäten zurückzufahren. Allein in der BRD sind seit dem Boomjahr bis zum September vergangenen Jahres 20 Hochöfen, 100 Stahlaggregate und 49 Walzstraßen stillgelegt worden.

Die weltweite Stahlkrise deckte sehr schnell die strukturellen Schwächen der saarländischen Stahlindustrie auf: aufgesplitterte Produktionsstandorte (Völklingen, Saarbrücken-Burbach, Neunkirchen, Dillingen), aufgesplitterte Eigentumsverhältnisse (50%- oder Mehrheitsbeteiligungen bei den Familien Stumm und Röchling, Otto Wolff, ARBED, und der französischen Marine Wendel S.A.), Standortnachteile. Zum Teil waren die Anlagen veraltet. Sowohl das Neunkircher Eisenwerk als auch die Stahlwerke Röchling-Burbach



waren tief in die roten Zahlen gerutscht. Es wurde Dauerkurzarbeit gefahren, ausscheidende Belegschaftsangehörige wurde nicht ersetzt. Schon damals, im Jahre 1977, drohte das „Aus" für die saarländische Stahlindustrie. Die Geschäftsführung reagierte mit Massenentlassungen.

Eine Erhaltung des Montankerns schien möglich, als die ARBED 1977 Interesse bekundete, ihr Engagement an der Saar erheblich zu verstärken. Als die ARBED das marode Neunkircher Eisenwerk und die zweite Hälfte der Stahlwerke Röchling Burbach aufkaufte, spekulierte sie auf Bildung eines europäischen Stahlimperiums mit Hilfe einer verkleinerten, aber modernen Produktionsanlage, bereinigter Produktionspalette, einer verringerten, jedoch hochqualifizierten Belegschaft und vor allem einer saftigen finanziellen Unterstützung durch den Staat für die Modernisierungs- und Rationalisierungsvorhaben. Daß sie weder gewillt noch in der Lage war, die Sanierung der saarländischen Stahlindustrie aus eigenen Mitteln zu bestreiten, hatte die ARBED von vornherein deutlich gemacht. Daraufhin erklärte sich die Bundesregierung bereit, die notwendigen Zuschüsse und Bürgschaften aufzubringen, wenn die ARBED ein tragfähiges Konzept vorlege und als Sicherheit für die Bundesregierung alle ihre Beteiligungen in der Bundesrepublik verpfände.

Die Bedingungen wurden erfüllt, die Treuarbeit prüfte und hatte keine Einwände, daraufhin gab die Bundesregierung grünes Licht. Die Neuordnung

kab. Mehr als 20000 Menschen, überwiegend Stahlarbeiter, demonstrierten am 22. Oktober in Völklingen gegen drohende Massenentlassungen und Streichung sozialer Leistungen bei der ARBED Saarstahl.

nen Produktionsanlage, bereinigter Produktionspalette, einer verringerten, jedoch hochqualifizierten Belegschaft und vor allem einer saftigen finanziellen Unterstützung durch den Staat für die Modernisierungs- und Rationalisierungsvorhaben. Daß sie weder gewillt noch in der Lage war, die Sanierung der saarländischen Stahlindustrie aus eigenen Mitteln zu bestreiten, hatte die ARBED von vornherein deutlich gemacht. Daraufhin erklärte sich die Bundesregierung bereit, die notwendigen Zuschüsse und Bürgschaften aufzubringen, wenn die ARBED ein tragfähiges Konzept vorlege und als Sicherheit für die Bundesregierung alle ihre Beteiligungen in der Bundesrepublik verpfände.

Die Bedingungen wurden erfüllt, die Treuarbeit prüfte und hatte keine Einwände, daraufhin gab die Bundesregierung grünes Licht. Die Neuordnung

sollte unter anderem beinhalten: Alle drei Saar-Hütten bilden eine gemeinsame Roheisengesellschaft mit dem Ziel, die Roheisenerzeugung auf *ein* Hochofenwerk mit Sitz in Dillingen zu konzentrieren, das eine kostengünstigere Roheisenversorgung auf Sicht für jedes Werk sicher stellen soll; mit Inbetriebnahme des Blasstahlwerkes in Völklingen soll das Stahlwerk in Neunkirchen fallen; das Stahlwerk in Burbach wird „eingemottet" und 1981 wieder „entmottet"; in Neunkirchen sollen noch zwei Walzstraßen verbleiben; ca. 8700 Arbeitsplätze gehen verloren; die Restrukturierung soll bis 1984 beendet sein.

„Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften hatten der technischen Konzeption keine Alternative entgegenzusetzen", schrieb Rudolf Judith, IGM-Vorstandsmitglied und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ARBED-Saarstahl, später zur Haltung der Gewerkschaften. Die IGM konzentrierte sich auf die soziale „Abfederung" der Restrukturierung. Sie setzte einen schriftlichen Vertrag durch, der im wesentlichen folgende Punkte enthält:

● Im Zuge der Umsetzung des Sanierungskonzeptes werden keine Entlassungen vorgenommen. Der vorgesehene Personalabbau erfolgt nur über die normale Fluktuation oder durch Kündigung zum Zwecke der Pensionierung auf freiwilliger Basis. Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, können sich frühzeitig pensionieren lassen und erhalten als Ausgleich für die Minderung der Rente eine einmali-

werkschaften hatten der technischen Konzeption keine Alternative entgegenzusetzen", schrieb Rudolf Judith, IGM-Vorstandsmitglied und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ARBED-Saarstahl, später zur Haltung der Gewerkschaften. Die IGM konzentrierte sich auf die soziale „Abfederung" der Restrukturierung. Sie setzte einen schriftlichen Vertrag durch, der im wesentlichen folgende Punkte enthält:

● Im Zuge der Umsetzung des Sanierungskonzeptes werden keine Entlassungen vorgenommen. Der vorgesehene Personalabbau erfolgt nur über die normale Fluktuation oder durch Kündigung zum Zwecke der Pensionierung auf freiwilliger Basis. Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, können sich frühzeitig pensionieren lassen und erhalten als Ausgleich für die Minderung der Rente eine einmali-

ge Abfindung in Höhe von 7500 bis 10000 DM. Bis zur Erreichung des Rentenalters wird eine Überbrückungsbeihilfe in Höhe von 65% bis 75% des Bruttolohnes gezahlt.

● Unvermeidliche Versetzungen und Umsetzungen sind nur zulässig auf andere gleichwertige und zumutbare Arbeitsplätze, wobei der bisherige Lohn 5 Jahre weitergezahlt wird, ohne Mehrarbeitsvergütung, aber einschließlich der Zulagen.

● Die Unternehmen sind verpflichtet, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um notwendige Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

● Die Ausbildungskapazitäten bleiben qualitativ wie quantitativ erhalten.

Dieses Restrukturierungsprogramm wurde in der Vergangenheit häufig als „modellhaft" bezeichnet: die Kapitalisten waren angetan von dem Sanierungskonzept der ARBED, die Gewerkschaften wiederum waren stolz auf die Sozialplan-Regelung, die einen Präzedenzfall für die Eisen- und Stahlindustrie schuf. Heute steht dieses „Modell" aufgrund der wirtschaftlichen Talfahrt inzwischen auf ziemlich tönernen Füßen.

Etwa 2,2 Milliarden DM haben Bundes- und Landesregierung in die Stahlwerke Röchling-Burbach bzw. ARBED-Saarstahl hineingepumpt. Die Bürgschaften in Höhe von 1,1 Milliarden DM hält Lambsdorff bereits für verloren. Die Gewährung weiterer Zuschüsse hat die Bundesregierung von harten Auflagen abhängig gemacht, die innerhalb des laufenden Monats erfüllt werden sollen. Unterdessen wird schon laut über einen möglichen Konkurs von ARBED-Saarstahl nachgedacht, denn die Talfahrt des Unternehmens hat sich in einen freien Fall verwandelt. Nachdem der Auftragseingang im ersten Vierteljahr noch positive Prozentzahlen aufgewiesen hatte, lag er im Juli um 35%, im August um 35,5% und im September um 40% unter den Vergleichswerten des Jahres 1981. Die Kapazitäten sind noch nicht einmal zu 50% ausgelastet.

In den Hütten an der Ruhr sieht es zwar nicht wesentlich anders aus, aber das Ruhrgebiet hat Standortvorteile. Die dortigen Stahlwerke könnten die Aufträge, die zur Zeit an ARBED-Saarstahl gehen, ohne weiteres mit übernehmen, sie bräuchten noch nicht einmal zusätzliche Arbeiter einzustellen.

Der von Rudolf Judith geäußerte Verdacht, daß die Bundesregierung einen „Sanierungsausverkauf" betreibe, an dessen Ende ein Konkurs stehen werde, ist also keineswegs aus der Luft gegriffen. Aber auch von seiten der luxemburgischen Muttergesellschaft könnte durchaus ein Interesse an einem Konkurs bestehen. Es ist nämlich ein offenes Geheimnis, daß ARBED-Präsident Tesch im Zuge der abschüssigen Entwicklung auf dem Stahlsektor daraufhin arbeitete, seine Operationsbasis Luxemburg auf Kosten der saarländischen Betriebe zu stärken. So sollen die Rosinen im Auftragskuchen nach Luxemburg gewandert sein, wo die Produktionsanlagen mit Hilfe von Technologietransfers (Patente etc.) aus dem Saarland aufgepäppelt wurden. Das „Handelsblatt" in einem Kommentar zur Position der ARBED: „Die Mutter ARBED selbst kann jetzt schon aus innenpolitischen Gründen nicht anders, als zuvörderst an ihre luxemburgischen Betriebe zu denken ... Die ARBED, dies darf nicht vergessen werden, bedeutet für Luxemburg mehr als Saarstahl für die Bundesrepublik." Und: „Bei den Schwierigkeiten der Gesellschaft ist auch ein Vergleich oder ein Konkurs auf Sicht nicht auszuschließen." (HB 1./2.11.1982)



Das „Handelsblatt" in einem Kommentar zur Position der ARBED: „Die Mutter ARBED selbst kann jetzt schon aus innenpolitischen Gründen nicht anders, als zuvörderst an ihre luxemburgischen Betriebe zu denken ... Die ARBED, dies darf nicht vergessen werden, bedeutet für Luxemburg mehr als Saarstahl für die Bundesrepublik." Und: „Bei den Schwierigkeiten der Gesellschaft ist auch ein Vergleich oder ein Konkurs auf Sicht nicht auszuschließen." (HB 1./2.11.1982)



Ein Konkurs der ARBED-Saarstahl würde sich nicht nur auf die dann ehemaligen Beschäftigten, sondern auf das gesamte Saarland verheerend auswirken. Ca. 1000 meist mittelständische Unternehmen im Saarland sind Lieferanten von Saarstahl, das von seinem Beschaffungsvolumen jährlich 800-900 Millionen DM an der Saar ausgibt. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken hängen an jedem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie 2 bis 3 Arbeitsplätze in den übrigen Industrie und im Dienstleistungssektor. Mit anderen Worten: Bei einem Konkurs von Saarstahl würde die Anzahl der Arbeitslosen im Saarland um 60-80000 auf 100-120000 ansteigen, die Arbeitslosenquote würde zwischen 25 und 30% betragen. Im Saarland dominiert auch heute noch die Montanindustrie, selbst der Weiterverarbeitungssektor ist unterentwickelt; die ARBED hat ihr Versprechen, in diesem Bereich Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, nicht gehalten, sondern beabsichtigt stattdessen auch dort, 526 Arbeitsplätze zu vernichten. Ein weiteres Ergebnis des Konkurses wäre, daß die von den Gewerkschaften durchgesetzten Sozialpläne Makulatur würden. Aus der Konkursmasse wären kaum die Mittel zu erlösen, die für die Finanzierung der Sozialpläne nötig wären.

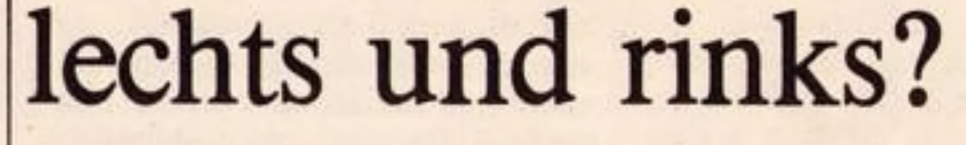
Die Tatsache, daß über der Belegschaft und den mit Sozialplan Ausgeschiedenen der drohende Konkurs wie ein Damoklesschwert schwebt, macht sich nun die Bundesregierung zunutze. Nachdem die Saarstahl-Geschäftsführung so um die zwanzig Sanierungskonzepte der Regierung zur Bewilligung vorgelegt hatte, die allesamt abgelehnt wurden, weil sie nicht realistisch und „tragfähig" wären, wurde am 3. November ein Konzept akzeptiert, das von einer monatlichen Produktion von 150-160000 Tonnen (bei einer Gesamtrohstahlkapazität von 300000 Tonnen) ausgeht. Es sieht vor, bis 1985 zum einen ständig 5500 Mann in einem rotierenden System quer durch alle Bereiche kurzarbeiten zu lassen und zum anderen das Personal in einer Kombination von Fluktuation und Abfindungsmaßnahmen „abzubauen". Die Gewährung eines bedingt rückzahlbaren Überbrückungskredites in Höhe von 75 Millionen DM wurde an die Bedingung geknüpft, daß die ARBED-Muttergesellschaft, die Banken und die Belegschaft jeweils einen „zusätzlichen substantiellen Beitrag zur Finanzierung dieser Maßnahmen leisten". Die luxemburgische ARBED soll mit eigenen Mitteln die Gesundung von Saarstahl finanziell unterstützen, was Tesch bisher immer für nicht möglich erklärt hatte. Die Banken sollen auf die Zinsforderungen aus unverbürgten Krediten verzichten, gleichzeitig aber ihre Kreditzusagen unverändert aufrechterhalten. Die Arbeiter und Angestellten sollen auf 50% ihres Weihnachtsgeldes verzichten und diesen Betrag ARBED-Saarstahl als zinslosen Kredit zur Verfügung stellen, sie sollen bei der Kurzarbeit auf den Härteausgleich verzichten, sie sollen eine Veränderung der tarifvertraglichen Voraussetzungen akzeptieren, sie sollen Abfindungsmaßnahmen zustimmen, die lange nicht so „üppig" und „großzügig" ausgestattet sein werden wie die bisherigen Sozialpläne.

Das Ganze also ein frontaler Angriff auf erkämpfte Zahlungen und Rechte, der in seiner Bedeutung weit über die saarländische Stahlindustrie hinaus-

sie sollen bei der Kurzarbeit auf den Härteausgleich verzichten, sie sollen eine Veränderung der tarifvertraglichen Voraussetzungen akzeptieren, sie sollen Abfindungsmaßnahmen zustimmen, die lange nicht so „üppig" und „großzügig" ausgestattet sein werden wie die bisherigen Sozialpläne.

Das Ganze also ein frontaler Angriff auf erkämpfte Zahlungen und Rechte, der in seiner Bedeutung weit über die saarländische Stahlindustrie hinaus-

geht. Die „Veränderung der tarifvertraglichen Voraussetzungen" ist eine milde Umschreibung für die Vereinbarung eines Haustarifes, „der der miserablen Lage des Unternehmens angemessen ist", wie Lambsdorff im Fernsehen kühl formulierte. Das Weihnachtsgeld sollte ursprünglich völlig gestrichen werden, so lautete jedenfalls der Vorschlag des saarländischen Wirtschaftsministers Hügel, Druckereibesitzer. Rudolf Judith dazu auf der Belegschaftsversammlung am 22.10.: „Ich weiß nicht, ob der Minister noch zu retten ist." und weiter: „Der Verzicht auf tarifliche Leistungen kommt für uns nicht in Frage!" Denn: „Wenn wir an einer Ecke uns tarifliche Leistungen wegnehmen lassen, dann haben wir das Chaos, und die Unternehmer nutzen die Gunst der Stunde, eine tarifliche Leistung nach der anderen uns wegzunehmen!" Bleibe die Gewerkschaft bei ihrer Haltung, so der „Spiegel" vom 8.11.1982, „könnte der Fall Saarstahl zur ersten großen Auseinandersetzung der neuen Regierung mit den Arbeitnehmervertretern werden". Das müßte er wohl auch, denn selbst der feste Wille der saarländischen Stahlarbeiter, eine Durchbrechung tarifrechtlicher Bestimmungen zu verhindern, wie er von Rednern auf der Belegschaftsversammlung formuliert wurde, wird unter den bestehenden Kampfbedingungen an der Saar allein wohl kaum ausreichen.



lechts und rinks?

Neuere intellektuelle Moden, Stimmungen und Theorien

Von Bernd Wagner

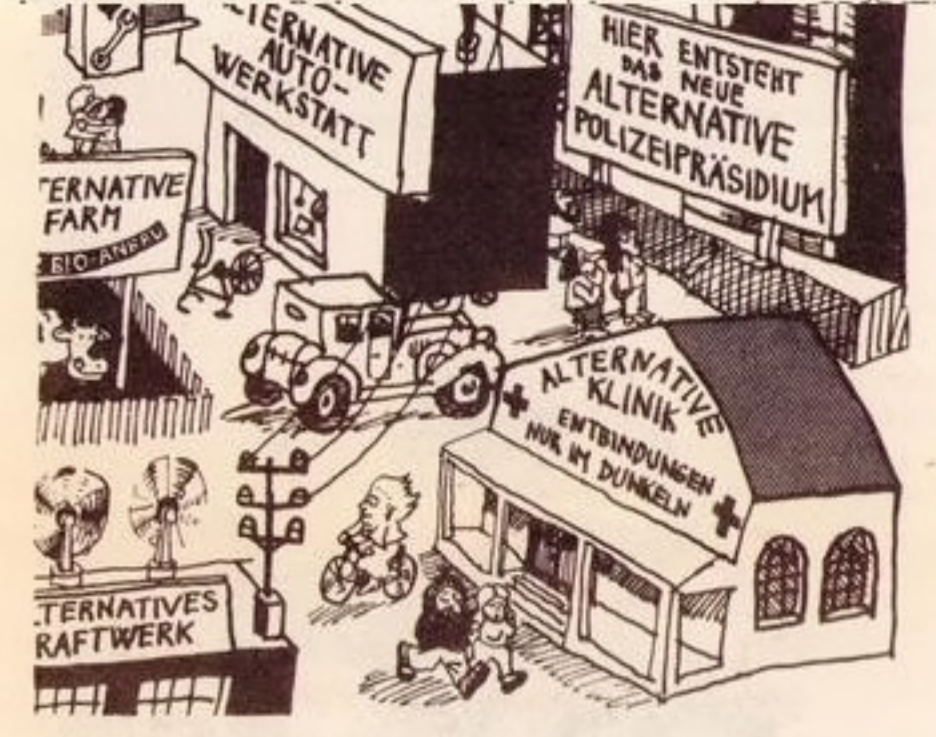
Rudolf Bahro hat erst jüngst wieder in seiner Kritik an einem Vorschlag der „Bundeswirtschafts AG“ der GRÜNEN die Überwindung der traditionellen politischen Richtungseinteilung in links und rechts, fortschrittlich und konservativ, zu *„dem* epochalen Vorgang“ unserer politischen Entwicklung erklärt. (taz 3.11. 1982) Bahro weiß sich dabei mit dem formulierten Selbstverständnis eines großen Teils der GRÜNEN, der Alternativ-, Ökologie- und Frauenbewegung einig. Gleichwohl nur mit einem Teil und mit einem meines Erachtens geringer werdenden Teil. In dem Maße, wie sich die verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen und die GRÜNEN zu realen gesellschaftlichen Kräften entwickeln, die in der Lage sind, Einfluß zu nehmen und die nicht

> manche meinen
> lechts und rinks
> kann man nicht
> velwechsern
> werch ein illtum
> E. Jandl

mehr in die Ecke der Utopisten und Spinner gestellt und damit isoliert werden können, müssen sie sich, *auch* im traditionellen Sinn, politisch verhalten, eine Politik „am Staat vorbei“, wie häufig gefordert und propagiert, geht nicht oder nur sehr bedingt. Verharren die verschiedenen Bewegungen in ihren selbstgenügsamen Alternativecken, wo



die „alte Lagermentalität“ der KP-und ML-Zeit mit „menschlichem Antlitz“ als Fundamentalopposition oder als „Überwindung der Lohnarbeit durch Instandbesetzung“ weiterlebt, wird der gegenwärtige Aufschwung der alternativen gesellschaftlichen Bewegungen nur eine kurze Episode bleiben. In dem Maße aber, wie sich diese Gruppen und Bewegungen politisch begreifen und verhalten müssen, werden die herkömmlichen politischen Richtungsbe-



die „alte Lagermentalität“ der KP-und ML-Zeit mit „menschlichem Antlitz“ als Fundamentalopposition oder als „Überwindung der Lohnarbeit durch Instandbesetzung“ weiterlebt, wird der gegenwärtige Aufschwung der alternativen gesellschaftlichen Bewegungen nur eine kurze Episode bleiben. In dem Maße aber, wie sich diese Gruppen und Bewegungen politisch begreifen und verhalten müssen, werden die herkömmlichen politischen Richtungsbe-
stimmungen neu an Bedeutung gewinnen, auch wenn die Inhalte dieser Richtungsbegriffe neu bestimmt werden müssen und die Politikformen sich ändern.

Wenn in der politischen Praxis zum ersten Mal seit der Studentenbewegung wieder in relevantem Umfang Positionen vertreten werden, die den herrschenden Auffassungen grundsätzlich entgegenstehen, und diese Positionen und Vorstellungen sich teilweise und in zunehmendem Maße an linken Positionen, sozialistischer Theorie und marxistischer Analyse orientieren und diese auch weiterentwickeln, so steht dies nicht nur in einem Widerspruch zu einem formulierten Selbstverständnis, das sich bewußt nicht auf die traditionellen Begrifflichkeiten bezieht, sondern vor allem steht diese im Widerspruch zu den formulierten Ansprüchen und Vorstellungen von intellektuellen Interpreten, Ideologen und Wortführern der gegenwärtigen politischen Entwicklung. Was in der Praxis teilweise stattfindet, die Entwicklung der Positionen der GRÜNEN zur Wirtschaftspolitik sind dafür ein anschauliches Beispiel, findet nur schwerlich und langsam seine Entsprechung auf der Ebene der Theorie und Begriffsbildung. Hier ist die Infragestellung der politischen Richtungsbestimmungen und das Nicht-Mehr-Bezugnehmen auf die theoretische Begrifflichkeit durch die (ehemals) linken Intellektuellen richtig zur Mode geworden. Die weitgehende praxisirrelevante linke Theorie der 70er Jahre ist durch eine weitgehend theorielose Praxis der „neuen sozialen Bewegungen“ der 80er Jahre abgelöst worden und, und hier liegt der entscheidende Fehler, gerade von den vormals linken Theoretikern und Intellektuellen zum Programm erhoben worden.

„Linker Konservatismus“ und die Mode des Abschiednehmens

Die cleveren Geschäftsleute vom Trikont Verlag haben kurz und bündig auf einen Scheinbegriff gebracht, wonach Herz und Gefühl der alt gewordenen Linken nach soviel enttäuschten Revolutionshoffnungen begehren: „Wir sind konservativ geworden und revolutionär geblieben.“ (Wohin das beim Trikont Verlag geführt hat, wurde an einigen Beispielen in der KVZ 40/1982 gezeigt.)

Die Debatte um die Goethe-Preisverleihung an Ernst Jünger hat nochmal bestätigt, daß der Trikont Verlag und viele andere sich recht gut an eine Stimmung angepaßt haben, die seit einigen Jahren unter den Intellektuellen grassiert. Da fand der Konservative, Reaktionär, Kriegsverherrlicher und Antisemit Ernst Jünger vehemente Verteidiger etwa im „Pflasterstrand“ oder in der „taz“. Ernst Jünger als Käfersammler, kosmischer Mystiker, Rauschgiftkonsument und „Grüner“

verleihung an Ernst Jünger hat noch mal bestätigt, daß der Trikont Verlag und viele andere sich recht gut an eine Stimmung angepaßt haben, die seit einigen Jahren unter den Intellektuellen grassiert. Da fand der Konservative, Reaktionär, Kriegsverherrlicher und Antisemit Ernst Jünger vehemente Verteidiger etwa im „Pflasterstrand“ oder in der „taz“. Ernst Jünger als Käfersammler, kosmischer Mystiker, Rauschgiftkonsument und „Grüner“
lange vor den GRÜNEN wog da bedeutend mehr, und den GRÜNEN im Römer, die die Debatte mit ihrem Antrag auf Nichtverleihung vom Zaun gebrochen hatten, wurde Zensur, Gesinnungsschnüffelei, Blockwartgesinnung und was nicht noch alles vorgehalten, so etwa von Joschka Fischer im „Pflasterstrand“, Jürgen Seiffert in der „taz“oder Jörg Fauser im „TIP“.

Die „Jünger-Debatte“ mit teilweise vertauschten Rollen – denn gemeinhin gilt der „Pflasterstrand“ als links und gerade die hessischen GRÜNEN und hier vor allem die Frankfurter eher als „wertkonservativ“ – ist nur ein Ausdruck eines seit einigen Jahren stattfindenden Prozesses, wo Linke sich zu Naturmystikern verwandelt haben, an die Stelle des Proletariats und der neuen Mittelklassen indianische Schamanen und indische Gurus getreten sind, statt Marx, Mao und Gramsci jetzt Nietzsche, Benn und Tolkien gelesen werden und an die Stelle von Marxscher Kapitalanalyse, Hegelscher Geschichtsphilosophie und Leninscher Revolutionstheorie jetzt Bhagwansprüche, Selbsterfahrungsdiskussionen und Trauerarbeit treten.

In den einleitenden Bemerkungen zu dem Themenheft „linker Konservatismus?“ von „Ästhetik und Kommunikation“ hat Eberhard Knödler-Bunte vor drei Jahren unter der Überschrift „Warum wir am Ende nicht viel schlauer sind“ resümierend und auch etwas resignierend festgestellt: „Am Ende war uns unklar, ob der Begriff des ‚Linken Konservatismus‘ überhaupt taugt, uns die gegenwärtigen Probleme zu verdeutlichen. Sicher waren wir darin, daß der Begriff des Konservatismus uns keinen analytischen Zugang mehr eröffnet. Die große Scheidelinie von konservativem und progressivem Lager, von Irrationalität und Vernunft, von der Georg Lukács in ‚Zerstörung der Vernunft‘ ausgegangen war, hat ihre Glaubwürdigkeit verloren, vielleicht sogar noch nie besessen.“

Davor und danach ist noch dutzendweise die Überholtheit der „alten“ Scheidelinie bekräftigt, beteuert und verkündet worden, nur viel klarer war nichts geworden, außer der Erkenntnis, daß vielleicht alles falsch war, was je links und rechts eingeordnet worden war, oder zumindest, daß die alte Trennungslinie vor der ach so kompliziert gewordenen Wirklichkeit jetzt versagen müsse. Und eins kann man noch als „Lernprozeß“ bei diesen Debatten, Reflexionen, Diskursen etc. feststellen: Je mehr und häufiger das Ende der alten Politikrichtungen verkündet wurde, desto weniger war die gesellschaftliche Wirklichkeit noch Gegenstand der Betrachtungen (wo spätestens seit den Regierungswechseln zu Thatcher und Reagan so etwas wie eine konservative oder reaktionäre Wende nicht mehr im Wolkenkuckucksheim gesucht werden mußte). Wirklich war nur noch das eigene Ich. Die Subjektivität, die Innerlichkeit, die innersten Bedürfnisse und Begierden wurden zum Archimedischen Punkt des Erkenntnisinteresses und des, soweit so etwas überhaupt noch vorhanden war, Ziels einer Veränderung der Wirklichkeit.

Daß die Scheidelinie zwischen konservativ und fortschrittlich, links und rechts im Verständnis vieler (ehemaliger) Linker brüchig geworden ist und an Glaubwürdigkeit verloren hat, geht einher mit der Mode des „Abschiednehmens“. Da wird Abschied genommen vom Proletariat, vom Marxismus, von Theorie und Begriffen überhaupt, vom Internationalismus, von der Politik, von der Vernunft etc. Und es wird Tabula rasa gemacht nach der Methode, daß das beste Mittel gegen Kopfschmerzen das Abhacken des Kopfes ist.

Nichts gegen das Überwinden von Fehlern und das Abschiednehmen von falschen und überholten Vorstellungen, Begriffen und Theorien – nur sollte das in einer theoretisch und prak-

stens seit den Regierungswechseln zu Thatcher und Reagan so etwas wie eine konservative oder reaktionäre Wende nicht mehr im Wolkenkuckucksheim gesucht werden mußte). Wirklich war nur noch das eigene Ich. Die Subjektivität, die Innerlichkeit, die innersten Bedürfnisse und Begierden wurden zum Archimedischen Punkt des Erkenntnisinteresses und des, soweit so etwas überhaupt noch vorhanden war, Ziels einer Veränderung der Wirklichkeit.

Daß die Scheidelinie zwischen konservativ und fortschrittlich, links und rechts im Verständnis vieler (ehemaliger) Linker brüchig geworden ist und an Glaubwürdigkeit verloren hat, geht einher mit der Mode des „Abschiednehmens“. Da wird Abschied genommen vom Proletariat, vom Marxismus, von Theorie und Begriffen überhaupt, vom Internationalismus, von der Politik, von der Vernunft etc. Und es wird Tabula rasa gemacht nach der Methode, daß das beste Mittel gegen Kopfschmerzen das Abhacken des Kopfes ist.

Nichts gegen das Überwinden von Fehlern und das Abschiednehmen von falschen und überholten Vorstellungen, Begriffen und Theorien – nur sollte das in einer theoretisch und prak-
tisch begründeten Kritik geschehen und nicht durch einfache Willenserklärungen, die so beliebig und wahllos sind, als würde es sich um die Entscheidung für eine grüne oder rote Jacke handeln. Findet man bei Andre Gorz' „Abschied vom Proletariat“ oder bei den „Neuen Philosophen“ in Frankreich noch so etwas wie theoretische Begründungen ihres Wechsels, auch wenn sie falsch sind und meistens nur mit Analogieschlüssen brillieren, aber nicht argumentieren, so ist vieles von dem, was gerade auch in Westdeutschland an neuen und neuesten Moden propagiert und verkündet wird, nichts weiter als ein neues Glaubensbekenntnis. Auf argumentative Auseinandersetzung, theoretische Beweisführung und die Trennung in richtig und falsch kommt es dabei gar nicht an, sondern auf das Verbreiten von Meinungen und Feststellungen, die durch nichts ausgewiesen sind, als dadurch, daß sie dieser oder jener sagt. Das Ganze nimmt dann auch nicht den Charakter eines theoretischen Streits an, sondern äußert sich in persönlichen Betroffenheitserklärungen, Nach- und Widerrufen, häufig noch genüßlich vorgebracht und mit der richtigen Portion gepflegter Melancholie, wo apokalyptischer Endzeitstimmung mit behaglicher Selbstzufriedenheit Ausdruck verliehen wird. Ein Lump, wer noch immer nicht begriffen hat, daß alles falsch war, was wir in den letzten 10 bis 20 Jahren dachten und taten, und ein Tor und Ewiggestriger, der an den „alten Ladenhütern“ festhält.

Einige Beispiele, willkürlich ausgewählt, so willkürlich und beliebig, wie diese ganze Mode ist, denn es handelt sich um Symptome einer Stimmung und nicht um Repräsentanten einer konkret bestimmbaren Richtung.

Der Marxismus ist endgültig tot! Es lebe die psychologische Revolution!

„Unser bisheriges Begriffssystem, unser überliefertes Analyseschema, unser auf die Arbeiterklasse bezogenes Selbstverständnis wird von der Wirklichkeit desavouiert. Nicht daß den beschreibenden und analytischen Feststellungen von Marx und ihrer Fortschreibung gar keine Realität mehr zukäme. Es läßt sich für die meisten noch immer eine Bestätigung finden. Aber das Paradigma als ganzes versagt, die aus dem Ansatz hergeleiteten Konsequenzen treten nicht ein.“ So Bahro in „Elemente einer neuen Politik“ (Berlin 1980, S. 203). Hier wird verkündet, statt sich der Anstrengung einer theoretischen und empirischen Beweisführung zu unterwerfen, und dann an anderer Stelle aufgefordert, Schluß zu machen mit „der *oberflächlichen* Kritik der Politischen Ökonomie“ und statt dessen *„fundamental* mit der Kritik der menschlichen Natur zu beginnen und mit der Suche nach dem Bösen in uns selber anzufangen ... Wir müssen mitten hineingehen in eine psychologische Revolution, die mit uns selbst beginnt und uns erlaubt, unsere Politik jenseits der aggressiven, von Klassenantagonismen geprägten Reaktionsmuster zu konstituieren, die den Extremismus innen bestätigen und vorantreiben“. (Überlegungen zu einem Neuansatz der Friedensbewegung, in: Befreiung Nr. 21, 1981, S. 10)

Oder Alexa Mohl bei der Beantwortung der selbstgestellten Frage „Wissenschaftlicher Sozialismus, was heißt das?“ in der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs“: „Was wir wollen und wie wir es erreichen, ist nicht der Logik der objektiven Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft abzugucken, steht auch nicht im ‚Kapital‘ und auch nicht in den anderen ‚blauen Bänden‘. Es entsteht in unserem Kopf und – um im Bild zu bleiben – in unserem Herzen und sonst nirgendwo. Wir müssen ihm in uns auf die Spur kommen, es durchsetzen, es leben.“ (Prokla 36, 3/1979, S. 105 f.)

Alle Begrifflichkeit ist von Übel

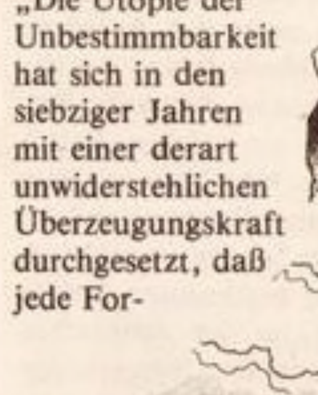
„Die Utopie der Unbestimmbarkeit hat sich in den siebziger Jahren mit einer derart

ung Nr. 21, 1981, S. 10)

Oder Alexa Mohl bei der Beantwortung der selbstgestellten Frage „Wissenschaftlicher Sozialismus, was heißt das?“ in der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs“: „Was wir wollen und wie wir es erreichen, ist nicht der Logik der objektiven Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft abzugucken, steht auch nicht im ‚Kapital‘ und auch nicht in den anderen ‚blauen Bänden‘. Es entsteht in unserem Kopf und – um im Bild zu bleiben – in unserem Herzen und sonst nirgendwo. Wir müssen ihm in uns auf die Spur kommen, es durchsetzen, es leben.“ (Prokla 36, 3/1979, S. 105 f.)

Alle Begrifflichkeit ist von Übel

„Die Utopie der Unbestimmbarkeit hat sich in den siebziger Jahren mit einer derart
unwiderstehlichen Überzeugungskraft durchgesetzt, daß jede Formulierung schon als Verrat an dieser Utopie erscheint. Deshalb muß jede Formulierung inauthentisch wirken: die hungrige Suchbewegung geht weiter.“ (Michael Rutschky in „Erfahrungshunger. Ein Essay über die siebziger Jahre“, Frankfurt 1982, S. 48)



Theorielosigkeit als Prinzip

„Theorie ist alles, was uns langweilt“ (Guattari, zit.n. Oskar Negt in „alternative“ 116 (1977), S. 219).

„Wir wollen keine Ideologie, gar nichts, einfach Luft haben .... Wir wollen atmen können ... Ideologie bedeutet Rezeptdenken. Während heute die Utopie bedeutet, träumen zu können.“ (Hans Pestalozzi, zit.n. Kursbuch 65 (Oktober 1981), S. 183)

Zielgerichtetes Handeln ist sinnlos

In seinen „Randbemerkungen zum Weltuntergang“ stellt Hans Magnus Enzensberger fest, „daß wir die Gesetze der Geschichte nicht kennen; daß auch der Klassenkampf ein ‚naturwüchsiger‘ Prozeß ist, den keine Avantgarde bewußt planen und leiten kann; daß die gesellschaftliche wie die natürliche Evolution kein Subjekt kennt und daß sie deshalb unvorhersehbar ist; daß wir mithin, wenn wir politisch handeln, nie das erreichen, was wir wir uns einmal vorzustellen vermögen; und daß die Krise aller positiven Utopien eben hierin ihren Grund hat. Die Projekte des 19. Jahrhunderts sind von der Geschichte des 20. samt und sonders falsifiziert worden.“ (Kursbuch 52, 1978)

Metaphysik statt Politik

„Der Intellektuelle als Anti-Barbar muß vor allem Metaphysiker sein, und wenn ich Metaphysiker sage, dann meine ich das im Sinne von nicht-irdisch. Sicher ist, daß wir nicht mehr *kämpfen* werden, sind wir doch für lange Zeit aus dem verbannt, was Politik genannt wird. Uns bleibt die Frage, und die ist rechtens: die Frage nach den *ontologischen* Möglichkeiten revolutionärer Ereignisse.“ So Bernhard-Henri Levy, einer der „Neuen Philosophen“ aus Frankreich, alle ehemals, zur Zeit des Pariser Mai, vehemente Linksradikale und „Maoisten“, die seit einem halben Jahrzehnt in immer neuen Büchern dieselbe Gleichung wiederholen: GULAG = Sozialismus = Marx, also ist Marx an den sowjetischen Arbeitslagern schuld, und die erkannt haben, daß das ganze Elend der europäischen Geschichte bis Auschwitz und Kolyma – Faschismus und „Stalinismus“ – auf Platon und den auf ihm aufbauenden „Meisterdenkern“, heißen sie nun Fichte, Hegel oder Marx, zurückzuführen ist. Manches von dem, was in Westdeutschland Furore macht, findet sich in systematischer Form schon bei den „Neuen Philosophen“ und ihrem „Meisterdenker“ Foucault.

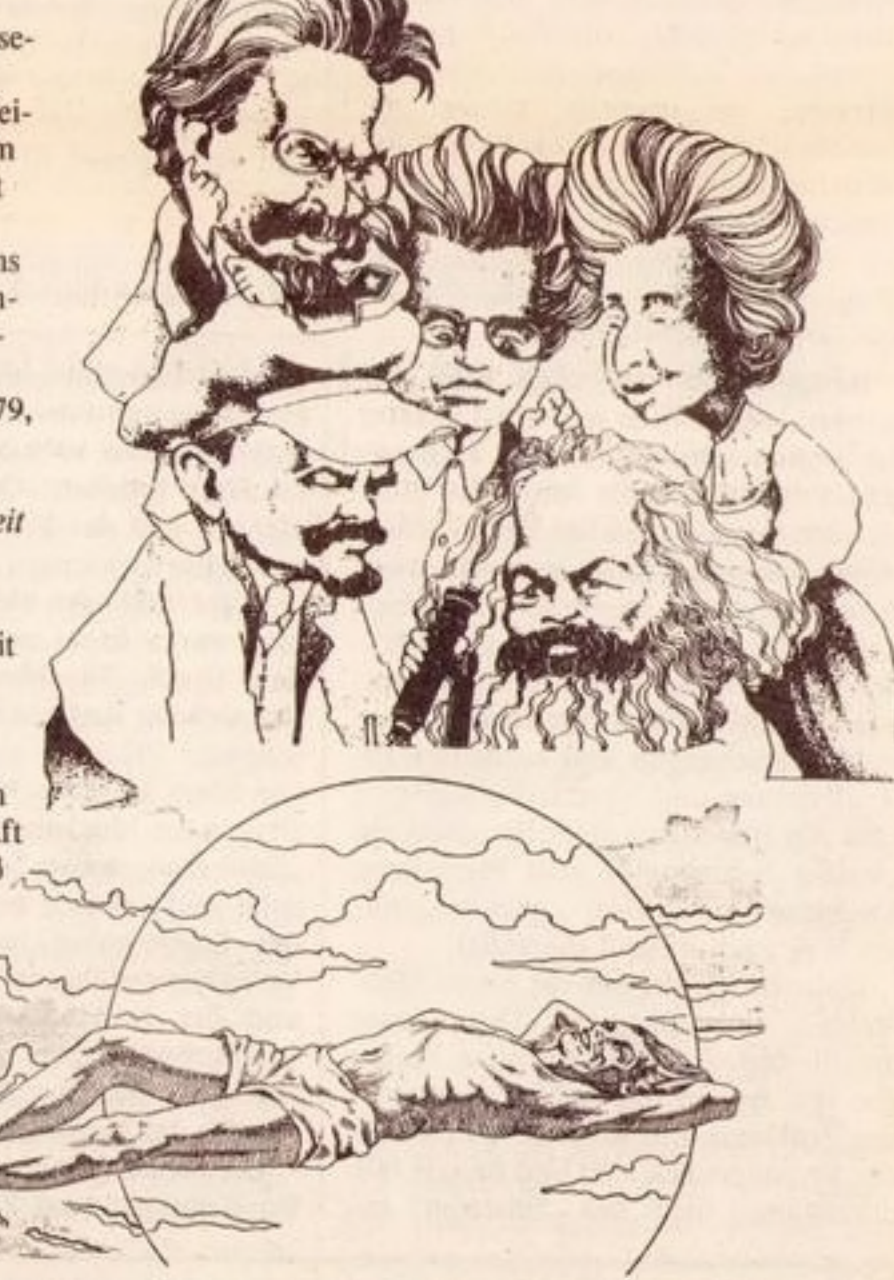
Aufstand wider die Vernunft

„Die Folter, das ist die Vernunft“, so der französische Philosoph Michel Foucault im „Literaturmagazin 8“

ches von dem, was in Westdeutschland Furore macht, findet sich in systematischer Form schon bei den „Neuen Philosophen“ und ihrem „Meisterdenker“ Foucault.

Aufstand wider die Vernunft

„Die Folter, das ist die Vernunft“, so der französische Philosoph Michel Foucault im „Literaturmagazin 8“



(Reinbek 1978). Klaus Theweleit sieht in den „Männerphantasien“ (Reinbek 1980) eine der Ursachen für die Verhängnisse der neueren deutschen Geschichte im „Rationalitätstick“ der Weimarer Linken, und Paul Feyerabend propagiert nicht nur „Bürgerinitiativen statt Erkenntnistheorie“, sondern klagt auch darüber, daß die jüngere Generation sich gegen die Autoritäten wendet, aber „ohne die Autorität der Vernunft nicht leben“ will (Wider den Methodenzwang, Frankfurt 1976, S. 252 f.). In Tübingen erscheint eine Zeitschrift namens „Konkursbuch“, die in den meisten linken Buchhandlungen erhältlich ist und den Untertitel „Zeitschrift für Vernunftkritik“ trägt. In der Nr. 8 kann man da beispielsweise in dem Artikel „Unkritik der unreinen Unvernunft“ von G. Kimmerle lesen, daß es der „Fetischcharakter allgemeiner Vernunft“ ist, der „Gewalt über den Menschen beansprucht“ und dessen Aufhebung der zentrale Ansatzpunkt für die Befreiung des Menschen ist.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung:

lechts und rinks? Neue intellektuelle Moden



Neue Werte und der „geheimnisvolle Weg nach innen“

Natürlich ist diese Aneinanderreihung von Zitaten nicht der Beleg für eine neue einheitliche ideologische Richtung; sind die Zitate aus ihrem Zusammenhang gerissen; vertreten die dort Zitierten unterschiedliche, teilweise entgegengesetzte politische Auffassungen; ist eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen, für die die Zitate stehen, notwendig; sind die Ausgangspunkte, die zu solchen Schlußfolgerungen führen, meist nicht ganz so hirnrissig wie die Folgerungen selbst und weisen in vielen Fällen auch auf reale Probleme und Fehler hin. Aber man kann aus ihnen ablesen, sie sind Symptom von Stimmungen und Vorstellungen, die Einfluß haben eben über den begrenzten Kreis der Intellektuellen hinaus, die diese Moden kreieren.

Ohne alles über einen Leisten zu schlagen, drängt sich einem auf, daß große Teile dieser Stimmungen und Strömungen unter dem Begriff „neuer Irrationalismus“ zusammengefaßt werden können. Die Lösung von der ratio, der Vernunft, scheint einer der zentralen Punkte dieser Stimmung zu sein. Nicht nur die belegten Äußerungen wider die Vernunft gehen in diese Richtung, auch die neuen Werte, die zum Bezugspunkt dieser Stimmung werden, legen das nahe. Da gibt es eine neue Religiosität, die bei indianischen Medizinmännern und asiatischen Gurus ihr Heil sucht; einen Mystizismus, der sich im Hexengeflüster vorkapitalistischer Mythen und einem Jargon neuer Weiblichkeit und Leiblichkeit Ausdruck verleiht; wird der Romantizismus, als Strömung der Gegenaufklärung, zum bevorzugten Ziel der Studien und Selbstfindung; werden Innerlichkeit und Subjektivismus zum alleinigen Ausgangs- und Bezugspunkt der Welterkenntnis; kommt es zu einem inhaltsleeren Ästhetizismus als Leitbild einer neuen Kunst.

Belege ließen sich auch hier viele bringen, namentlich aus der Literatur der letzten zehn Jahre. Das authentische Erlebnis und die subjektive Sicht als zentrales Kennzeichen der Literatur bieten sich geradezu an, zum Ausdruck dieser Stimmung zu werden. Autobiographische Bekenntnisliteratur, Romane über kindheitliche Ich-Erfahrungen, Identitätsfindungsprozesse, sexuelle Beziehungen und autoritäre El-

Strömungen unter dem Begriff „neuer Irrationalismus“ zusammengefaßt werden können. Die Lösung von der ratio, der Vernunft, scheint einer der zentralen Punkte dieser Stimmung zu sein. Nicht nur die belegten Äußerungen wider die Vernunft gehen in diese Richtung, auch die neuen Werte, die zum Bezugspunkt dieser Stimmung werden, legen das nahe. Da gibt es eine neue Religiosität, die bei indianischen Medizinmännern und asiatischen Gurus ihr Heil sucht; einen Mystizismus, der sich im Hexengeflüster vorkapitalistischer Mythen und einem Jargon neuer Weiblichkeit und Leiblichkeit Ausdruck verleiht; wird der Romantizismus, als Strömung der Gegenaufklärung, zum bevorzugten Ziel der Studien und Selbstfindung; werden Innerlichkeit und Subjektivismus zum alleinigen Ausgangs- und Bezugspunkt der Welterkenntnis; kommt es zu einem inhaltsleeren Ästhetizismus als Leitbild einer neuen Kunst.

Belege ließen sich auch hier viele bringen, namentlich aus der Literatur der letzten zehn Jahre. Das authentische Erlebnis und die subjektive Sicht als zentrales Kennzeichen der Literatur bieten sich geradezu an, zum Ausdruck dieser Stimmung zu werden. Autobiographische Bekenntnisliteratur, Romane über kindheitliche Ich-Erfahrungen, Identitätsfindungsprozesse, sexuelle Beziehungen und autoritäre El-

ternfixierung und Verständigungstexte aller Art (für meine Begriffe schon ein „weißer Schimmel“) sind literarische Meilensteine auf dem „geheimnisvollen Weg nach innen“ (Novalis).

Unbestritten ist, daß die neuen Ideologien, Vorstellungen, Denkmuster und literarischen Bekenntnisse Versuche von Antworten auf gesellschaftliche Probleme und subjektive Fehler in der Vergangenheit sind und daß sie fast durchgängig nicht aus „finsteren“ Interessen hervorgehen, sondern sich gegen die Entfremdung und Zerstörung der natürlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kapitalismus wenden. Ursachen für diese Art von ideologischer Reaktion finden sich in der Entwicklung des Kapitalismus selbst, der gegenwärtig einen Zustand geschaffen hat, wo er in bisher nicht bekanntem Umfang seine eigenen Grundlagen zerstört, die Natur, das Verhältnis Mensch – Natur und der Menschen untereinander, und wobei alle positiven Potenzen, die er birgt und hervorbringt, zunehmend nur noch als zerstörerische wirken. Zum anderen liegen die Ursachen aber auch in den subjektiven Erfahrungen der Linken und ihren eigenen Fehlern in den vergangenen 10 bis 20 Jahren.

„Jeder hat sein Kronstadt“

Phasen einer gruppen-, wenn nicht massenweisen Abwendung von linken Intellektuellen vom Marxismus hat es häufiger gegeben. Geschichtliche Ereignisse und das Erkennen von politischen Entwicklungen, die mit den eigenen Vorstellungen nicht übereinstimmten, waren dabei meist der Anlaß zu dem Bruch. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes durch die Bolschewiki 1921 war ein solcher Anlaß,

teressen hervorgehen, sondern sich gegen die Entfremdung und Zerstörung der natürlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kapitalismus wenden. Ursachen für diese Art von ideologischer Reaktion finden sich in der Entwicklung des Kapitalismus selbst, der gegenwärtig einen Zustand geschaffen hat, wo er in bisher nicht bekanntem Umfang seine eigenen Grundlagen zerstört, die Natur, das Verhältnis Mensch – Natur und der Menschen untereinander, und wobei alle positiven Potenzen, die er birgt und hervorbringt, zunehmend nur noch als zerstörerische wirken. Zum anderen liegen die Ursachen aber auch in den subjektiven Erfahrungen der Linken und ihren eigenen Fehlern in den vergangenen 10 bis 20 Jahren.

„Jeder hat sein Kronstadt“

Phasen einer gruppen-, wenn nicht massenweisen Abwendung von linken Intellektuellen vom Marxismus hat es häufiger gegeben. Geschichtliche Ereignisse und das Erkennen von politischen Entwicklungen, die mit den eigenen Vorstellungen nicht übereinstimmten, waren dabei meist der Anlaß zu dem Bruch. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes durch die Bolschewiki 1921 war ein solcher Anlaß,

vor allem aber das Jahr 1936 mit dem Beginn der Moskauer Prozesse und der „Säuberungswellen“, der machtpolitisch und taktisch bestimmten Politik der Sowjetunion in der spanischen Volksfront während des Bürgerkriegs und der endgültigen Niederlage der westeuropäischen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus mit dem Einmarsch der Nazitruppen in Österreich.

Die Abwendung von sozialistischen Vorstellungen und Zielen in den 70er Jahren ist aber weit weniger durch solche geschichtlichen Ereignisse bestimmt als durch das Gewahrwerden von enttäuschten Erwartungen und geplatzten Illusionen, die zum großen Teil nur in den Köpfen existierten als Wunschvorstellungen und Ideale. Als die Wirklichkeit die euphorische Stimmung der 68er Zeit und der Parteiaufbauphase störte, blamierte sich die Idee notwendigerweise vor dieser Wirklichkeit und dementsprechend waren die Reaktionen.

Als Vietnam in Kampuchea einmarschierte und die Führer des Demokratischen Kampuchea selbstkritisch Fehler in ihrer Politik aufzeigten, wurde allenthalben das „Ende des Internationalismus“ verkündet, und die Zeitschrift „Befreiung“, die in der antiimperialistischen Arbeit eine wichtige Funktion hatte, rief resignierend zur „Trauerarbeit“ auf; nach der Durchsetzung des „Neues Kurses“ in China und der Verurteilung der „Viererbande“ wurde nur noch festgestellt, daß China so totalitär sei wie die Sowjetunion und alle Erwartungen, die mit der Kulturrevolution hier gehegt wurden, enttäuscht waren. Und anläßlich der Verhängung des Kriegsrechts in Polen hat innerhalb der amerikanischen linken Intellektuellen eine weitere Loslösung von sozialistischen Vorstellungen eingesetzt, wie sie platter kaum sein kann, wenn Susan Sontag feststellt, daß die polnischen Ereignisse „eine Wahrheit veranschaulichen, die wir schon vor längerer Zeit hätten begreifen sollen; daß nämlich Kommunismus Faschismus ist, sozusagen erfolgreicher Faschismus“. (Zeit 5.3. 1982; FAZ 9.3.1982)

Bei dem ganzen Prozeß des Abschiednehmens und der Loslösung der linken Intellektuellen in den 70er und 80er Jahren hat es kaum eine Auseinandersetzung mit den Theorien und Methoden, von denen man sich lossagte, gegeben, geschweige denn, daß die Wirklichkeit untersucht wurde, um zu analysieren, wo die Ursachen für die Fehlentwicklungen und Fehler liegen.

Dieses Vorgehen hat selbst wiederum seine Ursache in den fehlerhaften politischen Konzeptionen und vor allem in einem falschen Theorieverständnis. Politische Vorstellungen und Konzeptionen wurden bruchlos aus dem historischen Zusammenhang, aus denen sie stammten und wo sie z.T. richtig waren, genommen und auf die Gegenwart hier übertragen, wodurch sie falsch wurden, etwa das Leninsche Partei- und Revolutions„modell“. Und der Marxismus wurde als „Durchblickerwissenschaft“ behandelt, statt als Methode zur Untersuchung der Wirklichkeit, wo eh schon alles in den „blauen“ und „braunen“ Bänden stand und nur noch zur Legitimation politischer Entscheidungen herangezogen wurde oder in dürren

wir schon vor längerer Zeit hätten begreifen sollen; daß nämlich Kommunismus Faschismus ist, sozusagen erfolgreicher Faschismus“. (Zeit 5.3. 1982; FAZ 9.3.1982)

Bei dem ganzen Prozeß des Abschiednehmens und der Loslösung der linken Intellektuellen in den 70er und 80er Jahren hat es kaum eine Auseinandersetzung mit den Theorien und Methoden, von denen man sich lossagte, gegeben, geschweige denn, daß die Wirklichkeit untersucht wurde, um zu analysieren, wo die Ursachen für die Fehlentwicklungen und Fehler liegen.

Dieses Vorgehen hat selbst wiederum seine Ursache in den fehlerhaften politischen Konzeptionen und vor allem in einem falschen Theorieverständnis. Politische Vorstellungen und Konzeptionen wurden bruchlos aus dem historischen Zusammenhang, aus denen sie stammten und wo sie z.T. richtig waren, genommen und auf die Gegenwart hier übertragen, wodurch sie falsch wurden, etwa das Leninsche Partei- und Revolutions„modell“. Und der Marxismus wurde als „Durchblickerwissenschaft“ behandelt, statt als Methode zur Untersuchung der Wirklichkeit, wo eh schon alles in den „blauen“ und „braunen“ Bänden stand und nur noch zur Legitimation politischer Entscheidungen herangezogen wurde oder in dürren

Ableitungslogikdebatten zum praxisleeren Seminarmarxismus verkam. Der „subjektive Faktor“, die menschlichen Bedürfnisse und der eigentliche Sinngehalt des Marxismus, die Befreiung des Menschen aus seinem geknechteten und verlassenen Dasein, waren hinter abstrakten und objetivistischen Theoriegebäuden und Taktik-Strategie-Konzeptionen verloren gegangen. Ein solches Marxismusverständnis konnte auch nicht zur Überwindung und Verarbeitung von Fehlern und falschen Auffassungen führen, sondern nur zur direkten Negation und zum Abschiednehmen als radikalem Bruch. So dogmatisch, idealistisch und undialektisch das Verständnis vom Marxismus und von der angestrebten Gesellschaft war, so dogmatisch, idealistisch und undialektisch mußten auch die „Überwindung“ bei vielen Intellektuellen und ihre neuen Ideologien und Vorstellungen sein.

lechts und rinks

Auch wenn die neuen Stimmungen, Theorien und Ideologien sich gegen die Zwänge und Gewaltverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft richten und eine Aufhebung der Entfremdung und Entmenschlichung sich zum Ziel gesetzt haben, müssen diese Vorstellungen auf ihren historischen und geistesgeschichtlichen Zusammenhang und Bezug, aus dem sie stammen, und auf ihre gegenwärtige Bedeutung und Wirkung hin untersucht werden. Auch bei den besten Absichten können Ideen, die zur Emanzipation des Menschen entwickelt werden, zur Verschleierung und Konservierung der bestehenden Unrechtsverhältnisse beitragen oder sogar den Weg in eine noch dunklere und ungleichere Zukunft mit ebnen helfen. (Im Kapitel über „Kommunistische und sozialistische Literatur“ im „Kommunistischen Manifest“ haben das Marx und Engels für ihre Zeit anschaulich aufgezeigt.)



Ohne Zweifel haben Vorstellungen, die auf eine Neubelebung des Irrationalismus und der Gegenaufklärung hinauslaufen, noch nie eine politische und soziale Emanzipationsbewegung gefördert – im Gegenteil, die ideologische und literarische Fassade für die barbarischste Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland im Faschismus bildeten gerade der philosophische Irrationalismus eines Nietzsche und die konservativen, sich darauf berufenden Literaten wie Jünger und Benn. Auch die Theorielosigkeit als Programm hat immer nur der herrschenden Klasse ge-

tur“ im „Kommunistischen Manifest“ haben das Marx und Engels für ihre Zeit anschaulich aufgezeigt.)

Ohne Zweifel haben Vorstellungen, die auf eine Neubelebung des Irrationalismus und der Gegenaufklärung hinauslaufen, noch nie eine politische und soziale Emanzipationsbewegung gefördert – im Gegenteil, die ideologische und literarische Fassade für die barbarischste Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland im Faschismus bildeten gerade der philosophische Irrationalismus eines Nietzsche und die konservativen, sich darauf berufenden Literaten wie Jünger und Benn. Auch die Theorielosigkeit als Programm hat immer nur der herrschenden Klasse ge-



nützt, deren Ideen die herrschenden sind und deren Macht in großem Umfang abgesichert ist gerade durch ihre Verfügung über die Ideologieapparate, die Theorien und Ideen popularisiert verbreiten.

Viele der neueren Vorstellungen beziehen sich auch auf vorkapitalistische Gesellschaftsformen, bzw. stammen aus diesen, sind rückwärtsgewandt auf die Wiederherstellung dieser älteren, „heileren“ Welt. Solche Vorstellungen können emanzipatorische Kraft haben, aber selten losgelöst von dem Bezugssystem und den Traditionen, aus denen sie hervorgehen. So hat der Bezug auf traditionelle Mythen im afrikanischen Befreiungskampf oder in der südamerikanischen Literatur eine ganz andere Bedeutung und Wirkung als hier und heute in Europa (vgl. etwa zur Bedeutung der Mythologie bei Gabriel Garcia Márquez, KVZ 42/1982, S. 16). Schon die Vernunftkritik der „Neuen Philosophen“ hat in Frankreich eine andere Bedeutung, wo der philosophische Rationalismus jahrhundertelang zur Legitimation der bürgerlichen Herrschaft diente, als in Deutschland, wo der Rationalismus von rechts bekämpft und zeitweise der Irrationalismus zur Herrschaftsphilosophie erhoben wurde (worauf Lothar Baier im „Literaturmagazin 9“ hinweist).

Worauf es ankommt, ist nicht, zu denunzieren, daß diese neuen geistigen Strömungen und Ideen oder gar die Bewegungen, die teilweise ihre Gedanken darin ausdrücken, reaktionär oder konservativ sind, sondern aufzuzeigen, daß die Ideologie- und Denkmuster aus rückwärtsgewandten, konservativen Gedanken- und Bezugssystemen stammen, die sie prägen. Und dies muß kritisiert werden, wenn die Absichten und Intentionen, die sich darin ausdrücken, nicht konservativ werden und wirken und politisch nach rechts gehen sollen. Vielleicht gibt es gegenwärtig teilweise so etwas wie „rinks und lechts“ – damit aber die emanzipativen Ziele freigesetzt und politisch wirksam werden, muß auf Klärung hingear-

teilweise so etwas wie „rinks und lechts“ – damit aber die emanzipativen Ziele freigesetzt und politisch wirksam werden, muß auf Klärung hingear-

beitet und der konservative Ballast, der an diesen Vorstellungen hängt, abgeworfen werden, wie auch die marxistische Theorie weiterentwickelt werden muß, damit sie die Wirklichkeit erfaßt und wieder Bezugspunkt für die Emanzipationsbewegungen wird. Ohne theoretische Arbeit und die „Anstrengung des Begriffs“ wird es dabei aber nicht gehen, damit wieder deutlich wird, daß „links nicht nur da ist, wo das Herz schlägt“.

Fernsehtip

Ehemalige Gangsterbraut flüchtet mit kleinem Jungen quer durch New York, um dessen Mord durch ein Syndikat zu verhindern. Die an sich simple Story hat John Cassavetes 1980 in seinem Spielfilm **„Gloria“** nicht nur auf das Niveau eines besseren Actionfilms gebracht, sondern auch für ein eigenwilliges Portrait einer kaputten Stadt benutzt. *Samstag, 13.11., 22.00 Uhr im ARD* – Im hessischen Wahlkampf wurde sie abgesetzt, jetzt darf sie gesendet werden: In der Folge **„Querschnitte“** Hoimar von Ditfurths **„Vor dem Menschen stirbt der Wald“** *Sonntag, 14.11., 19.30 Uhr im ZDF* – Zum Programm-Kino-Geheimtip avancierte im letzten Jahr der Film **„Die Taxifahrerin“** von Jacques Bral. Erlebnisse und Begegnungen jüngerer Leute im nächtlichen Paris und die Studie einer Taxifahrerin. Nicht für jeden ist dieser Film nun aber ein Geheimtip. *Montag, 15.11., 23.00 Uhr im ARD* – Für filmgeschichtlich Interessierte und Leute, die auch an früheren Stummfilmen das Markante schätzen, ist der schwedische Spielfilm **„Herrn Arnes Schatz“** ein Leckerbissen. 1919 (!) drehte der Regisseur Mauritz Stiller nach einer Erzählung der schwedischen Schriftstellerin Selma Lagerlöf diesen Film, der manches aus der weiteren Filmgeschichte vorwegnahm: Traumsequenzen mit Doppelbelichtung, halbnahe Einstellungen, spezielle Auf-und Abblenden, kunstvolle Zwischentitel usw. *Mittwoch, 17.11. (Feiertag), 9.40 Uhr im ZDF* – **„Die Verweigerung“** ist nach „Spitzenklöpplerin“ der zweite Film Claude Gorettas, in dessen Mittelpunkt eine Frau und deren Erfahrungen mit Männerunterdrückung steht. Nur läßt sich die Heldin des Films nicht unterkriegen und zieht ihre Konsequenzen aus den Ereignissen. *Freitag, 19.11., 20.15 Uhr im ARD* – Und damit die dominant französische Spielfilm-Woche voll wird, sei noch auf Alain Resnais **„Mein Onkel aus Amerika“** hingewiesen. Ein Puzzlespiel aus Fiktion und Realität über Lebensläufe und unerfüllte Wünsche. *Freitag, 19.11., 23.00 Uhr im ARD.*